Polygamie in Deutschland Seite 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

Nr. 46 – 13. November 2015

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Die Asylpolitik stellt die CDU vor eine Zerreißprobe: Merkel-Kritiker auf einer CDU-Werbeveranstaltung

Bild: Getty

CDU vor Schicksalsfrage

Merkels Partei entfernt sich dramatisch von der eigenen Anhängerschaft

Merkel hat mit ihrer Asylpolitik die CDU von sich selbst entfremdet. Die Partei muss sich besinnen, sonst droht der Niedergang.

Das chaotische Hin und Her zwischen Merkels Kanzleramt und Innenminister Thomas de Maizière in der Asylfrage offenbart die wachsende Nervosität und Zerrissenheit in der CDU. Immer mehr Mitglieder und Funktionsträger der Partei sehen sich in eine doppelte Falle geraten: Sachlich ist die Asyl- und Zuwanderungspraxis kaum noch jemandem zu erklären. Strategisch begibt sich die CDU in eine Frontstellung, welche quer steht zu ihren Anhängern, ja, entgegengesetzt zum großen Stamm ihrer Wählerschaft.

Die strategische Falle zeigte sich vergangenen Sonnabend in Berlin. Die AfD brachte 5000 Menschen gegen die herrschende Asyl- und Zuwanderungspolitik auf die Straße. In der Mehrzahl handelte es sich um klassische Unionsklientel: konservativ-demokratisches Bürgertum. Die Berliner CDU aber rief zur Gegendemo als Teil eines Bündnisses, das sogar die Linkspartei mit einschloss.

Die Bilder der Gegenveranstaltung prägten dann gewalttätige Antifa-Schläger und gesetzesverachtende „Blokkierer", welche die Versammlungsfreiheit für Andersdenkende abschaffen wollen. Ernüchternder kann die Entfremdung der CDU-Führung von Teilen ihrer einst treuesten Anhängerschaft kaum illustriert werden.

> Eindruck: Näher bei den Linken als bei einst treuen Wählern

Auf der sachlichen Ebene hat Merkels „Grenzenlosigkeit" den Markenkern der CDU in sein Gegenteil verkehrt. Seit Generationen hatte sich die Partei als Vertreterin des kühlen Sachverstandes gebärdet, die sich ideologischen Verirrungen entgegenstellte. Ihre Humanität drückte sich aus in praktischer Vernunft und langfristig ausgelegter Verantwortung.

Merkels „Wir schaffen das!" (um jeden Preis) setzt dagegen das Schicksal des Landes aufs Spiel für ideologische Maximalforderungen, wie sie bislang nur ganz links (oder ganz rechts) zu verorten war. Nicht von ungefähr erfährt die Kanzlerin für ihre Zuwanderungspolitik letztlich kaum irgendwo so viel Rückhalt wie bei Grünen und Linken.

Die CDU wird sich entschieden besinnen müssen, und sie muss es bald tun, wenn sie als große Partei des bürgerlichen Lagers überleben will. Die Versuche, stattdessen die AfD mit der „braunen Keule" zur Strecke zu bringen, verfangen offensichtlich immer weniger.

Sachlich sind dabei auch die Vorschläge, wie sie etwa aus der CSU oder von Innenminister de Maizière kommen, noch unausgegoren. Da hat die SPD (ungewollt) Recht: Wer den Familiennachzug begrenzt, die Grenzen aber de facto sperrangelweit offen hält, der sorgt dafür, dass ganze Familien mit ihren Kindern die Schlauchboote betreten. Es bleibt also bei der Einsicht, der sich bislang alle entziehen wollen, die aber unausweichlich ist: Nur wenn die Grenze, auch mit Zäunen, effektiv geschützt wird, ist ein merklicher Rückgang des Millionenstroms zu erreichen. Alles andere ist nur Symbolpolitik. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

z.b.V. Merkels

Jeder Soldat weiß, was z.b.V. bedeutet – zur besonderen Verwendung. In dem Jahr, in dem die Bundeswehr ihren 60. Geburtstag feiert, steht diese Abkürzung allerdings eher für „zur beliebigen Verwendung". Die Truppe wird nämlich zunehmend über ihre originären Aufgaben hinaus als flexibel einsetzbare Reserve der Kanzlerin missbraucht. Erst der Einsatz als „bewaffnetes THW" in aller Herren Länder, dann der als Seenotretter für Illegale im Mittelmeer und nun müssen die Soldaten auch noch als Bauhelfer, Raumausstatter, Caterer, Sanitäter und „Helfende Hände" für die Asylbewerber herhalten, weil die zivilen Organisationen nicht mehr können. Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen hat nämlich per Weisung die Flüchtlingshilfe zu einer „wichtigen zusätzlichen" Daueraufgabe der Bundeswehr erklärt. Von ihren Soldaten erwartet sie, dass diese sich „mit angepassten Strukturen und Entscheidungswegen" darauf einstellen und auf Lehrgängen das Rüstzeug für die neue Aufgabe erwerben.

Bevor Merkel und ihre treue Dienerin von der Leyen der Truppe immer mehr aufhalsen, sollten sie ihr das geben, was sie schon jetzt dringend benötigt: mehr Personal und Material. Es ist niemandem zu vermitteln, dass beispielsweise der Feldlagerbau und der Kasernenwachdienst an zivile Firmen vergeben werden müssen, weil die Bundeswehr selbst dafür nicht mehr die Kapazitäten hat, gleichzeitig aber Soldaten als Daueraufgabe Amtshilfe bei Aufbau und Betrieb von Asylbewerberunterkünften leisten und sogar illegalen Zuwanderern das Gepäck tragen müssen. Aber vielleicht steht z.b.V. auch noch für etwas ganz anderes: „zur besonderen Verar...ung".

Anstieg um 157,9 Prozent

Bundesregierung legt Zuwanderungszahlen für Oktober vor

Nach Angaben des Bundesinnenministeriums wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Oktober insgesamt 54 877 Asylanträge gestellt. Dies bedeutet einen Anstieg von 157,9 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Entschieden wurde in diesem Zeitraum über 31 580 Anträge, was einen Anstieg von 142,6 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat ausmacht. 15 834 Personen erhielten die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Flüchtlingskonvention. Das entspricht 50,1 Prozent aller Asylentscheidungen.

Die Zahl der tatsächlichen Einreisen von Asylsuchenden nach Deutschland liegt laut Innenministerium deutlich höher, da „die formale Asylantragstellung teilweise erst zeitlich verzögert möglich" sei. So seien im Easy-System, der IT-Anwendung zur Erstverteilung der Asylbewerber auf die Bundesländer, im Oktober bundesweit etwa 181 000 Zugänge registriert worden. Von Januar bis Oktober 2015 waren es insgesamt etwa 758 000.

> »Anhaltend hoher Asyl-Zugang«

In diesem Jahr sind bisher rund 30 000 unbegleitete minderjährige Asylbewerber nach Deutschland eingereist. Wie Caren Marks (SPD), Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, berichtet, lag diese Zahl vor rund zehn Jahren noch bei etwa 500, im vergangenen Jahr bereits bei knapp 8000. Hinzu komme, dass das Durchschnittsalter der Betroffenen immer weiter gesunken sei. Die zum Monatsbeginn in Kraft getretenen Änderungen zur Unterbringung, Versorgung und Betreuung der Betroffenen seien „dringend notwendig". In Kommunen, die besonders viele minderjährige Flüchtlinge aufgenommen hätten, seien Betreuung und Unterbringung zuletzt teilweise „nicht mehr bedürfnisgerecht" zu gewährleisten gewesen. *J.H.*

Doppeltes Spiel der Türkei

Russischer Bericht enthüllt Finanzquellen des IS

Russische Geheimdienste haben in einem umfassenden Bericht die Finanzquellen der islamistischen Terrororganisation IS offengelegt. Laut dem Bericht kommt ein Großteil der Mittel aus Stiftungen in Saudi-Arabien und gelangte über den ehemaligen sunnitischen Vizepräsidenten des Irak, Tareq al-Hashemi, der ein Konto als Unternehmer in London hatte, in kleinen Summen zu einem Konto, das dem mittlerweile verstorbenen Saddam-Getreuen Izzat al-Duri gehörte, in den irakischen Teil Kurdistans. Von dort wurde es als „Entgelt" für Öllieferungen an den IS ausbezahlt. So blieben die eigentliche Quelle und auch die Mittelsmänner unbekannt. Der russische Bericht stellt weiter fest, dass viele der Waffen des IS Beutewaffen aus dem Kampf gegen die Fraktionen der syrischen Opposition und der irakischen Armee nach der Einnahme der Provinzen Ninive und Mossul sind.

> Unrühmliche Rolle auch Saudi-Arabiens

Laut dem Bericht ist die Rolle der Türkei bei der Unterstützung des IS entscheidend. So sollen auch die 300 Toyota-Pritschenwagen über die Türkei beschafft worden sein, die später mit Geschützen und Kommunikationsgeräten ausgestattet und zu Propagandazwecken im Internet dargestellt wurden. Die Rolle der Türkei sei nicht nur auf logistische Unterstützung beschränkt, sondern die Türkei habe auch die Verantwortung für die Ausbildung von Angehörigen des IS und die Wartung seiner militärischen und logistischen Ausrüstung übernommen. Zugleich würde die Türkei in ihrem Hoheitsgebiet in islamistischen Kreisen auch das Sammeln von Spenden zugunsten des IS zulassen.

Seit der Veröffentlichung des Berichts gibt es unter Militärexperten eine Diskussion über dessen Zuverlässigkeit. Dafür sprechen das beigefügte Beweismaterial wie Bankbelege, Luftbilder und andere äußerst präzise Angaben. *B.B.*

MELDUNGEN

Kein Sparwille in der EU

Brüssel – Das EU-Parlament sieht sich dem Vorwurf ausgesetzt, bei seinen Verwaltungskosten zu wenig sparen zu wollen. Laut Unterlagen der EU-Kommission, die dem österreichischen „WirtschaftsBlatt“ vorliegen, hat das Parlament mit Doppelsitz in Brüssel und Straßburg bislang nicht wie geplant Verwaltungspersonal reduziert. Ursprünglich vorgesehen war, zwischen 2013 bis 2017 pro Jahr ein Prozent der Posten einzusparen. Inklusive des Haushalts 2016 ist dem Bericht zufolge bislang aber nur der Abbau von 14 Verwaltungsposten eingeplant. Bleibt es bei diesem Vorgehen, dann müssen im Jahr 2017 beachtliche 317 Stellen gestrichen wenden, um die Zielvorgabe von 331 Posten noch zu erreichen. *N.H.*

2,5 Milliarden mehr für Asyl

Berlin – Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) rechnet zur Bewältigung des Zuwandererstroms für das kommende Jahr mit Mehrkosten von rund 2,5 Milliarden Euro. Dabei handelt es sich lediglich um erste Berechnungen des Ministeriums, das vor der „Bereinigungssitzung“ des Haushaltsausschusses zum Etat für 2016 noch keine definitiven Aussagen zum Haushalt machen will. Nach den Kalkulationen des BMAS, die von 800 000 Asylbewerbern in diesem und im nächsten Jahr ausgehen, müssen die Mittel für „aktive Arbeitsmarktpolitik“ um rund 800 Millionen Euro und die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts um rund 1,7 Milliarden Euro gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsentwurf aufgestockt werden, um die Zuwanderung zu finanzieren. Dazu gehört laut BMAS auch die Bewilligung von 2800 neuen Stellen bei der Bundesagentur für Arbeit, von denen 2000 unbefristet angelegt sein sollen. *J.H.*

PAZ: *Neue Preise ab 2016*

Drei Jahre lang hat die *Preußische Allgemeine Zeitung* den Preis ihres Abonnements stabil gehalten. Nun zwingen uns steigende Kosten trotz strikter Ausgabendisziplin leider zur Anpassung der Bezugspreise. Zudem wird die *PAZ* im Abonnement seit Kurzem im sogenannten Schnellläufernetz der Post befördert und befindet sich bereits ab Donnerstag in der Zustellung. Das ist zwar mit zusätzlichen Kosten verbunden, gewährleistet aber, dass die Abonnenten ihre Zeitung stets pünktlich erhalten.

Unser Inlands-Abopreis steigt ab 1. Januar 2016 von zehn auf elf Euro im Monat, also 132 Euro im Jahr. Der Bezugspreis im Ausland steigt auf 13,50 Euro monatlich (17,50 Euro bei Versand per Luftpost). Am Kiosk kostet die *Preußische Allgemeine Zeitung* künftig 2,70 Euro.

Der Preis für das Online-Abo beträgt künftig 7,25 Euro, als E-Paper kostet die *PAZ* dann 1,10 Euro im Monat.

Soweit keine Einzugsermächtigung besteht, bitten wir unsere Abonnenten um rechtzeitige Anpassung von Daueraufträgen.

Auch nach dieser moderaten Preisanpassung bleibt die *Preußische Allgemeine Zeitung* die mit Abstand günstigste Wochenzeitung mit vergleichbarem journalistischen Angebot.

»Wetterfest für die Zukunft«

Ostpreußische Landesvertretung tagte zum letzten Mal im Ostheim in Bad Pyrmont



War lange Heimstatt der Ostpreußen: Das Ostheim Bilder (3): C.H.

Einmal im Jahr tagt die Ostpreußische Landesvertretung (OLV). Vereinsrechtlich ist sie die Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und deren oberstes Beschlussorgan, das für grundsätzlichen Entscheidungen und die Überwachung der Geschäftsführung des Vorstandes zuständig ist. Politisch gesehen nimmt sie die Rolle eines Exilparlaments der vertriebenen Ostpreußen wahr. Da grundlegende Weichenstellungen bereits bei den letzten Versammlungen beschlossen worden waren und auch keine Wahlen anstanden, standen bei der Versammlung am vergangenen Wochenende im Ostheim in Bad Pyrmont überwiegend Routineangelegenheiten wie die Entgegennahme der Berichte, die Entlastung des Vorstandes und die Verabschiedung der Haushalts- und Wirtschaftspläne auf der Tagesordnung.

In seinem Tätigkeitsbericht informierte Stephan Grigat, Sprecher der LO, die Delegierten über seine zahlreichen Gespräche mit Politikern, Gremien und Vertretern von Institutionen und Verwaltungen hierzulande und in der Heimat. Ein weiteres Thema seines Berichts war seine Tätigkeit im Beirat der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ und im Präsidium des Bundes der Vertriebenen (BdV). Zudem berichtete er über die erfolgreiche Durchführung des Kommunalpolitischen Kongresses in Allenstein. Wie das Sommerfest der LO in Allenstein und das Deutsch-Russische Forum habe sich auch diese Veranstaltung längst als feste Größe etabliert, erklärte Grigat. Als wichtiges Ziel der Vorstandsarbeit nannte der Sprecher die Intensivierung der Vernetzung der LO im vorpolitischen und politischen Raum. Die LO sei in jeder Hinsicht „wetterfest für die Zukunft“, zog Grigat sein Resümee.

Verabschiedete die Landsmannschaft aus Bad Pyrmont: Bürgermeister Klaus Blome

Sein Bericht wurde, ebenso wie die Berichte des Bundesgeschäftsführers, des Chefredakteurs der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, der Bundesvorsitzenden der ostpreußischen Frauenkreise, des Referats Heimatpolitik der LO, des Bundes Junges Ostpreußen sowie der Jahresbericht und die Jahresrechnung des Schatzmeisters nach kurzer Aussprache zustimmend zur Kenntnis genommen. Danach war die einstimmige Entlastung des Vorstandes nur noch eine Formsache. Auch der Haushaltsplan für 2016 wurde mit großer Mehrheit verabschiedet.



Mitgliederversammlung und Exilparlament: Plenum der OLV

Mit Applaus begrüßten die Delegierten die Entscheidung des Bundesvorstandes, die wiedergegründete Landesgruppe Brandenburg in die LO aufzunehmen. Außerdem billigten sie die Absicht, zukünftig Regionaltreffen an wechselnden Orten durchzuführen und auf diese Weise das regelmäßige Zusammenkommen der Ostpreußen zu fördern.

In einer einstimmig verabschiedeten Entschließung wandte sich die OLV nachdrücklich gegen die aus dem politischen Raum und namentlich aus dem Kreis des früheren Wissenschaftlichen Beraterkreises erhobenen Forderungen nach einer Änderung der im Konsens beschlossenen Ausrichtung der Arbeit der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ und der Minderung des Einflusses der Vertriebenen in den Stiftungsgremien. 70 Jahre nach der Vertreibung sei es an der Zeit, ein sichtbares Zeichen zu setzen und durch die geplante Dauerausstellung der Stiftung das an Deutschen begangene Unrecht zu thematisieren. Deshalb müsse die Vertreibung, wie in der Stiftungskonzeption festgeschrieben, den Schwerpunkt der Dauerausstellung bilden. Um die weitere erfolgreiche Arbeit der Stiftung zu gewährleisten, forderte die OLV eine zügige Neubesetzung des vakanten Direktorenpostens.

Harmonischer Verlauf, sachliche Diskussionen, große Geschlossenheit

Die diesjährige OLV war durch einen harmonischen Verlauf, sachliche und konstruktive Diskussionen und große Geschlossenheit bei den Abstimmungen gekennzeichnet. Allerdings gab es einen Wermutstropfen: Es war die letzte Versammlung im Ostheim in Bad Pyrmont, seit fast 60 Jahren so etwas wie die Heimstatt der vertriebenen Ostpreußen. Aus wirtschaftlichen Gründen hat sich die LO schweren Herzens entschlossen, ihre Jugendbildungs- und Tagungsstätte zum Jahresende zu schließen. Aus diesem Grund fand am Abend des ersten Sitzungstages ein festliches Essen statt, an dem als Ehrengast der Bürgermeister der Stadt Bad Pyrmont, Klaus Blome (CDU), teilnahm. *Jan Heitmann*

Airbus-Absturz: Ein Schlag für Kairo

Tourismusbranche in Ägypten und Russland in Gefahr – Moskau hält sich zum Thema »Terroranschlag« bedeckt

Moskau hält sich mit Kommentaren über einen Bombenanschlag, der den Airbus A321 der kleinen Fluggesellschaft Metrojet zum Absturz gebracht haben soll, und bei dem vor knapp zwei Wochen 224 Menschen auf der Sinai-Halbinsel ums Leben kamen, äußerst bedeckt. An einer zweiten Front gegen den Islamischen Staat (IS) in Ägypten hat Putin kein Interesse.

Doch schon erste Auswertungen von Flugschreiber und Stimmenrekorder legten den Verdacht auf einen Bombenanschlag nahe, denn die Gesprächsaufzeichnungen deuteten auf nichts Ungewöhnliches bis vier Minuten vor dem Absturz hin. Insbesondere setzten die Piloten keinen Notruf ab, wie anfangs fälschlich berichtet wurde. Auf dem Stimmenrekorder gibt es ein Geräusch, das nicht zu normalen Fluggeräuschen passt, und in den Trümmern am Absturzort wurden Teile gefunden, die nicht zur Maschine gehören können.

Ägyptische und russische Experten, die Absturzstelle, Wrackteile und Daten nach Hinweisen untersuchten, teilten mit, dass die Körper der Leichen Verletzungen aufweisen, die Rückschlüsse auf eine heftige Explosion an Bord zulassen. Laut der Zeitung „The Times“ haben US-amerikanische und britische Geheimdienste Beweise dafür, dass eine Bombe die russische Passagiermaschine zum Absturz gebracht hat. Die Geheimdienste hätten über Satelliten die Kommunikation zwischen Extremisten des Islamischen IS in Syrien und Ägypten abgefangen. Unmittelbar nach dem Unglück verbreiteten amerikanische Fernsehsender bereits solche Meldungen unter Berufung auf Geheimdienstquellen. Nachdem Moskau sich darüber beklagte, dass USA und Großbritannien Geheimdienstinformationen veröffentlicht haben, ohne vorher die Russen in Kenntnis zu setzen, versorgten die Briten sie mit den gewonnenen Informationen. Erst, als die Engländer damit begannen, ihre Landsleute aus Ägypten zu evakuieren, zogen die Russen nach.



Am Ort des Grauens: Katastrophenschutzminister Wladimir Putschkow (l.) und Verkehrsminister Maxim Sokolow (r.) inspizieren die Absturzstelle Bild: action press

Inzwischen kursieren Meldungen, die den Ägypter Abu Soama al-Masri (42) für den Attentäter halten. Masri soll sich in einer Audio-Botschaft zu dem Anschlag bekannt haben. Seine Gruppe „Provinz Sinai“ hat sich im vergangenen Jahr dem IS angeschlossen. Die Geheimdienste vermuten, dass ein Flughafen-Mitarbeiter die Bombe in den Gepäckraum des Flugzeugs geschmuggelt hat. Als Motiv wurde Rache für russische Luftangriffe auf Syrien genannt.

Der ägyptische Präsident Abdel Fattah al-Sisi, der zunächst Berichte von einem Terroranschlag als Propaganda abtat, fürchtet um den Ruf seines Landes. Seit vier Länder (Russland, Großbritannien, die Niederlande und die Ukraine) ihre Flugverbindungen nach Ägypten eingestellt haben, droht der Tourismusbranche ein Einbruch, was soziale Unruhen nach sich ziehen könnte. Im vergangenen Jahr brachte der Tourismus Ägypten 36,4 Milliarden Dollar ein, etwa 12 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Im Durchschnitt verbringen bis zu 250 000 Russen ihren Urlaub auf der Sinaihalbinsel, da seit Beginn der Rubelkrise Reisen dorthin günstig sind. Nun droht den Russen auch diese letzte Bastion der Freiheit wegzubrechen. Seit dem 8. November hat Russlands Präsident Wladimir Putin sämtliche Reisen nach Ägypten verboten. Alle bereits gebuchten Touren wurden abgesagt. Für die russischen Reiseagenturen ist das eine Katastrophe. Vielen von ihnen droht das Aus, wenn sie ihre Kunden auszahlen müssen. Der Staat versprach zwar rasche Unterstützung, doch die dürfte nicht für alle ausreichen.

Beging IS-Ableger Anschlag als Rache für Krieg in Syrien?

Manuela Rosenthal-Kappi

Vielehe als göttliches Gebot

Der Islam macht die Polygamie in Deutschland zum Massenphänomen – Die Gesetzeslage hilft dabei

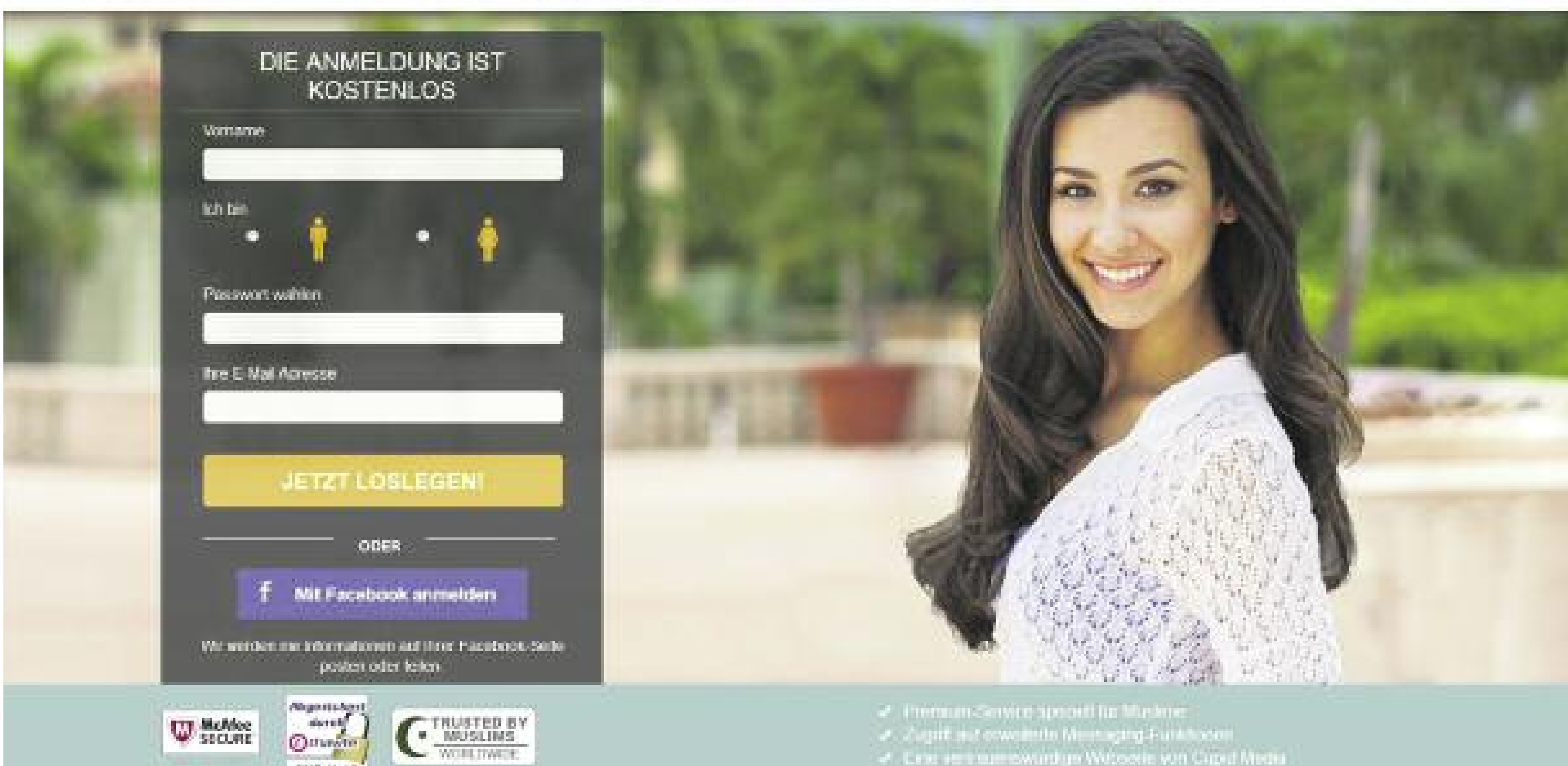
Ein Mann mit bis zu vier Ehefrauen – so hat es der Religionsstifter Mohammed für gut befunden. Europäischem Denken ist diese Vorstellung allerdings diametral entgegengesetzt – aus gutem Grund. Dennoch breitet sich die Vielehe im Westen rasant aus.

Levent aus Nordrhein-Westfalen ist ein toller Typ. Er sei zu 50 Prozent Romantiker, zu 50 Prozent Macho und zu einhundert Prozent Gentleman, gibt der türkischstämmige Moslem auf seinem Profil bei der Partnervermittlungsbörse Muslima.com an. Auf einem Foto lächelt der 42-jährige aus einem metallicfarbenen Cabriolet der Damenwelt entgegen. Seine Zähne glänzen sehr weiß.

Ist doch klar, dass sich so einer nicht mit einer Frau zufrieden gibt. Levent hat in seinem Profil angegeben, dass er positiv zur Polygamie steht. Dafür gibt es bei Muslima.com sogar eine eigene Rubrik. Sie steht direkt über der Frage nach den familiären Wertvorstellungen und unter der Spalte, die Auskunft nach der Häufigkeit des Koranstudiums verlangt.

Muslima.com gilt als Deutschlands größte islamische Partnerbörse. Weltweit hat sie fünf Millionen Mitglieder. In einem Artikel über spezielle Singlebörsen schwärmt die „Computerbild“: „Die Nutzer von Muslima.com entstammen den unterschiedlichsten Alters- und Bildungsschichten. Für alle spielt ihre Religion eine wichtige Rolle im Leben und bei der Partnersuche.“

Das kann man auch weniger positiv sehen: Wer sich durch die Profile von Muslima.com klickt und all die Levents, Hichams, Fadis und Abdallahs mit ihrem Faible für die Vielehe sieht, muss unweigerlich an das islamkritische Buch „Mekka Deutschland“ (siehe *PAZ* 29, Seite 22) denken. Udo Ulfkotte, der Autor der Bestsellers, warnt: „Schleichend wird Europa zu einer Kolonie des Islam. In jeder größeren europäischen Stadt gibt es inzwischen eine zweite Stadt. Etwas ähnliches wie ein Staat im Staate, eine vom Koran regierte Stadt.“



Die Partnerbörse Muslima.com: Polygamie „Ja“ oder „Nein“ wird, wie selbstverständlich, auch abgefragt Bild: PAZ

Die Vielehe gehört dazu. Zwar lässt sich im Koran tatsächlich nur eine begrenzte Zahl an Textstellen finden, die darauf hinweisen. Außerdem sind sie längst nicht so eindeutig, wie manche Männer mit orientalischen Wurzeln es wohl gerne hätten. Dennoch betrachten viele Muslime die Vielehe – vier Ehefrauen sind laut Koran erlaubt – geradezu als göttliches Gebot.

Dazu einige Fakten: Die Londoner „Times“ meldete Anfang des Jahres, dass rund 100 000 islamische Familien in England Polygamie praktizieren. Zwar seien diese Ehen nach britischem Recht ungültig. Mit dem Umsichgreifen der Scharia-Gesetzgebung, der islamischen Rechtsprechung, nähmen aber auch die heimlich geschlossenen polygamen Ehen zu. Die erste weibliche Scharia-Richterin Großbritanniens, Amra Bone, verteidigte das ungleiche Ehekonstrukt umgehend: „Die Regierung kann von keinem Moslem verlangen, nicht mehr als eine Frau zu haben.“

Ähnlich sehen es viele hiesige Moslems. Der libanesisch-stämmige Sozialarbeiter Abed Chaaban erklärte der „Welt“ gegenüber, dass nach seinen Schätzungen 30 Prozent aller arabischstämmigen Männer in Berlin mit zwei Frauen verheiratet seien – mit einer staatlich, mit der anderen islamisch. Der Schätzwert von 30 Prozent ist mittlerweile allerdings wohl längst überholt. Nachdem moslemische Asylsuchende in Millionenhöhe einreisen, dürfte sich die Polygamie im Tempo eines arabischen Rennkamels weiter verbreiten.

> Das Bigamieverbot in Deutschland nutzt in der Praxis kaum

Dabei ist die islamische Vielehe aus westlicher Sicht weit mehr als nur eine bizarre Sitte Andersdenkender. Sie steht für ein Gesellschaftmodell, das europäischem Gedankengut vollständig widerspricht. Es gründet auf extremer Ungleichheit. Das gilt zum einen für Mann und Frau. Man muss kein Feminist sein, um die Vorstellung vom Herrn des Hauses, um dessen Wohlergehen sich gleich mehrere ihm angetraute Geschöpfe kümmern, als frauenfeindlich zu empfinden. Zudem gibt der Koran dem Mann ausdrücklich das Recht seine Ehefrauen körperlich zu züchtigen (34. Koranvers, 4. Sure).

Die Vielehe steht aber auch für eine Denkweise, in der arm und reich scharf voneinander getrennt sind: Man stelle sich einmal eine Gesellschaft vor, in der die männliche Oberschicht mit vier Ehefrauen und einer unbegrenzten Anzahl an Nebenfrauen – auch davon ist im Koran die Rede – protzt.

Vor all dem steht in Deutschland eigentlich der Paragraf 1306 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Er erklärt Bigamie, also dass Eingehen einer zweiten Ehe, für unzulässig, und droht sogar mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren. Wirksam ist er in der Praxis allerdings kaum: Soll eine zweite Frau das Leben des muslimischen Ehemannes „bereichern“, wird diese Ehe nur religiös geschlossen. Solche sogenannten Imamehen sind zwar rechtlich bedeutungslos, haben aber im muslimischen Kulturkreis meist sogar einen höheren Stellenwert als staatlich geschlossene Lebensbünde. Einen gewaltigen Vorteil haben sie dazu: Da die Zweitfrau vor dem Gesetz unverheiratet ist, übernimmt der Staat per Hartz IV die Unterhaltspflichten für Sie und ihre Kinder. *Frank Horns*

MELDUNGEN

Halder geht nicht zur Stiftung

Berlin – Der designierte Direktor der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung (SFVV), Winfrid Halder, wird sein Amt nicht antreten. Für seinen Entschluss führte der Historiker persönliche Gründe an. Der Stiftungsrat der Bundesstiftung hatte Halder im Sommer zum neuen Stiftungsdirektor gewählt, sein Amtsantritt hatte sich aber immer wieder verzögert. Halder ist seit 2006 Direktor der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf und Privatdozent an der Universität Düsseldorf. Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) hat jetzt den Historiker Uwe Neumärker, Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, gebeten, die seit einem Jahr führerlose SFVV mit zu leiten, bis ein neuer Direktor gefunden ist. *J.H.*

»Corelli« starb natürlichen Todes

Berlin – Der plötzliche Tod des ehemaligen V-Manns „Corelli“ des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) vor einer geplanten Befragung im Verfahren um den sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) ist „an mit Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ auf eine Diabetes-Erkrankung und damit auf eine natürliche Ursache zurückzuführen. Das geht aus dem als geheim eingestuften, über 300 Seiten umfassenden Gutachten hervor, das der Sachverständige und ehemalige Bundestagsabgeordnete Jerzy Montag (Grüne) im Auftrag des Parlamentarischen Kontrollgremiums angefertigt hat. Danach ließ sich ein Hinweis auf ein mögliches Fremdverschulden nicht feststellen. Auch gebe es keine Belege dafür, dass „Corelli“ Kenntnisse von dem „NSU-Trio“ und dessen Straftaten hatte. Der V-Mann mit dem bürgerlichen Namen Thomas R. war im April 2014 gestorben, bevor das BfV mit ihm ein „klärendes Gespräch“ zu einer „NSU-CD“ führen konnte. *J.H.*

FDP sucht den dritten Weg

Umfragen sehen die Partei nach langer Zeit wieder bei fünf Prozent

Klare Kante oder Willkommenskultur? Auch die FDP möchte die Flüchtlingskrise für sich nutzen und sucht dabei den dritten Weg. Offenkundig können die Liberalen von der Unzufriedenheit mit der Union profitieren. Dennoch hat Christian Lindner nur teilweise Grund zur Freude. Der FDP-Vorsitzende ist ein Kind der Talkshow-Generation, es gab kaum ein Format, welches er ausgelassen hat. Doch in diesen turbulenten Wochen findet er kaum statt. Und trotzdem steigen die Umfragewerte für seine Partei. In der vergangenen Woche trauten erstmals seit der verlorenen Bundestagswahl im Herbst 2013 alle relevanten Meinungsforschungsinstitute der FDP ein Überspringen der Fünf-Prozent-Hürde zu.

Zudem können sich die Liberalen über prominente Unterstützung freuen. Vor einigen Tagen ist der BASF-Aufsichtsratsvorsitzende Jürgen Hambrecht der FDP beigetreten. Auch der Großunternehmer Heinrich Weiss hat angekündigt, die Liberalen wieder zu unterstützen. Der ehemalige CDU-Funktionär und Chef des Industrieverbands BDI hatte vor zwei Jahren mit seinem Engagement für die AfD auf sich aufmerksam gemacht. „Dies galt der Anti-Euro-AfD unter Lucke und Henkel. Nach dem Scheitern der alten Parteiführung setze ich meine Hoffnung wieder auf die FDP, die zunehmend wirtschafts- und europolitisch zu hören ist“, erklärte Weiss gegenüber dem „Handelsblatt“. Politikbeobachter haben seit Monaten den Trend festgestellt, dass die FDP zunehmend bemüht ist, als ordnungspolitische Macht wahrgenommen zu werden. In der Euro-Krise spricht sie sich für die Einhaltung der Stabilitätskriterien aus und auch in den Asyl-Wirren möchte sie sich an Recht

> Lindner: »Die Politik muss die Menschen wieder ernst nehmen«

und Ordnung orientieren. „Wir wollen weder das Grundrecht auf Asyl einschränken noch die Grenzen dicht machen“, sagt Lindner, „aber wir müssen schnell den unkontrollierten Zuzug begrenzen, den Merkel mit ihren Selfies und der Öffnung der Grenze in Ungarn ausgelöst hat.“ Und er sagt einen Satz, der stark an Seehofer erinnert: „Die Politik muss die Menschen endlich wieder ernstnehmen.“

Der hessische FDP-Fraktionsvorsitzende Florian Rentsch geht sogar noch einen Schritt weiter. Er fordert eine Volksbefragung über den Kurs in der Asylfrage: „Das wäre der richtige Weg. Wir Deutsche müssen ebenso das Recht haben abzustimmen, so wie es die Griechen in der Euro-Frage durften“, sagte er der Tageszeitung „Die Welt“. Die Union reagierte erwartungsgemäß empört. Man müsse sich die Frage stellen, ob Rentsch mit seiner Forderung der AfD hinterherlaufe, erklärte dazu der hessische CDU-Generalsekretär Manfred Pentz. Die Linken-Fraktionschefin Janine Wissler glaubt sogar, dass die FDP nur plumpe Ressentiments bedienen wolle.

Diese Schlagzeilen können der FDP nur recht sein, kompensieren sie doch Lindners Talkshow-Abstinenz. Weniger Flüchtlings-Euphorie als CDU, SPD, Grüne und Linke, aber mehr Augenmaß als die AfD mit „Lautsprecher“ Björn Höcke, so könnte man die Strategie im Thomas-Dehler-Haus zusammenfassen. Es ist derzeit ein schmaler Grat, auf dem die Partei wandelt. „Die Wahrscheinlichkeit ist sehr gering, dass die FDP mit einer dezidierten Law-and-Order-Politik in der Parteienlandschaft Erfolg hätte“, meint Infratest-Geschäftsführer Nico Siegel. Aber er sagt auch: „Die Partei profitiert von der Unzufriedenheit derer, die nicht zu radikal wählen wollen.“ *Peter Entinger*

Einladung an Terroristen

Kontrolle des Zuwandererstroms auf ganzer Linie gescheitert

Bereits im September machte der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann auf die Gefahr aufmerksam, die sich durch den unkontrollierten Zustrom von Asylbewerbern ergibt. „Wenn die Flüchtlinge frei über die Grenze kommen und gar nicht registriert werden können, dann haben wir auch ein Sicherheitsproblem in Deutschland und Europa“, so der SPD-Innenpolitiker im „ZDF-Morgenmagazin“ am 16. September.

Inzwischen sind mehrere Wochen vergangen. Die von Oppermann beschriebene Sicherheitsproblematik wurde von der Bundesregierung nicht etwa entschärft, sondern sie hat sich inzwischen weiter zugespitzt. Bei den mittlerweile eingeführten Grenzkontrollen handelt es sich nicht etwa um den Versuch, die illegalen Einreisen zu verhindern, sondern lediglich darum, eine Registrierung der „Flüchtlinge“ sicherzustellen. Doch selbst dieses Vorhaben kann als gescheitert angesehen werden. So haben einem Bericht des „Spiegel“ zufolge die deutschen Behörden bis Ende Oktober knapp 760 000 Zuwanderer als asylsuchend registriert. Nach einer Schätzung, die Frank-Jürgen Weise, der kommissarische Leiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, im Oktober abgegeben hat, sollen allerdings 290 000 Eingereiste noch nicht einmal als asylsuchend erfasst worden sein. Nicht auszuschließen ist deshalb, dass die Zahl derjenigen, die dieses Jahr im Zuge der „Flüchtlingswelle“ nach Deutschland gekommen sind, längst die Millionenmarke übersprungen hat.

Kaum zu kontrollieren: Flut der Asylsuchenden

Wie das Magazin „Focus“ berichtet, sind tausende Asylbewerber nach der Erstaufnahme sogar verschwunden, ohne dass die Behörden über den weiteren Verbleib Auskunft geben können.

Mit dieser Entwicklung droht der Begriff „Parallelgesellschaft“ noch einmal eine neue Bedeutung zu bekommen. So lädt die Situation geradezu dazu ein, dass terroristische Gruppen sie zum Einschleusen von Kämpfern ausnutzen. Entsprechende Warnungen von Sicherheitsbehörden verschiedener europäischer Länder liegen inzwischen vor. Zu befürchten ist ebenfalls, dass ein Teil der Illegalen ohne Zugang zu Sozialleistungen ihren Lebensunterhalt mit Kriminalität bestreiten wird. Die Bildung krimineller Banden, die durchs Land ziehen, dürfte vor diesem Hintergrund nur eine Frage der Zeit sein.

Auch für die Gesundheit der Bevölkerung stellen die Abgetauchten ein Risiko dar. So gibt es einem Bericht von „Spiegel-TV“ zufolge die Schätzung, zirka zwei Prozent aller Eingereisten seien an TBC erkrankt. *N.H.*

Zeitzeugen



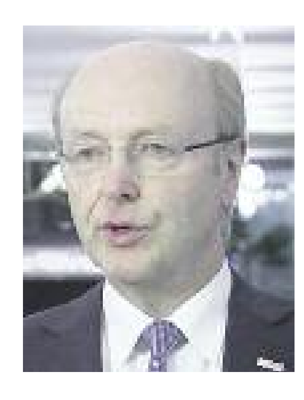
Reinhard Clemens – Das Vorstandsmitglied der Deutschen Telekom AG verantwortet den Bereich T-Systems. Im Februar 2015 kritisierte er die bisherige Arbeit der Branchen-Plattform „Industrie 4.0" als verfehlt und bemängelte, außer Maßnahmenempfehlungen und Gremienarbeit gebe es keine konkreten Ergebnisse.

Peter Ittermann – Der promovierter Sozialwissenschaftler, der seit Juni 2008 am Lehrstuhl für Wirtschafts- und Industriesoziologie an der Universität Dortmund lehrt, legte mit Jonathan Niehaus und Hartmut Hirsch-Kreinsen eine Expertise zum „Arbeiten in der Industrie 4.0" vor. Sie gehen davon aus, dass die Industrie-4.0-Systeme bei ihrer breiten Durchsetzung die bisherigen Arbeitswelten nachhaltig verändern werden.



Roland Tichy – Der Diplom-Volkswirt ist einer der profiliertesten Wirtschaftsjournalisten Deutschlands. Den Journalismus lernte er beim „Salzburger Volksblatt", arbeitete Anfang der 1980er erst im Kanzleramt, dann für die Wirtschaftswoche. Tichy war Chefredakteur von „Capital", „Impulse" und „Wirtschaftswoche". Er äußerte die Sorge, dass deutsche Großunternehmen durch ihre bürokratische Trägheit dem digitalen Wandel nicht gewachsen seien.

Matthias Fuchs – Der Gewerkschaftler ist 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Waiblingen/Ludwigsburg. Er fragt, welche Folgen die Industrie 4.0 für die Arbeitnehmer hat: Welche Jobs werden wegfallen? Wie viele? Wo werden neue Jobs entstehen? Welche Qualifikationen sind nötig? Problematisch sei die wachsende Erfassung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten. Hier entstünde eine komplette Entgrenzung des Datenschutzes.



Siegfried Dais – Dais ist ein international renommierter Manager und Gesellschafter der Robert Bosch Industrietreuhand KG (RBIK). Seine Karriere im Unternehmen begann 1979. Zwischen 1998 und 2012 gehörte er der Geschäftsführung an. Er war einer der Vorsitzenden des Arbeitskreises Industrie 4.0, der im Oktober 2012 seine Empfehlungen der Bundesregierung vorlegte und auf der Hannovermesse 2013 seinen Abschlussbericht präsentierte.

Job-Killer, Job-Wunder?

Risiko und Chance zugleich – Die vierte industrielle Revolution nimmt Fahrt auf

Wenn es um die Zukunft Deutschlands als Industriestandort geht, fällt immer häufiger der Begriff „Industrie 4.0". Dahinter verbirgt sich die Idee der komplett digitalen Industrie der nahen Zukunft.

Die „intelligente Fabrik" oder „Smart Factory" soll sich durch effizientes Nutzen von Ressourcen, ergonomische Gestaltung der Produktion sowie die Einbindung von Kunden und Geschäftspartnern in Geschäfts- und Wertschöpfungsprozesse auszeichnen. Basis ist das sogenannte „Internet der Dinge", also in einem System miteinander verbundene Sensoren, Maschinen und Computersysteme aller Art. Im Unterschied zu heute sind auch die vernetzten Maschinen intelligent, können komplexe Aufgaben selbsttätig lösen, aus Fehlern lernen und sich selbst neu konfigurieren.

Aber ob die Folgen dieser neuen Stufe der Technisierung nur positiv sind, ist umstritten. So geht das Nürnberger Institut für Arbeits- und Berufsforschung in einer jüngst erschienen Studie davon aus, dass der Einzug der Digitalisierung in deutsche Fabriken bis zu 60 000 Jobs kosten könnte. Es entstünden zwar rund 430 000 neue Arbeitsplätze, dafür gingen aber 490 000 verloren. Betroffen seien vor allem Beschäftigte, die Maschinen bedienen.

Auch andere Studien zeichnen ein eher düsteres Bild. Eine Expertise der Oxford Martin School der Londoner Universität von 2013 sieht für die USA einen Verlust von 47 Prozent aller Arbeitsplätze voraus. Nach diesem Szenario übernimmt eine neue Computergeneration überall dort die Arbeit, wo wenig Feinmotorik, Originalität oder Verhandlungsgeschick erforderlich sind. Das betrifft dann nicht mehr nur die Produktion, sondern auch Logistik, Verkauf und Verwaltung. Denn wenn die Maschinen intelligenter werden, können nicht nur Jobs in der Produktion, sondern auch im Büro bis hinauf ins mittlere Management überflüssig werden. So gesehen, geraten dann auch Arbeitsfelder ins Visier der Rationalisierung, die bisher als sicher galten.

Industriestandort Deutschland hinkt Entwicklung hinterher

Skeptisch ist auch eine von der gewerkschaftsnahen Hanns-Böckler-Stiftung geförderte Studie. Wissenschaftler der Technischen Universität Dortmund hatten die Risiken und Chancen der Industrie 4.0 beleuchtet. Die Dortmunder Forscher kamen zu dem Ergebnis, dass in erster Linie Beschäftigte mit niedriger Qualifikation unter Druck geraten würden. Außerdem könnten durch flexible Arbeitszeiten und Arbeitsorte die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit weiter verschwimmen und so herkömmliche Arbeitsverhältnisse weiter aufweichen. Zudem versuche die Industrie, durch die Hintertür weitere Liberalisierungen zulasten der Arbeitnehmer durchzusetzen. Auf der anderen Seite sieht die Unternehmensberatung Boston Consulting Group in einer auf Deutschland bezogenen Studie sogar ein Beschäftigungswachstum von sechs Prozent in den nächsten zehn Jahren vorher.

Ob sich die Erwartungen der Optimisten oder die der Pessimisten erfüllen, bleibt jedoch abzuwarten. Deutschland als Standort hinkt der Entwicklung hinterher. Während es in den USA seit 2014 das Industrial Internet Consortium gibt, das gemeinsame Standards formuliert und Forschung koordiniert, ist ein ähnliches deutsches Gremium über Absichtserklärungen nicht hinausgekommen. Auch auf europäischer Ebene fehlt trotz gemeinsamer Forschungsvorhaben ein vergleichbares Gremium.

Was die Forschung betrifft, liegt China vorne. Laut Studie des Fraunhofer-Instituts für Arbeitsorganisation (IAO) wurden dort seit Anfang 2013 über 2500 Patente aus dem Industrie 4.0-Umfeld angemeldet. Das sind mehr als aus Deutschland und den USA zusammen. *Friedrich List*



Voll vernetzt: Knochenharte Maloche war gestern. Zukünftig werden alle Arbeitsabläufe digital automatisiert Bild: Getty

Leichtes Angriffsziel für Netzterroristen

Was mit dem Internet verbunden ist, kann auch zum Angriffsziel werden. Um die Risiken der Industrie 4.0 besser einschätzen zu können, legte der TÜV-Süd zusammen mit Partnern aus der Versorgungswirtschaft ein Forschungsprojekt auf – das „Honeynet". Es handelte sich um die Simulation eines Wasserwerks, die acht Monate online stand und ein kleineres echtes Wasserwerk vortäuschte. Ziel dieser Honigfalle war, Erkenntnisse über Angriffe aus den Tiefen des Netzes auf ein normales Unternehmen zu sammeln. Sie bestand aus realen Geräten sowie aus Software und vorgetäuschten technischen Anlagen. Der Sicherheitsstandard entsprach den in der Industrie üblichen Vorkehrungen.

Ein Hochofen war Opfer einer Attacke

Dass die Forscher reichlich Material bekamen, zeigen die sehr realen Risiken neuer kybernetischer Produktionsweise. In den acht Monaten Laufzeit von „Honeynet" zählten sie 60 000 Zugriffe aus 150 Ländern.

Die Angriffe begannen, als Honeynet online ging. Also erregt selbst eine relativ kleine Einrichtung im Netz sofort Aufmerksamkeit. Nicht wenige Angriffe gehörten zu unspezifischen Stör- oder Angriffsaktionen. Fazit: Auch die bisher als sicher geltenden industriellen Übertragungswege müssen stärker gesichert werden.

Wie real die Gefahr ist, zeigt ein Fall aus dem Herbst 2014. Laut Bundesamt für Informationssicherheit griffen Internetkriminelle ein deutsches Stahlwerk an. Dabei drangen sie über das Büronetzwerk in Produktionsnetze ein und sorgten dafür, dass erst einzelne Steuerungskomponenten, dann ganze Anlagen ausfielen. Am Ende konnte ein Hochofen nicht geregelt herunter gefahren werden, was zu massiven Schäden führte. *F.L.*

Überflüssige Manager

Von Industrie 1.0 bis 4.0 – Stets wurden Arbeitsplätze eingespart

Es gab in der Geschichte menschlicher Kulturen immer wieder tief greifende Umbrüche. So meint die agrarische oder neolithische Revolution den Übergang von den Jäger- und Sammler-Kulturen zu sesshaften Ackerbaugesellschaften. Und danach hat es eine ganze Reihe weiterer Umbrüche gegeben. Aber Historiker geben nur der ab dem späten 18. Jahrhundert in Großbritannien beginnenden Industriellen Revolution eine ähnliche Bedeutung. Allerdings sehen die einen die Industrielle Revolution als abgeschlossenen Vorgang. Andere sehen hier einen bis heute andauernden Wandel.

1936 sah der französische Soziologe Georges Friedmann als erster eine zweite industrielle Revolution. Die begann für ihn in den Jahrzehnten um 1900. Sie umfasste den wachsenden Einsatz von Elektrizität und das Entstehen der Massenproduktion von standardisierten Gütern. Der US-amerikanische Soziologe Daniel Bell gehört zu denen, die von einer in den 1970er Jahren einsetzenden dritten industriellen Revolution sprechen. Sie zeichne sich durch Einsatz von Computern und Mikroelektronik aus. Und sie brachte den Einsatz von Robotern in der Produktion mit sich – und damit den Wegfall von immer mehr Arbeitsplätzen in der eigentlichen Herstellung von Gütern.

Seit 2011 sprechen Experten nun von der vierten industriellen Revolution – also der sogenannten „Industrie 4.0". Vom Vertrieb über Verwaltung und Kommunikation bis hin zu Forschung und Entwicklung und zur eigentlichen Produktion ist alles über einheitliche Computersysteme im Inneren wie nach außen vernetzt.

Auch in der Chefetage ist kein Arbeitsplatz mehr sicher

Die aus der Versionssprache der Computerwelt entlehnte moderne Zählweise sieht dann so aus: Die Industrie 1.0 entspricht der ersten industriellen Revolution, also dem Entstehen von Fabriken und Großkapital. Darauf folgt die Industrie 2.0 mit dem Masseneinsatz von Elektrizität, modernen Rationalisierungsmethoden und der Fließbandproduktion. Für die Industrie 3.0 sind dann das Nutzen von Computern und Industrierobotern typisch.

Allerdings sind auf allen Stufen der Entwicklung massiv Arbeitsplätze verloren gegangen. Die Industrie 1.0 und 2.0 trafen vor allem das traditionelle Handwerk und ältere Strukturen wie die als Heimindustrie betriebene Weberei und Baumwollspinnerei. Produkte, die vorher Handwerksbetriebe oder Manufakturen hergestellt hatten, wurden nun zu billigen Massenprodukten.

Dieser Trend setzt sich mit der Industrie 3.0 fort. Die jedoch setzt auch Arbeitskräfte in der Produktion frei, die ein wachsender Dienstleistungssektor nur bedingt aufnehmen kann. Unter den Bedingungen der Industrie 4.0 wird sich das Problem eher verschärfen, denn jetzt wird nicht nur die Produktion weiter technisiert, sondern auch Dienstleistung und Verwaltung bis hinauf ins Management. Wenn auch nichttechnische Arbeitsprozesse digital abgebildet und somit quasi gläsern sind, werden die Vollstrecker und Überwacher im mittleren Management überflüssig. *F. List*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Buchseite, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Für den Anzeigenteil gilt: Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Streit ums Kopftuch geht weiter

Linker SPD-Flügel und Islamverbände: Öffentliche Amtsträger sollen das Tuch tragen dürfen



Doch bald Wirklichkeit in Berlin? Lehrerin mit muslimischem Kopftuch (gestelltes Bild)

Bild: imago

Dürfen Staatsdiener des Landes Berlin im Amt religiöse Symbole wie das Kopftuch offen tragen? Nein, sind sich Bürgermeister Müller (SPD) und sein Koalitionspartner CDU einig. Doch vom linken SPD-Flügel und vonseiten der Islamverbände kommt Widerstand.

Immerhin ein halbes Jahr hat sich der Berliner Senat Zeit genommen, um das Verbot religiöser Symbole im Staats- und im Schuldienst nochmals juristisch zu prüfen. Speziell gegen das Kopftuchverbot wird inzwischen mit erstaunlichen Argumenten mobilgemacht: Zumindest vorerst bleibt es dabei, dass in Berlin Lehrerinnen, Polizistinnen und Richterinnen bis auf wenige Ausnahmen kein Kopftuch tragen dürfen.

Im Einklang mit dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD) hatte Innensenator Frank Henkel (CDU) mitgeteilt, dass Berlin trotz eines Bundesverfassungsgerichtsurteils mit anderem Tenor sein bereits im Jahr 2005 verabschiedetes „Neutralitätsgesetz" nicht ändern werde. „Eine Änderung des Berliner Neutralitätsgesetzes halten wir derzeit nicht für zwingend erforderlich. Deshalb sehen wir von einer Gesetzesänderung ab", so Innensenator Henkel. Der Anlass dafür, die Regelung des Landes Berlin zu prüfen, war eine Entscheidung, die das Bundesverfassungsgericht im März dieses Jahres getroffen hatte. Die Karlsruher Richter hatten dabei eine Regelung zum Kopftuchverbot im Schulgesetz Nordrhein-Westfalens für verfassungswidrig erklärt.

Bemängelt worden war, dass das Gesetz mit seinem pauschalen Kopftuchverbot eindeutig gegen „das Verbot der Benachteiligung aus religiösen Gründen" verstoße und eine Privilegierung „christlich-abendländischer" Werte und Traditionen gegenüber anderen Religionen und Weltanschauungen darstelle.

Im Berliner Neutralitätsgesetz, welches das Tragen religiöser und weltanschaulicher Symbole im öffentlichen Dienst regelt, wird hingegen keine Religion hervorgehoben. Ganz allgemein schreibt das Gesetz vor, dass Berliner Beamte im Dienst weder religiöse Kleidungsstücke noch Symbole zeigen dürfen.

> Muslimvereine schüren die Skepsis bei den Deutschen

Ob die Berliner Regelung langfristig Bestand haben wird, ist trotz der Einigkeit des rot-schwarzen Senats keineswegs sicher. Die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat die Entscheidung, in Sachen Kopftuch nichts zu ändern, eindeutig begrüßt. „Als CDU-Fraktion bekennen wir uns dazu, dass wir religiöses Leben in Berlin fördern wollen, dennoch ist es richtig, dass der Staat auch nach außen hin sichtbar und erkennbar weltanschaulich und religiös neutral auftritt", so der Standpunkt, den CDU-Fraktionschef Florian Graf und der integrationspolitische Sprecher der Berliner Union, Burkard Dregger, vertreten.

Ein Teil der Sozialdemokraten scheint zu dem Thema „Kopftuch im öffentlichen Dienst" allerdings einen völlig anderen Kurs zu fahren als der Regierende Bürgermeister Müller. So lässt die Berliner SPD in den kommenden Wochen in einer Mitgliederumfrage unter anderem auch darüber abstimmen, wie es mit dem Neutralitätsgesetz weitergehen soll.

Die Partei ist in der Frage offensichtlich gespalten. Während der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß klar hinter dem Kopftuchverbot für den öffentlichen Dienst steht, führen andere Sozialdemokraten einen seltsamen Spagat vor. Der Fraktionsvorsitzende Raed Saleh erklärt etwa, dass er trotz staatlicher Neutralität Lehrerinnen das Tragen eines Kopftuchs erlauben würde.

Der Bundesvorsitzende der „Arbeitsgruppe Migration und Vielfalt", Aziz Bozkurt, kündigt an, er wolle sich enthalten, weil er für die Neutralität des Staates sei, aber ein pauschales Kopftuchverbot ablehne. Wie die 17 000 Berliner SPD-Mitglieder in der Sache entschieden haben, soll am 16. November bekannt gegeben werden. Die Partei hat sich verpflichtet, das Ergebnis der Abstimmung ins Wahlprogramm für 2016 aufzunehmen.

Bereits eindeutig positioniert haben sich einige wichtige Muslim-Verbände. Sie halten das Kopftuchverbot für Lehrerinnen für ein „Integrationshindernis". „Diese Entscheidung steht einer Einwanderungsgesellschaft nicht gut zu Gesicht", behauptet der Präsident der Türkischen Gemeinde zu Berlin (TGB), Bekir Yilmaz. Auch die Sprecherin des Türkischen Bundes Berlin Brandenburg (TBB), Ayse Demir, plädiert dafür, das Neutralitätsgesetz ganz abzuschaffen. Dies sei allerdings ihre persönliche Meinung, so Demir, im TBB selbst sei die Diskussion darüber noch nicht abgeschlossen.

Tatsächlich könnte gerade das Plädoyer islamischer und türkischer Verbände die Skepsis in der deutschen Gesellschaft gegen das Kopftuch bei staatlichen Amtsträgerinnen eher noch verstärken. Denn die seit Jahren laufenden Islamisierungstendenzen innerhalb des türkischen Staates sind unübersehbar. Zudem ist der Islam die einzige große Weltreligion, unter deren Anhängern die Trennung von Religion und Staat mehrheitlich abgelehnt wird.

Keinen Beitrag zum Abbau von Vorbehalten dürfte ebenso ein unlängst im Berliner „Tagesspiegel" erschienener Artikel geleistet haben. In dem Meinungsbeitrag wurde das Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst als Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts der Frauen gewertet.

Befürworter der bisherigen Regelung sehen sich von dem Kommentator allen Ernstes sogar in einen Topf geworfen mit „anatolischen Patriarchen", welche die Frauen bevormunden wollten. Die Angegriffenen dürften diese Attacke als groteske Umkehrung der Tatsachen werten. *Norman Hanert*

Hass, Hetze, Brand

Von Vera Lengsfeld

An der Berliner Schaubühne läuft zurzeit ein Stück, das die helldeutsche Geisteswelt trefflich darstellt. Autor und Regisseur Falk Richter lässt es politisch korrekt krachen. Auf der Anklage-Bühne, nein dem Schafott, steht das von Fremdenhass und Angst getriebene Dunkeldeutschland.

Als verabscheuenswürdige Protagonistinnen werden vor allem fünf Frauen vorgeführt: Birgit Kelle, Gabriele Kuby, Beatrix von Storch, Frauke Petry und Hedwig von Beverfoerde. Die Botschaft lautet: Mit Zombies kann man nicht reden, die kann man nur loswerden. Wörtlich: „Der Zombie stirbt nur, wenn man ihm direkt ins Gehirn schießt und sein Gehirn auslöscht."

Das ist natürlich kein Mordaufruf, wie der vielfach geschmähte Pegida-Galgen. Das ist auch keine Hetze, nein, das ist Kunst! Weil Richter offensichtlich nur über ein sehr eingeschränktes künstlerisches Können verfügt, wiederholt er seine Vernichtungsphantasien in mehreren Varianten. Da ist zu Bildern von Beverfoerde, Kuby, Storch und Kelle mehrmals von „wegmachen" oder „unter die Erde bringen" die Rede. In Helldeutschland wird nicht mehr diskutiert, sondern angegriffen und aufgeräumt.

Richters Botschaft fiel bei der Antifa auf fruchtbaren Boden. Schon kurz nach der Premiere brannte das Auto von Beatrix von Storch ab, wurden Anschläge auf AfD-Büros verübt. Dann folgte ein Brandanschlag auf das Firmengelände von Hedwig Beverfoerdes Mann. Die Antifa bekennt sich auf der Internetplattform „linksunten.Indymedia.org" stolz zu ihren Untaten:

„mit dem anschlag auf die freifrau von beverfoerde soll eine geistige brandstifterin zur rechenschaft gezogen werden. der kaputte wagen zeigt deutlich dass die hetzer angreifbar sind und für ihr treiben die notwendige quittung bekommen. dass wir mit unserem engagement nicht alleine sind zeigen die verkokelten überreste des autos von beatrix von storch in berlin. die AfD-europaabgeordnete und stellvertretende bundesvorsitzende ist die politische partnerin von von beverfoerde und eine der treibenden figuren im hintergrund der ‚demo für alle'. mehr davon!"

Die allzeit empörungsbereiten Medien begnügen sich mit unkommentierten Kleinstmeldungen. Kein Ruf nach dem Staatsanwalt erfolgt, kein Abscheu vor diesem Terror gegen Andersdenkende wird artikuliert.

Die Helldeutschen scheinen sich nicht bewusst zu sein, an welche dunkelsten Zeiten unserer Geschichte ihre Aktivitäten erinnern. Alles scheint aus helldeutscher Sicht erlaubt zu sein. Es geht ja schließlich um das bessere Deutschland, tolerant, weltoffen und friedlich. Oder, wie die Antifa sagt: „angreifen ... für die befreite Gesellschaft!"

Ärmere ohne Chance

Asylbewerberstrom verschärft Lage am Berliner Wohnungsmarkt

In Berlin sind während der ersten sechs Monate 2015 deutlich mehr Immobilien verkauft worden als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Wie aus dem Bericht des Gutachterausschusses für Grundstückswerte hervorgeht, ist die Zahl der abgeschlossenen Kaufverträge um 31 Prozent auf 16 042 gestiegen.

Wie aus der Auswertung notariell vereinbarter Kaufverträge weiter hervorgeht, hat die Zahl der verkauften Eigentumswohnungen sogar um 39 Prozent zugelegt. Für Bauland in Berlin müssen Käufer immer tiefer in die Tasche greifen. Nach Angaben von Bauträgern und Projektentwicklern gibt es kaum noch Baugrundstücke.

Ablesbar ist der Mangel an der Preisentwicklung: So ging die Anzahl der verkauften Grundstücke im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sogar zurück – trotzdem stieg das umgesetzte Geldvolumen um 38 Prozent.

Vor allem für Studenten, Rentner, Hartz-IV-Empfänger und einkommensschwache Arbeitnehmer droht die Entwicklung zu einem Problem zu werden. Aus Sicht von Investoren erhöhen die angezogenen Preise naturgemäß den Verwertungsdruck bei der Vermietung. Zu befürchten ist, dass viele Einheimische in den kommenden Jahren beim Verteilungskampf um Wohnungen im unteren Preissegment den Kürzeren ziehen werden.

> Rentner, Studenten, Niedriglöhner und »Hartzer« sind Opfer

Angekündigt ist nämlich, dass die Sozialbehörden versuchen werden, verstärkt Wohnungen für ausländische Zuwanderer anzumieten. Zum einen ist der Bedarf immens, dazu winken Vermietern höhere Einnahmen, wenn sie Wohnraum für Asylbewerber anbieten. So dürfen Asylbewerber, die aus einer Unterkunft ausziehen, eine um 20 Prozent höhere Miete übernehmen, als dies sonst laut Hartz-IV-Regelung erlaubt ist.

Gefragt sind aus Sicht des Berliner Sozialsenators Mario Czaja (CDU) „einfache Wohnungen im unteren Segment". Von den 53 900 Asylbewerbern, die bislang in diesem Jahr nach Berlin gekommen sind, leben nach offiziellen Angaben erst 10 000 in einer eigenen Wohnung. Czaja fordert Eigentümer deshalb auf, nicht genutzte Objekte zur Verfügung zu stellen. Aus Sicht von Dieter Blümmel, Sprecher des Eigentümerverbands Haus & Grund, werden die Anmietungspläne des Senators ins Leere laufen: „Wo sollen diese Wohnungen sein, die Herr Czaja meint? Solche Wohnungen suchen auch Studenten, Senioren und Arbeitslose". *Norman Hanert*

Politik beeinflusst Kultur

Prominente blieben deutsch-russischer Ausstellungseröffnung fern

Die Eröffnung der Ausstellung „Russland und Deutschland – Von der Konfrontation zur Zusammenarbeit" im Berliner Martin-Gropius-Bau wurde von der aktuellen Politik überschattet. Dies musste die Kuratorin der Ausstellung, Julia Franke vom Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst, einräumen. Gemeinsam mit Wladimir Tarasow, dem stellvertretenden Direktor von Rosarchiv, dem russischen Staatsarchiv, und Jörg Moiré hatte sie monatelang mühsam ausgehandelt, was gezeigt werden soll.

Bei der Planung der Ausstellung war noch nicht absehbar, dass sich die deutsch-russischen Beziehungen wegen der Krimannexion und der Ukraine-Krise derartig abkühlen würden. Die geladenen Gäste zeigten sich denn auch politisch korrekt, indem sie der Ausstellungseröffnung fernblieben. Alle Beteiligten der historischen Ereignisse waren zur Eröffnungsfeier eingeladen, aber gekommen war nur die Gründungsdirektorin des Moskauer Goethe-Instituts.

Die Ausstellung will Wegmarken der Hauptereignisse in der Geschichte beider Staaten seit 1945 zeigen, eine Aufgabe, die unweigerlich zu einer Gratwanderung historisch sensibler Punkte führen muss. Vieles bleibe zu schemenhaft, bemängeln Kritiker. Den Ausstellungsmachern wird auch zum Vorwurf gemacht, dass Themen wie Beutekunst, Gas-Abhängigkeit und Ukraine-Krise nicht berücksichtigt wurden. Tarasow räumte ein, dass es im Vorfeld viele Diskussionen auch Streit darüber gegeben habe, ob auf die Ukraine-Krise eingegangen werden solle, man sich aber letzten Endes dagegen entschieden habe. Zur Begründung sagte er, dass die Einschätzungen der Ereignisse, die dort passieren, zu unterschiedlich seien. Darüber könne aber im Rahmen des Begleitprogramms gesprochen werden.

> Kritik wegen Fehlens der Krimannexion und Ukrainekrise

Die Ausstellung enthält neun Themen: Kapitulation der Wehrmacht, Gründung zweier deutscher Staaten, Besuch Konrad Adenauers 1955 in Moskau, Bau der Berliner Mauer, Abschluss des Erdgas-Röhren-Geschäfts, Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte, Unterzeichnung des Zwei-Plus-Vier-Vertrags, Strategische Partnerschaft, Gedenkstunde im Bundestag mit dem Schriftsteller Daniil Granin. Es ist eine Lese-Ausstellung. In Faksimiles gezeigte Dokumente vermitteln Spannung, machen aber auch Empfindlichkeiten beider Seiten spürbar. Parallel wird sie in Moskau gezeigt. *MRK*

Martin-Gropius-Bau, bis 13. Dezember, Mi–Mo 10 bis 19 Uhr.

MELDUNGEN

Sind Syrer unerwünscht?

Washington – Wie die Amtschefin des „Bureau of Population, Refugees and Migration", Assistant Secretary Anne C. Richard, bei einer öffentlichen Anhörung mitteilte, haben die USA im abgelaufenen Verwaltungsjahr lediglich 1700 Syrer aufgenommen. Bei lediglich zwei Prozent der ins Land gelassenen Personen aus Syrien soll es sich um junge alleinstehende Männer gehandelt haben. Nach Angaben der „New York Times" haben die USA von den vier Millionen Menschen, die seit Beginn des Konflikts aus dem Land geflohen sind, insgesamt nur 1854 Syrer aufgenommen. US-Präsident Barack Obama hat angekündigt, dass die USA im kommenden Fiskaljahr 10000 Syrern einen legalen Aufenthalt ermöglichen werden. *N.H.*

Tscherkessen fordern Zuzug

Rostow – In Rostow wurde Anfang November eine tscherkessische Hilfsorganisation gegründet, die sich für die Heimkehr von Landsleuten aus Syrien einsetzt. Seit Längerem fordern Tscherkessen eine Gleichbehandlung ihrer Landsleute mit ukrainischen Flüchtlingen. Während fast 116000 Ukrainer aus dem Donbass in Rostow aufgenommen und unterstützt worden seien, hätten die russischen Behörden bislang nur wenigen Tscherkessen aus Syrien geholfen. Bis jetzt sind 2000 Tscherkessen in ihre Heimat zurückgekehrt, von weiteren 5000 ist die Rede. Die russische Regierung hält an strikten Einreiseformalitäten fest, aus Furcht vor Islamisten, die als Flüchtlinge getarnt ins Land strömen könnten. *MRK*

Senat beharrt auf Einsprachigkeit

Frankreichs Oberhaus stimmt gegen die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen

In Frankreich müssen Bretonen und Elsässer weiterhin auf Französisch mit den Behörden verkehren. Dies in ihrer Regionalsprache zu tun, bleibt ihnen verwehrt, weil der Senat, das Oberhaus des französischen Parlaments, es erneut abgelehnt hat, die vor 23 Jahren vom Europarat gezeichnete Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen zu ratifizieren.



Palais du Luxembourg: Seit 1800 Sitz des Senats, der zweiten parlamentarischen Kammer Frankreichs

Bild: Wikimedia

Die Minderheiten Frankreichs, die Okzitanier, die Elsässer und deutschsprachigen Lothringer, die Bretonen, die Katalanen, die Korsen, die Basken sowie die Flamen, kämpfen schon seit Langem um mehr sprachliche Rechte. Ihnen war es mit zu verdanken, dass 1991 das Europäisches Büro für Sprachminderheiten (European Bureau for Lesser-Used Languages, EBLUL) gegründet wurde und dass im darauffolgenden Jahr die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen mit Unterstützung der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments vom Europarat gezeichnet wurde. Dank dieser Charta, die von Frankreich zwar 1999 unterzeichnet, aber bis heute nicht ratifiziert wurde, konnten EU-konforme Minderheitenregelungen auch in Osteuropa eingeführt werden.

2008 gab es etwas Bewegung, als in die französische Verfassung der Artikel 75-1, nach dem „die Regionalsprachen zum Erbe Frankreichs gehören", eingeführt wurde. Im Januar dieses Jahres hatte sich plötzlich und unerwartet der sozialistische Präsident der Französischen Republik, François Hollande, höchstpersönlich in den Streit um die Zukunft der Regionalsprachen eingeschaltet. Er hatte seine Regierung aufgefordert, wie im Wahlkampf 2012 versprochen, die notwendigen juristischen Schritte zu unternehmen, damit Frankreich der völkerrechtlich bindenden Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen beitreten kann. Obgleich dem Präsidentenwort in Frankreich ein besonderes Gewicht zukommt, hat der Senat jetzt mit einer konservativen Mehrheit das Gesetz abgelehnt. Der Senat wurde befragt, weil es, um das Gesetz zu verabschieden, einer Verfassungsänderung bedürfte. Die Entscheidung des Senats könnte zwar die Nationalversammlung, das Unterhaus des französischen Parlaments, überstimmen, doch bedürfte es dafür einer Dreifünftelmehrheit, die angesichts der derzeitigen Zusammensetzung des Hauses eher unwahrscheinlich erscheint.

Denn nicht nur von der konservativen Ecke, dem Lager des Ex-Präsidenten und Sohnes eines ungarischen Einwanderers Nicolas Sarkozy, kommt Kritik an der Sprachenpolitik seines aktuellen Nachfolgers von den Sozialisten. Auch auf der extremen Linken kochen die Emotionen hoch: „Das ist eine neue Aggression gegen die Einheit und Unteilbarkeit der Republik", ereiferte sich Jean-Luc Mélenchon, der Vorsitzende der Parti de Gauche (PG, Linkspartei). Die bemerkenswerte Argumentation der Zentralisten: Wer eine Regionalsprache sprechen dürfe, werde anderen gegenüber privilegiert und bedrohe das Französische – und damit die Einheit der Republik. *Bodo Bost*

Eine »einige und unteilbare« Republik mit über 70 Sprachen

In Frankreich werden mehr als 70 Regionalsprachen gepflegt. Neben den alteingesessenen europäischen Sprachen in den Randgebieten des Mutterlandes sind dies vor allem die vielen Sprachen in den Resten des einstigen französischen Kolonialreiches im Pazifik, der Karibik und in Südamerika, die heute Überseedepartemente bilden. Wegen diesen Departments hat die EU auch eine 200 Kilometer lange gemeinsame Grenze mit Brasilien. Die von den meisten Menschen gesprochene Regionalsprache Frankreichs ist heute das Kreolische, das von über drei Millionen Menschen in der Karibik und den Karibikmigranten im Mutterland gesprochen wird.

In der Bretagne, im französischen Baskenland, im französischen Teil Kataloniens und in Teilen des Elsass gibt es seit einigen Jahren Straßenschilder in Regionalsprachen, und es gibt bilinguale Schulen. Das geht jedoch nicht auf staatliche Initiative zurück, sondern auf aktive Bürgerbewegungen, die sich für die baskischen „Ikastolas", die bretonischen „Diwan" oder die elsässischen ABCM-Klassen einsetzen.

Bisher waren die in den 1980er Jahren eingeführten Regionen zuständig für die Regionalsprache. Da es ab kommenden Januar infolge einer Gebietsreform die Region Elsass, in der die Mehrheit der Bevölkerung noch das Elsässische sprach, nicht mehr geben wird, sondern nur noch eine gemeinsame Region Elsass-Lothringen und Champagne Ardennes, in der nur noch 15 Prozent der Bevölkerung eine Regionalsprache sprechen, fürchten jetzt viele Elsässer weitere Schwierigkeiten für den Erhalt ihrer Muttersprache. *B.B.*

Schweden prescht vor

Stockholms Westsaharapolitik droht, Marokko zu destabilisieren

Eine überraschende Wendung der US-amerikanischen Außenpolitik könnte die politische Lage Nordwestafrikas von Grund auf verändern und einen neuen Flüchtlingsstrom nach Europa auslösen. Schweden, über das immer wieder politische Initiativen der USA innerhalb der EU angestoßen werden, unternimmt als erstes Land der Europäischen Union offizielle Schritte, die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) beziehungsweise die Westsahara als unabhängigen Staat anzuerkennen – ein entsprechendes Gesetz wird zurzeit im Reichstag vorbereitet.

Diese von den westlichen Medien unbeachteten Schritte wurden in Marokko, das die Westsahara als Teil seines Staatsgebietes betrachtet und militärisch weitgehend kontrolliert, sehr genau verfolgt. Am 28. September erklärten die marokkanischen Behörden, dass die für den Folgetag geplante Eröffnung eines großen Ikea-Marktes im Gebiet Casablanca wegen eines fehlenden „Konformitätszertifikates" nicht stattfinden könne. Inzwischen hat die marokkanische Regierung offiziell einen Boykott sämtlicher schwedischer Waren und Unternehmen verkündet. Durch diesen wirtschaftlichen Druck soll Schweden von seinem Vorhaben abgebracht werden, weil man in Rabat zu Recht annimmt, dass die schwedische Entscheidung richtungsweisend für andere EU-Staaten sein könnte, die DARS ebenfalls anzuerkennen.

Interessant ist, dass auch Marokko bisher zu den engsten Verbündeten der USA gehörte. Das Königreich war das erste Land, das die frisch gegründeten USA als Staat anerkannte, und dank einer intensiven Einbindung in das System der nunmehrigen Weltmacht genoss es lange Zeit den offiziellen Status eines „Bevorzugten Partnerlandes". Andererseits ist Marokko auch eng mit den Golfstaaten und dabei insbesondere Saudi-Arabien verbunden, dessen bisherige „Privilegierte Partnerschaft" mit den USA durch deren jüngste Wendungen erschüttert wurde. Hierbei spielen neben langfristigen geostrategischen Erwägungen der USA im Zuge einer Umgestaltung des Nahen Ostens insbesondere der US-amerikanische Ausgleich mit dem Iran und die US-Aversionen gegen die mit Riad verbündete neue ägyptische Staatsführung eine Rolle. Marokko ist dabei nicht nur ein Bestandteil des saudisch geführten sunnitischen Militärbündnisses gegen den Jemen, sondern dient durch sein auf den Propheten Mohammed zurückgeführtes Herrschergeschlecht auch zu dessen ideologischer Rechtfertigung.

> Treten die USA eine neue Welle von Asylsuchenden los?

Würden die europäischen Staaten nun die Westsahara anerkennen, könnte Marokko nicht mehr wie seit fast einem Vierteljahrhundert die Abhaltung eines Volksentscheides über die staatliche Zukunft der Westsahara verschleppen. Diese würde, wenn man nur die einheimische Bevölkerung und nicht die zugewanderten Marokkaner abstimmen ließe, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu einer Unabhängigkeit des Landes führen. Dies wiederum würde für Marokko nicht nur den Verlust reicher Rohstoffvorkommen – das Gebiet der Westsahara verfügt über die bedeutendsten Phosphatabbaugebiete der Welt – und ergiebiger Fischgründe vor der Atlantikküste bedeuten, sondern auch einen herbe Verletzung des Nationalgefühls bedeuten, die allein schon zu politischen Unruhen führen müsste. Die daraus fast zwangsläufig folgende Destabilisierung des Landes würde in erhebliche weitere Auswanderungsströme nach Europa münden.

Thomas W. Wyrwoll

Mazedonien alleingelassen

Asylantenflut: Brüssel unterstützt lediglich seine EU-Ostpartner

Die Republik Mazedonien, kein EU-Land, hat 2,1 Millionen Einwohner, zu denen seit Juni 204000 Asylbewerber kamen, davon 133000 Syrer, 41000 Afghanen und 16000 Iraker. Sie kamen aus dem EU-Land Griechenland, reisen über das Nicht-EU-Land Serbien in das EU-Land Kroatien, das nicht zum Schengenraum gehört, und über die EU-Länder Slowenien und Österreich nach Deutschland.

1,8 Millionen Asylsuchende werden 2015 nach Deutschland kommen, 2016 noch einmal 850000, die acht Milliarden Euro Kosten pro Jahr verursachen werden – die Bundesregierung appelliert hilflos an „europäische Solidarität". Die zeigt sich nur minimal, etwa wenn Slowenien 100 Polizisten aus EU-Ländern bekommt, welche die 670 Kilometer lange Grenze zu Kroatien bewachen sollen. Mit seinen Nachbarstaaten schloss Slowenien Abkommen zur Rücknahme illegaler Grenzgänger, was aber wirkungslos blieb. Nach Deutschland schiebt Österreich „seine" Asylanten auch gegen deren Willen. In arabischer Schrift weist Tschechien auf Autobahnschildern Wege nach Deutschland, wo zur allgemeinen Schadenfreude 750 Flüchtlinge in ein Dorf mit 102 Einwohnern gestopft werden.

Die antideutsche Häme der Europäer ist kurzsichtig, denn der unkontrollierbare „Migranten"-Strom trifft alle. Das UNHCR berichtet, dass in Lagern in 20 Ländern alle zehn Minuten ein Kind mit unbekannter Staatsbürgerschaft geboren wird. Ungarn rügt Griechenland, weil es hunderttausende Flüchtlinge einließe, die übers Meer aus der Türkei kämen. Das gilt vor allem für die Insel Lesbos, wo im Oktober 218000 Menschen ankamen, mehr als im ganzen Jahr 2014.



Wollen weiter: Flüchtlinge in Mazedonien

Slowenien zählt 100000 Immigranten, fünf Prozent der Bevölkerung. Ähnlich ist es mit Kroatien (290500 Immigranten bei 4,2 Millionen Einwohnern). Besser dran sind Ungarn (160000) und Serbien (115286 „seit Krisenbeginn", 41864 in diesem Jahr). Auch hat Serbien Detailerfahrungen mit Asylsuchenden: Erstens kommen noch große Gruppen illegaler Ankömmlinge hinzu (20104 im ersten Halbjahr), zweitens will fast niemand Asyl im Lande (388), und drittens wurden 850 Schlepper gefasst.

Serbien bekam Ende Oktober 47,5 Millionen Euro von der EU, der OSZE und anderen. Man vertraut darauf, dass das Gros der Immigranten über die südliche Balkanroute (Presevo – Salzburg, 1192 Kilometer lang) weiterreist. Die Nordroute über Ungarn ist 1305 Kilometer lang, berührt auch früher den Schengenraum, meidet aber die unbequemen Alpen. Sollte Deutschland seine Grenzen schließen, stünde der West-Balkan so übel da wie jetzt Mazedonien: Aus Brüssel kommt kein Geld, aus Griechenland keine Information, vom EU-Grenzschutz „Frontex" keine Hilfe.

Wolf Oschlies

»Betongold« birgt ungeahnte Risiken

Nähe von Asylunterkunft führt zum drastischen Preisverfall – Politiker erwägen Beschlagnahme

Euro-Krise, niedrige Hypothekenzinsen und die Aussicht auf steigende Preise haben zu einem Boom auf dem Immobilienmarkt geführt. Die Flucht in das sogenannte „Betongold“ birgt allerdings auch Gefahren: Zumindest momentan sind Grundstücke, Häuser und Eigentumswohnungen so gefragt wie lange nicht.



Aufgrund niedriger Immobilienzinsen stark nachgefragt: Wohneigentum auch auf kleinstem Raum Bild: Colourobx

Welches Bombengeschäft die Baufinanzierer derzeit machen, wird anhand von Zahlen deutlich, die von der Bundesbank vorgelegt wurden. So sind von September 2014 bis August 2015 in Deutschland insgesamt 236 Milliarden Euro an neuen Baukrediten vergeben worden. Bereits seit März liegt das Volumen neuer Baufinanzierungen Monat für Monat um 20 Prozent oder sogar mehr über dem des Vorjahres, so der „Spiegel“ in einem Artikel, der den rasanten Aufschwung auf dem deutschen Immobilienmarkt zum Thema hat. Angetrieben wird die Entwicklung durch mehrere Faktoren: Schon die Euro-Krise hat viele Anleger nach Möglichkeiten ausschauen lassen, wie sie Vermögen über einen drohenden Währungszusammenbruch retten. Hinzu gekommen ist inzwischen auch noch eine extreme Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), welche Baugeld preiswert, Sparbücher und Lebensversicherungen im Gegenzug aber unattraktiv gemacht hat. Die Entwicklung in Deutschland ist kein Einzelfall. Die Gelddruckerei der Zentralbanken treibt vielerorts die Immobilienpreise und die Mietkosten. Vor allem in angelsächsischen Medien tauchen mittlerweile regelmäßig Extrembeispiele auf, in denen Mini-Wohnungen zu exorbitanten Preisen vermietet werden oder aber aus Kostengründen auf Wohnmobile, Container oder sogar Zelte zum Wohnen ausgewichen wird.

Nicht übersehen werden sollte aber, dass auch der aktuell so attraktiv erscheinenden Geldanlage in Immobilien ganz spezielle Gefahren drohen: Es ist vor allem die Politik, die sich mittlerweile immer weniger scheut, unter Berufung auf eine außerordentliche Situation auf das Eigentum von Privatpersonen zuzugreifen. Wie weit dies gehen kann, macht der Fall Hamburgs deutlich. Dort wurde von der Bürgerschaft vor Kurzem ein Gesetz beschlossen, das die Beschlagnahme von Gewerbeimmobilien regelt. Nach dem Willen von SPD, Grünen und Linken sollen Gebäude auch gegen den Willen der Eigentümer als Asylbewerberunterkünfte genutzt werden können. Nicht betroffen von der bis März 2017 befristeten Regelung sind Privatwohnungen. Was oftmals vielen Immobilieneigentümern nicht bewusst ist: Auch ohne Gesetze wie in Hamburg haben Kommunen in bestimmten Situationen sehr weitgehende Rechte. Schon unter Berufung auf einen „polizeilichen Notstand“ erlaubt der bestehende Rechtsrahmen den behördlichen Zugriff auf Immobilien in Privateigentum. So konnten auch schon in der Vergangenheit Hamburgs Behörden Unterkünfte nach dem städtischen Polizeirecht zur Abwehr einer Gefahr in Beschlag nehmen. Wegen des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit war dies allerdings nur schwer und vor allem nicht innerhalb kurzer Zeit durchsetzbar. Ähnliche Regelungen finden sich bundesweit im Polizeirecht. Sollte die Zuwanderungsflut nach Deutschland in dem bisherigen Umfang noch länger anhalten, dürfte die Frage der Verhältnismäßigkeit einer Beschlagnahmung ab einem bestimmten Zeitpunkt kaum noch eine Rolle spielen. Gedeckt durch das Polizeirecht und offiziell als nur befristet deklariert, dürfte es ohnehin schwer sein, sich gegen das Vorgehen der Behörden juristisch zu wehren.

Notstand erlaubt Zugriff auf Privat-Immobilien

Wie wenig Bedenken schon jetzt bei einigen Verantwortlichen vorhanden sind, wenn es um so genannte Flüchtlinge geht, wird an einer anderen bedenklichen Entwicklung deutlich. Aus Gemeinden in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg sind etwa Fälle bekannt geworden, in denen kommunale Wohnungsunternehmen langjährigen Mietern gekündigt haben, um in ihren Wohnungen „Flüchtlinge“ einzuquartieren. Bislang nur Einzelfälle, könnte derlei nur ein Vorgeschmack auf künftige Maßnahmen sein, die tief in Eigentums- und Nutzungsrechte von Privatpersonen eingreifen. Zumindest mit Blick in die Vergangenheit ist von der Beschlagnahme über eine Einquartierung bei „zu viel“ Wohnraum bis hin zu einer Zwangshypothek oder einer ganz offenen Enteignung „im Interesse des Allgemeinwohls“ vieles vorstellbar. Dass in etablierten Medien mittlerweile schon Überschriften wie „Einwanderungsrecht steht vor Eigentumsrecht“ zu lesen sind, sollte Anlass für Skepsis sein.

Bereits vielerorts eingetreten ist eine andere Wirkung der „Flüchtlingskrise“. Schon die Ankündigung, dass in der räumlichen Nähe eine Asylbewerberunterkunft eröffnet wird, lässt häufig den Verkaufswert einer Immobilie drastisch sinken. *Norman Hanert*

MELDUNGEN

Südeuropäer wollen weg

Schwerin – Wie der Sender des Norddeutschen Rundfunks „NDR 1 Radio MV“ berichtet, droht das Ausbildungsprogramm „Mobi-Pro-EU“ für junge Südeuropäer in Mecklenburg-Vorpommern zu einem Flop zu werden. Von rund 600 Jugendlichen, die im Zuge des Programms des Bundesarbeitsministeriums eine Ausbildung begonnen haben, soll demzufolge die Hälfte das Bundesland mittlerweile wieder verlassen haben. *N.H.*

Polnisch-baltische Gaskooperation

Warschau – Polen und die drei baltischen Staaten haben den Bau eines polnisch-litauischen Gasaustauschsystems vereinbart. Von den veranschlagten knapp 600 Millionen Euro Baukosten soll die EU die Hälfte übernehmen. Angesichts der massiven Konkurrenz Polens gegenüber Litauen, das in Memel seinen eigenen Gashafen betreibt, und der uneinheitlichen Interessenlage der baltischen Staaten scheint das Vorhaben vor allem eine politische Demonstration gegenüber Russland zu sein. *T.W.W.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.027.030.055.068 €
Vorwoche: 2.026.946.070.591 €

Verschuldung pro Kopf:
26.729 €
Vorwoche: 24.999 €

(Montag, 9. November 2015, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Qualität statt Quantität

Umsatzrückgänge zwingen Discounter zum Umdenken

Branchen-Experten rieben sich im Sommer verwundert die Augen, als sie die Zahlen zu Gesicht bekamen, die das Forschungs- und Bildungsinstitut für den Handel (EHI) veröffentlichte. Erstmals seit Jahren stiegen die Umsätze der Lebensmitteldiscounter wie Aldi und Lidl weniger an als die der klassischen Supermärkte. Jahrzehnte war „einfach, schnell, billig“ das Erfolgsgeheimnis. „Die Deutschen gelten eigentlich als besonders preissensibel. Vor allem, wenn es um Lebensmittel geht“, teilte das EHI Ende Juni mit, „aber seit einiger Zeit beobachten wir eine Abnahme dieses Trends.“ Zahlen, die die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) vor einigen Tagen veröffentlichte, weisen in die gleiche Richtung. Demnach büßten die Billiganbieter allein in den ersten neun Monaten des Jahres zwei Prozent Umsatzvolumen ein.

In den „klassischen Supermärkten“ zeigt die Umsatzkurve dagegen nach oben. „Käuferverluste sind einer der Hauptgründe für die anhaltende Umsatzschwäche dieser Vertriebsschiene“, so die GfK. Seit Mitte des letzten Jahrzehnts gehe der Trend bei den Verbrauchern zu mehr Qualität, weg vom Preis. 2005 sagten noch 41 Prozent, dass sie auf Qualität achten, heute sind es schon 51 Prozent, erklärt die GfK. Der scheinbar aus der Mode gekommene „Gemischtwarenladen“ ist wieder in. Konsumforscher haben festgestellt, dass die Deutschen mehr Geld für Einkäufe ausgeben, aber dafür immer weniger Zeit aufbringen möchten. „Die Hopperei, die wir früher kennen, kommt mehr und mehr außer Mode. Das Eine bei Aldi, das Andere bei Lidl und das Besondere bei Edeka. Dieses Modell scheint nicht mehr zu funktionieren“, heißt es in einer GfK-Veröffentlichung. Hinzu kommt der Trend zu einer bewussteren Lebensführung. „Die Qualitätsorientierung der Menschen nimmt deutlich zu“, sagte der EHI-Vorsitzende Michael Gerling der Tageszeitung „Die Welt“. Der Konsumexperte Wolfgang Adlwarth warnt allerdings davor, die Discounter vorschnell abzuschreiben: „Der Trend geht allgemein zu mehr Qualität, Nachhaltigkeit, Bio und Regionalität. Hier versuchen die Discounter ja auch, zu partizipieren, indem sie mehr Markenprodukte anbieten.“ Schon seit Längerem sind Aldi und Lidl dabei, ihre Läden umzugestalten. Wickelecken und Kundentoiletten werden erprobt und im Sortiment gehören Frischetheken und Brotback-Automaten mittlerweile zum Standard. In ausgewählten Läden findet sich mittlerweile sogar Sushi im Angebot. „Sowohl Aldi als auch Lidl erproben derzeit Formate, die noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen wären“ urteilt das Fachblatt „Lebensmittel Zeitung“.

Bei Aldi und Lidl geht der Trend zu Frische und Markenwaren

Neben der Umstrukturierung hat auch ein Umdenken bei der Vermarktung stattgefunden. Die großflächigen Zeitungsanzeigen, in denen Discounter über Jahre ihre Angebote angepriesen haben, werden zu Auslaufmodellen. Lidl schaltet TV-Spots und Aldi hat das Onlineportal „Aldilino“ für Kinder ins Leben gerufen. Damit soll die Kundenbindung verstärkt werden. Noch immer profitieren die Discounter von der Fähigkeit Waren im Akkord abzusetzen. Verstärkt wurden in den vergangenen Jahren Markenartikel in das Angebot aufgenommen. Adlwarth sieht eine gesamte Branche im Umbruch. „Die Discounter versuchen mehr Kundenservice zu bieten – ein schöneres Ambiente oder Kundentoiletten. Sie werden mehr und mehr wie die klassischen Supermärkte.“ *Peter Entinger*

Primus Serbien?

EU, IMF und Weltbank erteilen Belgrads Sparkurs Bestnoten

Serbien wird demnächst gewiss das aussichtsreichste Land der Region sein, wenn es wie bisher fortfährt“, sagte Mitte September in Washington Ellen Goldstein, Weltbank-Regionaldirektorin für Südosteuropa. Serbiens Premier Aleksandar Vucic, zu Besuch in Washington, war von diesem Lob erfreut, nicht überrascht: Serbien wird international seit fünf Jahren immer besser bewertet, weiß Jorgovanka Tabakovic, Gouverneurin der Nationalbank Serbiens. In Belgrad empfing Finanzminister Dusan Vujovic Anfang November die „Revisoren“ des IMF, die zum dritten Mal 2015 prüften, ob die Serben sorgsam mit IMF-Krediten umgehen. Das tun sie, getreu Vucics Sparprogramm, das dieser 2014 mit EU, IMF und Weltbank abmachte. Nun bekam Serbien Bestnoten und die Erlaubnis, 2016 Löhne und Renten zu erhöhen. Dazu gratulierten die Prüfer und rieten Vujovic, das harte Sparprogramm „nicht aufzuweichen“ – ein deutlicher Seitenhieb auf Griechenlands sorglosen Umgang mit Sparzusagen ohne Effekt für ökonomische Stabilisierung.

Serbien landete auf dem „Doing Business“-Index der Weltbank für 2016 unter 189 Ländern auf Platz 59, 32 Plätze besser als 2014. Sein Wirtschaftswachstum betrug im dritten Quartal zwei Prozent, was auch die Jahresrate 2015 werden könnte. Serbiens Devisenreserven betrugen Ende September 10,5 Milliarden Euro, womit das Land alle Kredite in Höhe und Frist ordentlich bediente. Von Januar bis August wickelte Serbien einen Außenhandel im Umfang von 18,62 Milliarden Euro ab, den Löwenanteil mit Deutschland. Die vom IMF gewollte Privatisierung von 17 „strategischen Unternehmen“, Industriebetriebe „sozialistischer“ Anfänge, will Wirtschaftsminister Shelko Sertic bis Mai 2016 beenden. Der „Fiskalrat“, der seit 2011 für budgetäre Disziplin sorgt, sieht Serbien auf gutem Wege zu monetärer Konsolidierung. Ist Serbien dabei, seinen früheren Ruf als „Primus unter den Transitionsländern“ zurückzugewinnen?

Konsolidierung dank niedrigem Ölpreis und Transitgeldern

Pavle Petrovic, Chef des Fiskalrats weiß, warum das lange dauern wird. Weil momentane Erleichterungen vom internationalen Fall des Ölpreises herrühren. Die Inflation lag im September bei 1,4 Prozent. Ein serbisches Durchschnittseinkommen beträgt umgerechnet 379 Euro, weniger als islamische Migranten in Deutschland „Taschengeld“ kriegen. Im ersten Quartal 2015 entstanden 160 981 neue Arbeitsplätze, aber die Arbeitslosigkeit blieb bei hohen 19,2 Prozent, die Beschäftigtenrate bei geringen 49,9.

Den Mut lassen die Serben trotzdem nicht sinken. Für die im Dezember 2014 gestoppte Pipeline South Stream hat Premier Vucic Ende Oktober in Moskau satte Kompensationen herausgehandelt. Durch Serbien führt 767 Kilometer lang der Paneuropäische Korridor X, der dem Land 4,6 Milliarden Euro Einnahmen, Arbeitsplätze und modernes Verkehrs Know-How bringen wird, zumal am 4. Oktober ein weiteres Teilstück südlich Belgrads fertig wurde. Die Devisenersparnisse der Menschen stiegen von Januar bis September um 64,9 Millionen, obwohl die Zinsen um 30 Prozent gegenüber 2014 fielen. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung hat Ende Oktober der serbischen Elektrowirtschaft einen Kredit von 200 Millionen zu deren Modernisierung gewährt. So widerlegt Serbien das Klischee vom „Land, das seine Niederlagen feiert“. *Wolf Oschlies*

Vorbild Kirgisien

Von Thomas W. Wyrwoll

Finanziert durch arabische Geldgeber finden terroristische islamische Sekten bei den turksprachigen Steppenvölkern Innerasiens immer mehr Zulauf. Hiervon ist insbesondere Kirgisien betroffen – mehrere tausend Kirgisien sind inzwischen Mitglieder von IS- und al-Kaida-Ablegern geworden.

Das kirgisische Parlament hat daher beschlossen, dass Kirgisen, die dem IS beitreten, automatisch ihre Staatsbürgerschaft verlieren und so leichter bekämpft beziehungsweise des Landes verwiesen werden können. In Deutschland unternimmt die Politik hingegen bisher alles, um selbst eingebürgerten Ausländern im Falle einer IS-Mitgliedschaft samt terroristischer Verstrickungen die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten: Welch groteske Situation!

Kirgisiens Premierminister hat sich zudem gegen jegliches Tragen von Verschleierungen und Kopftüchern ausgesprochen, da diese nicht „der islamischen Tradition des Landes“ entsprächen. Eine Durchsetzung solcher traditioneller Wertvorstellungen ist in der Tat bestens geeignet, das terroristische Milieu schon im Anfangsstadium auszutrocknen. Deutschland kann und sollte von Kirgisien lernen.

Danke, Merkel!

Von Wolf Oschlies

Am 2. November forderte Angela Merkel bei einer Veranstaltung in Darmstadt eine „Balkankonferenz“, denn „ich will nicht, dass dort wieder militärische Auseinandersetzungen notwendig werden“. Diese Sätze trugen Deutschland in Westeuropa Schadenfreude, im Osten Hohn ein. Die Kanzlerin hatte Kriegsgeschrei ohne Not angestimmt, rügten indirekt die Premiers Serbiens und Bosniens, Vucic und Zvizdic, die am 4. November in Sarajevo erklärten: „Es wird nie wieder Krieg auf dem Balkan geben, da kein Staat der Region bewaffnete Konflikte vorbereitet.“

Das hätte man auch 1991 vom noch intakten Jugoslawien sagen können, aber Deutschland erpresste seine westlichen Partner, die Sezession Kroatiens und Sloweniens zu billigen, was sich bald als „kriegsfördernd“ erwies. Deutschland beteiligte sich an Folgekriegen wie der Nato-Mission 1999 um Serbiens Provinz Kosovo. Es ermutigte UCK-Terroristen zu kriegerischen Aktionen im West-Balkan, die es den Opfern anlastete. Für die war Merkel blind, 2012 verkündete sie, die EU werde Kroatien aufnehmen und dann dichtmachen, ungeachtet ihrer Verträge mit Skopje und Belgrad. Denen diktierte die Kanzlerin unerfüllbare Bedingungen für den EU-Beitritt, während sie den ökonomischen Niedergang Kroatiens übersieht. Serbien soll „erst“ das Kosovo anerkennen, was selbst fünf EU-Staaten nicht tun. Merkel sorgt für „ihre“ balkanischen Friedensstörer. Kroatiens Anerkennung durch die EG 1992 inspirierte die Sängerin Sanja Trumbic zu dem Lied „Danke Deutschland“. Mit dieser Floskel wurden auf dem Balkan Eseleien aller Art kommentiert. Wird nun „Danke, Merkel“ dazu dienen?

Humanitärer Größenwahn

Von Hans Heckel

Ganze Kompanien kritischer Geister zermartern sich den Kopf, was sich die deutsche Kanzlerin bei ihrer Zuwanderungs- und Asylpolitik eigentlich denkt. Was ist Merkels Plan? Was treibt sie an? Wohin will sie? Sind gar düstere Mächte am Werk?

All das verharrt in Spekulation, sicher ist nur eines: Eine wachsende Zahl von Deutschen versteht ihre Regierungschefin nicht mehr, jene Kanzlerin, der die Mehrheit über Jahre hinweg über Parteigrenzen hinaus vertraut hat.

Die Suche nach den Motiven der Kanzlerin überlagert eine andere Frage, die mindestens ebenso interessant scheint, nämlich: Was hat denn die Deutschen getrieben, dieser Politik zumindest bis vergangenen Spätsommer mehrheitlich zuzustimmen? Es waren nicht bloß die euphorisierten „Welcome“-Rufer an den Bahnhöfen; nach Umfragen hat die Mehrheit der Bundesbürger bis vor wenigen Wochen hinter Merkels Asylpolitik gestanden, sie zumindest ohne großes Murren hingenommen, erst danach begann die Stimmung zu kippen.

> Warum haben die Deutschen nicht längst „Stopp!“ gerufen?

Möglicherweise liegt die Ursache für die leichtfertige Selbstüberschätzung in der Art, wie den Deutschen der Verlauf einer anderen Krise vermittelt wurde. Einer Krise, die bis vor Kurzem das Land in Atem hielt und nun von der Asylfrage nur aus dem Blickfeld gedrängt wurde, obschon sie keinesfalls gelöst ist.

Als der Euro und die Staatsschulden ins Schlingern gerieten und etliche Länder unter den „Rettungsschirm“ zwangen, als selbst große Euro-Staaten wie Italien oder gar Frankreich von einem Schwächeanfall in den nächsten taumelten, stand Deutschland – oberflächlich betrachtet – wie eine Eins aufrecht im Getöse. Nichts schien dem germanischen Fels etwas anhaben zu können. Nach einem kurzen Beben 2008/2009 schien unser Land gar stärker, stabiler denn je seit Gründung der EU.

Heute scheint es, als sei den Deutschen dieses Selbstbild zu Kopf gestiegen. Als hätte sie diese Erfahrung in eine Mentalität gelockt, die an das kaiserzeitliche „Uns kann keener!“ erinnert. Eine Herausforderung, die dieses bärenstarke Land nicht stemmt? Undenkbar.

Da die Deutschen um jeden Preis „die Guten“ sein wollen, gebar diese Selbstüberschätzung einen humanitären Größenwahn. Er ließ alles Bedenken wie kleinkarierte Mäkelei oder inhumane Fremdenfeindlichkeit erscheinen. Vor zehn Jahren, als Deutschland als der „kranke Mann Europas“ verspottet wurde und die Deutschen sich auch so fühlten, wäre gewiss viel eher ein lautes „Stopp!“ von ihnen gekommen, wenn eine Million Fremde unkontrolliert über die Grenzen geschwappt wären. Heute blüht den Größenwahnsinnigen ein brutaler Zusammenprall mit dem nahen Rand ihrer Möglichkeiten.



Leichtfertige Selbstüberschätzung: Viele Deutsche halten die Belastbarkeit ihres Landes für unbegrenzt

Bild: Getty

Gastbeitrag

Der Etikettenschwindel der Terroristen

Von Tahir Chaudhry

Die Barbaren des „Islamischen Staats“ (IS) verbreiten Terror im Nahen Osten. Solange sie es tun, werden sie dem Islam zugeordnet. Dass sie in völliger Verkennung der islamischen Frühgeschichte und der religiösen Prinzipien handeln, sehen wenige. Dabei ist es offensichtlich, dass das Label „Muslim“ genutzt wird, um egoistische Motive zu rechtfertigen und die Sucht nach Anerkennung, Macht und Einfluss zu stillen.

Theoretisch kann sich jedermann als Muslim bezeichnen, der es wünscht, als Muslim wahrgenommen zu werden. Das Terrornetzwerk kann als „Islamischer Staat“ genauso „islamisch“ sein, wie sich die nordkoreanische Diktatur als Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK) „demokratisch“ geben möchte. Müsste demnach nicht jeder überzeugte Demokrat dazu aufgefordert werden, sich öffentlich von der DVRK zu distanzieren, so wie jeder Muslim aufgefordert wird, sich vom „Islamischen Staat“ zu distanzieren? Entsprechend dieser Doppelmoral werden Muslime seit dem Bekanntwerden des IS mit dem Vorwurf bombardiert, dass diese Terror-Ideologie aus ihrer Religion abzuleiten sei.

Nein, der Islam ist keine pazifistische Religion. Natürlich gibt es Verse des Koran, die sich mit der Anwendung von Gewalt befassen. Immerhin entstand der Islam in kriegerischen Zeiten, in denen die Gefahr allgegenwärtig war, dass die junge Gemeinschaft der Muslime ausgerottet wird. Für die Mekkaner des 7. Jahrhunderts war die Botschaft des Propheten Mohammed nichts Geringeres als Blasphemie. Auch sahen sie ihre Geschäfte und Machtstellungen gefährdet. Die frühen Muslime wurden zuerst verlacht und verspottet. Als sich dann immer mehr zu dieser Religion bekannten, wurden ihre Anhänger verfolgt und getötet. Erst nach 13 Jahren anhaltender Aggression gegen Muslime kam die Erlaubnis, nach den Waffen zu greifen, als sie fortgewandert waren, die Verfolgung aber trotzdem anhielt. Unmittelbar nach der Erlaubnis folgte jedoch die Begrenzung der Kampfhandlung: „Und wenn sie sich dem Frieden zuneigen, dann neige (auch du) dich ihm zu (und lass vom Kampf ab)!“ (8:61).

Ebenso müsste der IS wissen, dass diese Erlaubnis im Verteidigungsfall und zur Wiederherstellung der Religionsfreiheit gewährt wurde. Und dies mit folgender Einschränkung: „Und bekämpfet sie, bis die Verfolgung aufgehört hat und der Glauben an Allah (frei) ist.“ Kurzum: Die Bedingung ist erst erfüllt, wenn die Ausübung des Glaubens unterbunden wird. Was ist aber, wenn wir es mit säkularen Staaten zu tun haben?

Statt sich blind auf radikale Denker der Moderne zu beziehen, hilft gewiss ein Blick in den Koran, in dem es explizit heißt, dass diejenigen sich verteidigen dürfen, denen „Unrecht geschehen ist“ und die „unberechtigterweise aus ihren Wohnungen vertrieben worden sind, nur weil sie sagen: Unser Herr ist Allah!“ Als Erläuterung heißt es im nächsten Vers, dass, wenn Muslime sich weiterhin zurückhalten würden, dann „Klöster, Kirchen, Synagogen und (andere) Kultstätten, in denen der Name Allahs unablässig erwähnt wird, zerstört worden“ wären (22:40). Vor diesem Hintergrund erscheint die blinde Zerstörungswut des IS, die sich gegen die Heiligen Stätten aller Andersgläubigen und auch ihrer Glaubensbrüder richtet, als Verrat gegenüber ihrer eigenen Religion.

> Statt sich blind auf die Denker der Moderne zu beziehen, hilft ein Blick in den Koran

Der Name „Abu Bakr“, mit dem sich der Terror-Chef schmückt, geht auf den ersten Kalifen des Islam zurück. Vor dem Marsch seiner Kämpfer gab Abu Bakr ihnen mit auf den Weg, dass es verboten sei, zu betrügen und auszubeuten. Er forderte zudem: „Verstümmelt keine Leichen, tötet keine Kinder, keine alten Männer und keine Frauen!“ (at-Tabari). Stattdessen kennt der IS-Terror keine Regeln. Regeln, die den Kämpfern Abu Bakrs untersagten, Bäume zu fällen, Tiere zu töten, Andersgläubige bei ihrem Gebet zu stören oder Kirchen und Tempel zu zerstören, kennt die gesamte islamische Orthodoxie. Das Töten von Gefangenen ist strengstens untersagt, weil der Koran nur zwei Umgangsweisen kennt: „Legt (sie) in Fesseln, (um sie) später entweder auf dem Gnadenweg oder gegen Lösegeld (freizugeben)!“ (47:4). Auch die Zwangskonvertierung, die durch den IS als Alternative dazu angesehen wird, widerspricht unzähligen Koranversen. Darunter der Vers: „Und wenn dein Herr wollte, würden die, die auf der Erde sind, alle zusammen gläubig werden. Willst nun du die Menschen (dazu) zwingen, dass sie glauben?“ (10:99).

> Der Koran ist kein Nachschlagewerk, sondern ein Buch, das als Gesamtwerk im historischen und textuellen Kontext verstanden werden muss

Während der Prophet Mohammed den endlosen Kreislauf der Sklaverei durch die schrittweise Gleichstellung und Freilassung von Sklaven einleitete, tritt der IS diese revolutionäre Errungenschaft mit Füßen. Der Prophet bezeichnete Sklaven als Brüder und forderte zuallererst, dass jeder Muslim, der einen Sklaven besitzt, „der soll von dem zu essen geben, was er selbst isst, und ihm Kleidung geben, die er selbst trägt“ (Bukhari). Mehrere Koranverse fordern eine Freilassung von Sklaven, und im Gleichklang ließ der Prophet im Laufe seines Lebens hunderte Sklaven frei, nur einer von ihnen wollte nicht gehen. Diesen nahm er als Ziehsohn bei sich auf. Gemeinsam mit seinen Gefährten kaufte er Sklaven frei, um sie zu vollberechtigten Bürgern zu machen. Bilal, ein schwarzer Ex-Sklave, nimmt eine besondere Stellung in der islamischen Geschichte ein. Er wurde zum ersten Gebetsrufer des Islam.

Warum kommt die populäre Islam-Kritik nicht auf den Gedanken, dass nicht unbedingt eine bestimmte Lesart des Koran zur Gewalt führen muss, sondern die Lust an der Gewalt zur entsprechenden Lesart? Gemäß Eigendefinition ist der Koran eine „Rechtleitung für die Rechtschaffenen“ (2:2), die „Gereinigten“ (56:79) und nicht für Menschen gedacht, „in deren Herzen Verderbnis wohnt“ (3:7), die gerade diejenigen Verse heraussuchen würden, die zu Unfrieden führen. Doch obwohl 113 der 114 Verse des Koran mit den Worten „Im Namen Gottes, des Gnädigen, des Barmherzigen“ beginnen, ist man bereit, eher am Gehalt des Koran zu zweifeln als an der Rationalität und Aufrichtigkeit des Rezipienten. Auch werden die sozialen und politischen Kontexte, die katastrophalen Verhältnisse völlig missachtet, in denen der Fanatiker wirkt und dessen Produkt er ist.

Wenn ein Mensch aus 6000 Versen sich sechs herauszieht, um seine Sache zu rechtfertigen, dann ist die Frage durchaus gerechtfertigt, inwieweit sein Islamverständnis berechtigt ist. Der Koran ist kein Nachschlagewerk, wie viele im Westen glauben. Es ist ein Buch, das als Gesamtwerk im historischen und textuellen Kontext verstanden werden muss. Extremisten glauben zu wissen, was der „wahre“ Islam sei, und Kritiker akzeptieren eben jenen Islam, um ein Terrorpotenzial in seinen Quellen ausmachen zu können.

Der Verfasser dieses Beitrags, geboren 1989 in Rendsburg als Sohn indischer Einwanderer, ist Journalist, Blogger und Dokumentarfilmer. Er studiert Philosophie an der Universität Kiel.

Abschied vom Mainstream

Achim Reichel im Interview – Der Sänger war in den 60er Jahren der Star der legendären »The Rattles«

In den 1960er Jahren schwärmten die Teenager von den Beatles – aber auch von den Rattles. Die auch als „deutsche Beatles“ gefeierte Musikband begeisterte ihre Zuhörer damals mit Welthits wie „La La La“ oder „Come on and sing“. Ihr Frontmann war der Sänger, Gitarrist und Komponist Achim Reichel. Ein halbes Jahrhundert nachdem er die Rattles wegen seiner Bundeswehrzeit verlassen hat, ist der „Urvater der deutschen Rockmusik“, wie man Reichel auch nennt, als Solist unterwegs. Im November tourt der Sohn einer Hamburger Seefahrerfamilie mit seinem Programm „Raureif“ durch Deutschland. Andreas Guballa fragte den 71-Jährigen, wie er sich in dem Alter noch für eine solch strapaziöse Tour fit hält.

PAZ: *Sie wirken ruhig auf der Bühne. Einen Rocker stellt man sich anders vor. Hängt das mit dem Alter zusammen?*

Reichel: Auf der Bühne herumspringen und den Wilden machen – das ist auch an ein gewisses Alter gebunden. Die Rolling Stones machen das zwar immer noch, aber es wirkt schon etwas grotesk.

PAZ: *Was spornte Sie eigentlich an, im Alter von über 70 Jahren mit „Raureif“ ein neues Album herauszubringen?*

Reichel: Das war auch für mich etwas Neues, bei dem ich nicht in den Routinetopf greifen konnte. Aber ich habe so viele Nachfragen von Fans bekommen, wann ich endlich wieder ein normales Studioalbum mache, dass ich denen ein Geburtstagsgeschenk machen wollte. Das letzte dieser Art, „Entspann dich“, ist immerhin schon 15 Jahre her.

PAZ: *Was ist Ihr Erfolgsrezept, um über ein halbes Jahrhundert im Show-Geschäft durchzuhalten?*

Reichel: Mein Rezept ist, nur noch Dinge zu tun, bei denen ich der Meinung bin, das würde mir selbst gefallen. Man muss sich selbst einfach treu bleiben. Das strengt dann auch weniger an. Wieso soll ich mit der Brechstange Dinge tun, die gar nichts mit mir zu tun haben, nur weil sie gerade angesagt sind.

PAZ: *Wie waren die Bedingungen, unter denen Sie damals als Gitarrist und Sänger der Rattles im legendären Hamburger Star Club Musiker geworden sind?*

Reichel: Es war einem gar nicht klar, dass damals eine Ära begann, die sich in unendlichen Stilen niederschlug. Die Basis war Rock-'n'-Roll-Musik, daraus wurde Beat- und Rockmusik, und ich weiß nicht, was noch alles. Da kam eine Stilvielfalt heraus, die war nur in den USA mit seiner Mischkultur möglich.

PAZ: *Als Sie damals angefangen haben, deutsche Texte zu singen, war das alles andere als en vogue. Wie ist das heute?*

Reichel: Wenn man heute Radio hört, ist es immer noch so, dass man mehr englische Lieder hört als deutsche. Das sind Dinge, die mir mit 18 Jahren völlig egal waren. Aber wenn man das länger macht, denkt man darüber nach. Und als Deutscher kann ich mich einfach besser in meiner Muttersprache ausdrücken als auf Englisch. Deshalb habe ich die Shantys, die für mich eine Art Weltfolklore sind, ebenso gesungen wie auf dem Album „Regenballade“ Texte von Goethe und Fontane.

PAZ: *Zuletzt waren es überwiegend akustische Instrumente, mit denen Sie alten Volksliedern ein neues Gesicht gaben, nun sind, neben dem üblichen Rockmusik-Instrumentarium, Bläsersätze, klassische Streicher und Frauenchöre im Einsatz, die der Musik eine ungemein spannende Atmosphäre verleihen. Können Sie es nicht lassen, mit neuen Sachen zu experimentieren?*

Reichel: Ich fürchte nichts mehr als ewig gleiche Routine. Da wird man zum Langweiler. Ich brauche es, hin und wieder Dinge zu verändern. Das zeigt ja auch meine Karriere. Ich bin kein Typ, der die gleiche Masche immer wieder macht, weil ein Song erfolgreich war. Ich habe mich irgendwann bewusst davon verabschiedet, mit dem großen Mainstream mitzumischen.

PAZ: *Andere Künstler schreiben spätestens mit 70 Jahre ihre Autobiografie. Wie sieht es bei Ihnen aus?*

Reichel: Ich gebe zu, dass der Erfolg meiner „Solo für Euch“-Tournee mich dazu veranlasst hat, über eine Autobiografie nachzudenken, weil man auf der Bühne innerhalb von drei Stunden nicht alles los wird. Es gab auch Verlage, die das gern zu meinem 70. Geburtstag veröffentlichen, aber auch schon drei Monate vorher auf der Buchmesse präsentieren wollten. Das hat mich ziemlich unter Druck gesetzt, denn eine Autobiografie schreibt man ja nur einmal. Sie soll dann auch gut werden. Deshalb habe ich gedacht, es zwingt dich doch keiner, und habe erst einmal die Platte gemacht. Nach 300 Seiten habe ich deswegen den Stift beiseitegelegt und mache das irgendwann weiter. Wenn sie zum 75. Geburtstag erscheint, ist das wahrscheinlich realistischer.

PAZ: *Sie sind bis Ende des Jahres auf Tournee. Wie halten Sie sich fit?*

Reichel: Indem ich es mir erst einmal gestatte, im Sitzen zu singen. An jedem dritten Tag habe ich frei und lasse es mir gut gehen. Man wohnt in netten Hotels, geht in die Sauna, lässt sich massieren, geht die Straße rauf und runter. Jeden Tag eine andere Stadt und ein anderes Publikum – das kann auch schön sein. Es gibt nichts Ehrlicheres als vor einem Publikum zu spielen, das in dem Moment entscheidet, ob es ankommt oder nicht. Denn meinem Publikum kann man kein X für ein U vormachen.

Tourdaten im November: am 18. München in der Freiheizhalle, am 19. Stuttgart im Wizemann, am 20. Baden-Baden im Rantastic, am 22. Neunkirchen/Saar in der Gebläsehalle, am 23. Krefeld im Seidenweberhaus, am 24. Marl am Theater, am 26. Rheine in der Stadthalle, am 27. Wilhelmshaven in der Stadthalle, am 28. Sehnde im Gutshof Rethmar, am 30. Lüneburg in der Kulturhalle Vamos



Bild: Hinrich Franck

Jetzt wird Deutsch gesungen: Reichel tourt im November durch die Republik

Weiblicher Griff in soziale Wunde

Die viktorianische Epoche hat eine Reihe bedeutender Schriftstellerinnen hervorgebracht. Angespornt vom Erfolg ihrer geistigen Urahnin Jane Austen, wagten sich Autorinnen wie die Brontë-Schwestern, Elizabeth Barrett Browning oder George Eliot, die eigentlich Mary Anne Evans hieß, in eine Männerdomäne vor: die Prosaliteratur. Zu den Frauen, die als weibliche Dickens höchst erfolgreich waren, zählte auch die am 12. November vor 150 Jahren gestorbene Elizabeth Gaskell (1810–1865).

Ähnlich wie das große Vorbild Charles Dickens prangerte sie in ihren Romanen Elend und Armut an. Doch anders als Dickens, der die soziale Verelendung in den Großstädten als Nebenwirkung der industriellen Revolution sah, griff Gaskell noch tiefer in die soziale Wunde. Sie schrieb mit „Mary Barton“ sowie „Norden und Süden“ die ersten Industrieromane überhaupt, wobei sie auf eigene Erlebnisse zurückgriff.

Nach ihrer Heirat mit dem unitarischen Pfarrer William Gaskell lebte sie in Manchester, einer Stadt, die durch den Begriff „Manchesterkapitalismus“ zu zweifelhaften Ehren gekommen ist. Die Folgen der mit diesem Begriff bezeichneten Ausbeutung durch Kinderarbeit, Hungerlöhne und lange Arbeitszeiten erlebte Gaskell über die Gemeindearbeit ihres Mannes, der arme und von vieler Arbeit krank gewordene Menschen betreute. In ihrem Erstling „Mary Barton“ schildert Gaskell besonders drastisch die Schattenseiten des Kapitalismus mit Prostitution, Verbrechen und profitsüchtigen Fabrikbesitzern.

Erschrocken von ihrem Erstlingserfolg legte die Autorin mit „Cranford“ einen eher idyllischen Roman über einige in der modernen Industriewelt wie versteinert wirkende alte Jungfern nach. Bis heute zählt das Buch wegen seiner feinen Ironie zu Gaskells bekanntesten Werken. In England wird sie auch als Biografin ihrer Schriftstellerfreundin Charlotte Brontë sehr geschätzt. In deutschen Übersetzungen sind ihre wichtigsten Romane im Manesse Verlag erschienen. *tws*

Mit Brille wäre das nicht passiert

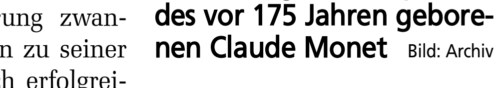
Scharfsichtig trotz Augenleidens – Claude Monet, der Pionier des Impressionismus

Litt Claude Monet unter einer Sehstörung? Wenn ja, dann hat er von seiner Kurz- oder Weitsichtigkeit, die er nicht mit einer Brille korrigierte, am Ende gut profitiert. Mit Anfang 30 fing der Künstler plötzlich an, unscharf zu malen. Die klaren Konturen, die in seinen Bildern bis dahin noch deutlich vorhanden waren, verschwammen allmählichen und lösten sich wie hinter einem Dunstschleier auf. Ein Stil, der Schule machte.

Gerade für Maler ist abnehmende Sehkraft im Alter ein Fluch. Vor allem in Zeiten, als die Optikerzunft noch keine geeigneten Sehhilfen zur Verfügung stellen konnte. Die Rembrandts, Brueghels oder Cranachs sorgten mit Malerwerkstätten vor: Bevor die alternden Künstler im schummrigen Kerzenschein der Werkstatt nichts mehr erkennen konnten, kritzelten sie ein paar grobe Striche auf die Leinwand. Die jungen Gehilfen sorgten danach für die Feinarbeit der Ausmalung.

Verbürgt ist die Sehschwäche beim englischen Maler William Turner (1775–1851), der an einer Linsentrübung litt. Als Ergebnis malte er kaum noch erkennbare Motive mit dumpfen Farben, die ineinander übergehen. Wegen dieser nebeligen Bilder seiner letzten Lebensphase gilt er als Vorläufer des Impressionismus.

Zu behaupten, dass nun alle Impressionisten vom modernen Volksleiden der Kurzsichtigkeit betroffen waren, wäre übertrieben. Zumindest bei dem Impressionisten Edgar Degas versuchte ein US-Augenarzt vor wenigen Jahren nachzuweisen, dass sich dessen Netzhauterkrankung auf seinen Malstil auswirkte. Nicht künstlerische Ambitionen, sondern seine Sehbehinderung zwangen ihn zu seiner letztlich erfolgreichen malerischen Abstraktion.



Kurzsichtig? Selbstporträt des vor 175 Jahren geborenen Claude Monet Bild: Archiv

Auch der am 14. November vor 175 Jahren in Paris geborene Claude Monet (1840–1926) kämpfte mit einem Augenleiden. Wegen eines grauen Stars fast halbblind malte er seine Seerosen-Bilder auf großformatigen Leinwänden, wo es auf für ihn kaum sichtbare Details nicht so ankam. Am Ende machte ihn die Seerosen-Serie unsterblich. Auf einer Auktion im Jahr 2008 brachte eines der Gemälde rund 51,7 Millionen Euro ein.

Seinen grauen Star ließ sich der Künstler wegoperieren. Er war schon über 60 Jahre alt, als ihm das Leiden bewusst wurde. Vielleicht ahnte er es kommen, als er ab den 1870er Jahren Bilder malte, deren Motive unscharf wie hinter einem Vorhang durchscheinen. Am Anfang stand ein Werk, das einer ganzen Kunstepoche seinen Namen gab: „Impression soleil levant“, zu Deutsch „Impression bei Sonnenaufgang“. Das 1872 gemalte Bild zeigt verschwommen drei Fischerboote, die im Dämmerlicht des Morgens durch einen Hafen geistern, dessen Kaianlagen man im Nebelschleier hindurch gerade noch als jene von Le Havre identifizieren kann.

Als Monet das Werk 1874 erstmals in einer gemeinsam mit Malerkollegen veranstalteten Kunstausstellung zeigte, verspotteten Kritiker die Künstlergruppe als „Impressionisten“. Die wussten, diesen Begriff zu einem Welterfolg zu vermarkten. Neben Monet, dem Pionier des Impressionismus, stießen weitere Gleichgesinnte hinzu wie Édouard Manet, Camille Pissarro, Pierre-Auguste Renoir, Edgar Degas, Frédéric Bazille sowie Gustave Caillebotte, der sich auch als Mäzen der Impressionisten Meriten erwarb.

Von nun an besaß Monet trotz möglicher Augenprobleme viel Scharfsicht, malte er doch erfolgreich in diesem mit flüchtigem Pinselstrich dahingehauchten Stil weiter. Seine Bilderserien mit der wie hinter einem Schleier versteckten Kathedrale von Rouen oder die London-Gemälde mit dem unscharfen Westminster-Parlament und der Waterloobrücke haben in vielen Kunst-Kalendern ihren festen Platz.

„Das Motiv ist für mich nur eine unbedeutende Sache, was ich wiedergeben möchte ist das, was zwischen dem Motiv und mir liegt“, sagte Monet einmal. Es ist ihm blind geglückt. *Harald Tews*

Fern-Ostpreußin

Große Kollwitz-Ausstellung in Peking

Deutsche Kultur hat in China einen hohen Stellenwert. Das gilt für die Literatur ebenso wie für die Musik und bildende Kunst. So überrascht es nicht, dass in Peking eine große Ausstellung über Käthe Kollwitz eröffnet wurde, die im Nationalen Kunstmuseum schon nach wenigen Tagen viele Besuchermassen angezogen hat.

Die ostpreußische Künstlerin ist in China keine Unbekannte. Ihre Werke wurden dort zu einer Zeit populär, als Deutschland in NS-Hand lag und es still um die sozialkritische Künstlerin wurde. Gerade aber ihre Mahnung vor Kriegen brachte ihr in den 1930er Jahren den Durchbruch in China.

Damals publizierte der Schriftsteller Lu Xun, der auch Deutsch sprach, eine gegen die Volkpartei Kuomintang gerichtete Streitschrift mit der Kollwitz-Grafik „Das Opfer“. Das Bild einer klagenden Mutter, die ein Baby in die Höhe hält, verbreitete sich rasend schnell im Riesenreich. Da damals in der Landbevölkerung der Analphabetismus weitverbreitet war, stießen die aussagekräftigen Grafiken von Kollwitz auf fruchtbareren Boden als das geschriebene Wort. Lu Xun veröffentliche in der Folge nicht nur weitere Kollwitz-Werke, sondern umgekehrt verzichtete die Künstlerin zugunsten seines politischen Kampfes auf ihre Tantiemen.

Kollwitz »schwebt« über ganz China

In Peking werden jetzt 120 Grafiken, Holzschnitte und Skulpturen der Künstlerin aus allen Schaffensperioden gezeigt. Zum ersten Mal wird in Asien auch Ernst Barlachs „Der Schwebende“ gezeigt. Die 250 Kilogramm schwere und 2,17 Meter lange Bronzeskulpur aus dem Landesmuseum Schloss Gottorf in Schleswig-Holstein zeigt die Gesichtszüge der Künstlerin und gilt heute als allgemeines Friedens-Mahnmal.

Großes Interesse erregt in Peking auch der Grafikzyklus der Künstlerin zum Weberaufstand. Grund: Gerhart Hauptmanns Drama „Die Weber“ kennen vielen Chinesen als Übersetzung. Es gab in China sogar einmal eine Dichter-„Gesellschaft der versunkenen Glocke“, die sich – auch als Hommage an die deutsche Kultur – nach einem gleichnamigen Drama des schlesischen Autors nannte. *tws*

Unvergessliche Erinnerung aus der Jugend

Wie in deutschen Gedenkanzeigen der Opfer des Zweiten Weltkriegs gedacht wird

Eine unvergessliche Erinnerung aus meiner Jugend betrifft die Gefallenenanzeigen aus der ersten Zeit des Krieges. Unübersehbar waren die in Tageszeitungen und Mitteilungsblättern von Vereinen veröffentlichten schwarz umrandeten Informationen, dass ein Vater oder ein Sohn oder ein Bruder gefallen ist – „für Führer, Volk und Vaterland".



Auf dem Felde der Ehre fiel getreu seinem Fahneneid und im Kampfe gegen den Bolschewismus

Willi Kiel

Gefreiter in einem Jnf. - Rgt.
Teilnehmer an d. Feldzügen gegen Polen Holland Belgien Frankreich & Rußland
am 9. Feb. 1942 schwer verwundet, und am 14. Feb. im Alter von 29 Jahren mit allen militärischen Ehren auf dem Heldenfriedhof in Oischa beigesetzt.

Vergebens ist nun alles Hoffen
Auf eine frohe Wiederkehr,
Weil Dich die Kugel hat getroffen,
Ist diese Hoffnung nun nicht mehr!
Nun ruhe sanft in fremder Erde
Von diesem schweren Kampfe aus.
Uns ist nun nimmermehr beschieden
Ein freudig Wiederseh'n zu Haus!
Ruhe sanft in fremder Erde.

Fern der Heimat, in treuester Pflicht,
Bin ich gefallen vergeßt mich nicht.

Druck Alois Haller, Hauzenberg.

Fürs Vaterland gestorben: Todesanzeige für einen gefallenen Soldaten aus dem Zweiten Weltkrieg Bild: Ullstein

Ob die meisten Soldaten in erster Linie „für den Führer" gefallen waren oder überhaupt für diesen, konnte man wohl schon damals bezweifeln. Tatsache ist jedenfalls, dass wenige Jahre nach Kriegsbeginn Gefallenenanzeigen in der bisherigen Form nicht mehr publiziert wurden. Das NS-Regime hatte – aus seiner Sicht verständlich – gewiss kein Interesse daran, dass die immer größer werdenden Verluste in immer zahlreicheren Gefallenenanzeigen sichtbar dokumentiert wurden; am Ende hatten bekanntlich mehr als fünf Millionen deutsche Soldaten – neben vielen Millionen von Soldaten anderer Nationen – durch den Krieg ihr Leben verloren. Wegen Papiermangels schrumpfte im Übrigen auch der Umfang der Publikationsorgane. So teilte zum Beispiel das „Deutsche Adelsblatt" in seiner Ausgabe vom 1. November 1941 seinen Abonnenten mit, dass „der zur Verfügung stehende Umfang" nicht mehr die Veröffentlichung von Gefallenenanzeigen zulasse. Stattdessen wurde eine Rubrik eingerichtet, in der unter der Überschrift „Es fielen für Deutschlands Zukunft" die dem Blatt mitgeteilten Todesfälle mit Namen und letztem Dienstgrad aufgeführt waren, dies bis zur letzten im Krieg erschienenen Ausgabe vom September 1944.

Von dem in Breslau geborenen, 1933 emigrierten Soziologen Norbert Elias stammt der Satz: „Der Tod ist ein Problem der Lebenden." Ja, aber wie gehen die Lebenden mit dem Tod der im Krieg Gefallenen um? Wie lange kann Trauer währen, wie ist der Toten zu gedenken? Eine spezielle und zugleich sehr persönliche Form des Gedenkens sind die in einigen Zeitungen oder in Zeitschriften zu lesenden Gefallenenanzeigen, die – viele Jahre nach Kriegsende – dort veröffentlicht wurden und noch werden. Offensichtlich bedurfte es erst eines gewissen Zeitablaufes, bis solche Anzeigen wieder gewagt werden konnten.

Welches sind die Motive dafür, Gefallenenanzeigen heute noch aufzugeben? Zunächst geht es wohl bei diesen Anzeigen wie bei jedem „normalen" Todesfall um den Ausdruck der Trauer über den Verlust, dies allerdings mit dem Unterschied, dass der Tod des Gefallenen schon längere Zeit zurückliegt. In einer Gefallenenanzeige aus diesem Jahr für einen im Juni 1944 in der Normandie gefallenen 20-Jährigen und einen im Januar 1945 in Allenstein/Ostpreußen gefallenen 19-Jährigen schreiben deren Geschwister: „Wir trauern noch immer um unsere Brüder, die vor 70 Jahren gefallen sind." Der Bruder eines 1941 in der Ukraine Gefallenen kommentiert dessen Tod und den weiterer Familienangehöriger mit den Worten: „Sie alle waren Opfer des Krieges. Je älter ich werde, desto näher sind sie mir."

Ein Beweggrund für Gedenkanzeigen Jahrzehnte nach dem Tod ist, den Verstorbenen des Zweiten Weltkriegs Gehör zu verschaffen

Zu registrieren ist aber auch ein Motiv, das über die persönliche Trauerbekundung hinausgeht und einen politischen Gedanken artikuliert. Auf meine Frage an den Unterzeichner einer Gedenkanzeige für mehrere seiner gefallenen Familienangehörigen schrieb mir dieser, sein Hauptbeweggrund für die Erinnerungsanzeige „ist einfach: ich möchte den gefallenen, vermissten oder in der Gefangenschaft verstorbenen Soldaten des Zweiten Weltkrieges Gehör verschaffen ... Denn sie haben, zumeist in jungen Jahren, ihr Leben lassen müssen, aber gesprochen wird über sie am allerwenigsten. Vor lauter politischer Korrektheit fürchtet die öffentliche Meinung offenbar, dass zu viel Gutes über diese ‚Mithelfer des NS-Regimes' gesagt werden könnte." Noch härter lautet die Aussage, mit der die Erinnerungsanzeige an einen 1945 in Heiligenbeil/Ostpreußen gefallenen 19-jährigen Gymnasiasten und Gefreiten eingeleitet wird, nämlich: „In Zeiten, in denen den eigenen Gefallenen und Verwundeten sowie dem Leid der Vertriebenen und den Opfern der Zivilbevölkerung wie auch deren Tapferkeit ein eher reduziertes öffentliches Gedenken zukommt, sei erinnert an ..."

Die Texte der Gefallenenanzeigen waren und sind entsprechend den verschiedenen Personen und verschiedenen Daten unterschiedlich, folgen aber in gewisser Weise einem mehr oder weniger einheitlichen Muster: Über oder unter der Abbildung eines Eisernen Kreuzes – zuweilen auch ohne dieses – finden sich die Worte „In memoriam" oder „zum Gedenken" oder „Unvergessen", gelegentlich auch „Den Lebenden zur Mahnung". Es folgen der Name des Gefallenen, häufig (aber nicht immer) sein letzter Dienstgrad, seine Geburts- und Sterbedaten, der Geburtsort und – soweit bekannt – der Sterbeort, schließlich die Namen des oder der Angehörigen, welche die Anzeige in Auftrag gegeben haben. Die Verwandtschaftsbeziehung ergibt sich oft schon aus der Umschreibung der Gedenkformel, zum Beispiel in Formulierungen wie: „Zum Gedenken an meinen Bruder"; „Zur Erinnerung an unseren Vater"; „Es denken an ihn seine Frau, Kinder und Bruder"; „In ehrendem Gedenken an meinen Vater"; „Unvergessen. Mein Ehemann, mein Vater, mein Patenonkel"; „In memoriam. Deine Brüder und Schwestern"; „In memoriam. Seine Kinder"; „In memoriam. Seine Geschwister"; „Zum ehrenden Gedenken. Die Töchter und Enkelsohn"; schließlich schlicht: „Unvergessen. Seine Familie."

Unterzeichnet sind die Gedenkanzeigen für einen Gefallenen entweder von einem Angehörigen oder – wie die erwähnten Beispiele zeigen – von mehreren Angehörigen. Nicht selten sind es aber auch mehrere Opfer, deren in einer Anzeige gedacht wird. Auffallend häufig sind es Brüder, die als Gefallene genannt werden, etwa wenn drei Schwestern formulieren: „Wir gedenken in Liebe unserer Brüder gefallen in Russland im September 1941 und im April 1942, 25 und 20 Jahre alt", oder wenn zwei Brüder schreiben: „Zum ehrenden Gedenken an unsere Brüder". In nicht wenigen Anzeigen werden sogar mehrere Generationen und/oder mehrere Verwandtschaftsgrade genannt, zum Beispiel „In treuem Gedenken an meinen Vater und Bruder, meinen Ehemann und Schwager" oder „gedenken wir meines Vaters und seiner Brüder" oder „Sie – Vater, Großvater, Onkel und Großonkel – sind nicht vergessen! In treuem Gedenken", oder „In ehrendem Gedenken an meinen Vater und an meinen Bruder".

Die Gefallenenanzeigen sind, wie die genannten Beispiele zeigen, der natürliche Ort für das Gedenken seitens der Angehörigen. Sehr selten finden sich demgegenüber Gefallenenanzeigen, die in Anlehnung an den bekannten Refrain „Ich hatt' einen Kameraden" von Kriegskameraden der Gefallenen aufgegeben sind, zum Beispiel für zwei im Sommer 1944 gefallene Seekadetten mit dem Text: „In treuem Gedenken an meine Kriegskameraden bei der 5. S-Boots-Flottille."

Auf den meisten Gefallenenanzeigen sind der Tag und der Ort des Todes angegeben, soweit diese den Angehörigen bekannt waren. Die diesbezüglichen Angaben zeigen ein erschreckend trauriges Bild, an wie viel verschiedenen Orten noch in den letzten Wochen und Tagen des Krieges, als dieser schon längst verloren war, gestorben wurde. Zu lesen ist zum Beispiel „gef. 11. März 1945 in Linz am Rhein (Remagen)" – wer denkt hier nicht an die berühmte Brücke von Remagen? – „gefallen am 8. April 1945 in Altenessen / Ruhrkessel", „† 17. April bei Straden in der Steiermark", „gefallen am 17. April 1945 in Huchenfeld/Schwarzw.", „gefallen 17.4.1945 bei Görlitz (Neiße)", „am 20. April in Dannenberg an der Elbe", „† 24.4.1945 Enschede/Niederlande", „Fliegertod 24. April 1945 Rostock/Marienehe", „† 26.4.1945 Bussolengo/Verona, Italien", „gef. im April 1945 in Stettin", „gef. 28.4.1945 in Berlin", schließlich dicht vor dem Tag der Kapitulation „gef. am 5. Mai 1945 bei Rožnov pod Radhoštěm/Rosenau, Mähren", „gef. 7. Mai 1945 Danzig-Petershagen" und – besonders tragisch – noch am Tag der Einstellung der Feindseligkeiten: „gef. am 8.5.1945 in Kirchen a.d. Sieg" und „gef. 8.5.1945 Kamena Gora/Montenegro".

Aus dem Ersten Weltkrieg ist überliefert, dass an einem Weihnachtsfeiertag einander gegenüberliegende deutsche und englische Soldaten das Feuer einstellten und Weihnachtsgeschenke austauschten. Im Zweiten Weltkrieg gab es an allen Fronten keine Weihnachtsgeschenke der Feinde, stattdessen den Tod, woran nicht wenige Gefallenenanzeigen erinnern: „gefallen am 24.12.1942 in Russland", „† 26.12.1943 Untergang des Schlachtschiffes Scharnhorst im Nordmeer", „gef. 25. oder 26.12.1944 bei Budapest", „gef. 26.12.1944 über Bastogne" (gefallen „über" zeigte den Tod von Fliegern an, „auf hoher See" den Tod von Marinesoldaten).

Das Muster einer typischen Gefallenenanzeige enthält einen nur kurzen, mehr sachlich nüchternen als emotional aufgeladenen Text: Nach den Gedenkworten „In memoriam" oder „Zum Gedenken" folgt, wie erwähnt, die Verwandtschaftsbeziehung (Vater, Sohn, Bruder, Schwager, Neffe) – gelegentlich mit einem zusätzlichen Wort wie „einziger Bruder" oder „der sehr geliebte, einzige Sohn", oft – aber nicht immer – der letzte Dienstgrad und – wiederum nicht immer – die letzte dienstliche Stellung (etwa: „Leutnant und Kompanieführer" oder „Ltn. und Flugzeugführer"), Geburtstag und Geburtsort sowie – sofern diese bekannt sind – Sterbetag und Sterbeort.

60 Jahre nach Kriegsende gingen beim Deutschen Roten Kreuz noch tausende neue Suchanfragen nach Vermissten ein

Diese Einschränkung ist relevant, weil auffallend viele Anzeigen an vermisste Angehörige erinnern, zum Beispiel: „vermisst seit Februar 1943 in Stalingrad"; „19-jährig vermisst seit dem 15.1.1945 im Raum Niedabyl/Polen"; „vermisst seit 11.2.1945 Preußisch Friedland"; „vermisst in Königsberg 1945"; „vermisst 1944. Ungarn?, Jugoslawien?" fragen zwei Schwestern und eine Nichte in ihrer Anzeige von 2004: „Wer kann Angaben machen?" 60 Jahre nach Kriegsende, also im Jahre 2005, bilanzierte der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes, dass immer noch die Schicksale von 1,3 Millionen deutscher Soldaten und Zivilisten nicht geklärt seien; jährlich gingen 1000 bis 2000 neue Anfragen zu Vermissten ein. Aufklärung wünschten nicht nur Angehörige der Kriegsgeneration, sondern auch Kinder und Enkelkinder der Vermissten. Neben dem DRK leistet auch der „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge" eine für die Angehörigen wichtige Arbeit, nämlich hinsichtlich der Auffindung und Bestattung Gefallener.

Auch dieser Problembereich wird in manchen Gefallenenanzeigen angesprochen, so in der Gedenkanzeige für einen 19-Jährigen: „gef. 2. April 1945 (Ostermontag) in Danzig. Sein Grab ist unbekannt. Wir trauern um ihn", oder in der Anzeige für einen ebenfalls 19-Jährigen: „gefallen in den Beskiden (Ost-Oberschlesien). Dank der Mitteilung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge wurde er auf dem Friedhof Buschkowitz, Kreis Bielitz (danach polnisch: Buczkowice in Südpolen) beigesetzt."

Sind Datum und Ort des Todes sowie die Begräbnisstätte nachweisbar, so zeigt das typische Muster einer Gefallenenanzeige, dass die jeweiligen konkreten Umstände des Todes entweder den Angehörigen nicht bekannt waren oder – was eher anzunehmen ist – von den Angehörigen nicht für mitteilungswürdig gehalten wurden. Die Regel wird auch hier von Ausnahmen bestätigt, wie in den folgenden Beispielen: „gef. 22.9.1942 südl. des Ladogasees Russland bei der Bergung eines Kameraden"; „Mein Vater fiel bei dem Versuch, der vor Ordshonikidse (heute wieder Wladikawkas) bedrängten 13. Pz.-Div. Nachschub zuzuführen und 400 verwundete Kameraden zum HVP zurückzubringen" (HVP-Hauptverbandsplatz); „verm. 25. März 1945 bei Deutsch-Bahnau/Ostpreußen, eingeflogen in den Kessel von Heiligenbeil, für die Verbände der untergehenden 4. Armee, für seine flüchtende Familie, für seine ostpreußische Heimat".

Ostpreußen wird in Gefallenenanzeigen auffallend häufig genannt, zum Beispiel: „† 24.1.1945 Alt-Wartenburg. Als 18-jähriger Panzerjäger gefallen bei der Verteidigung der ostpreußischen Heimat"; „† 15.10.1944. Er fiel sechs Wochen vor seinem zwanzigsten Geburtstag bei der Verteidigung Ostpreußens, der Heimat seines Vaters, gegen die sowjetischen ‚Befreier' (in dieser Formulierung liegt wohl eine kritische Anspielung auf die Weizsäcker-Rede zum 8. Mai 1945); Gedenkanzeige für einen seit Februar 1945 an der Ostfront vermissten 17-jährigen Luftwaffenhelfer: „Er setzte sein Leben für seine ostpreußische Heimat und für sein Vaterland ein", oder schließlich nur: „† 29.10.1944 Preußisch Nassau bei Gumbinnen"; „gefallen 29.1.1945 Fürstenau / Kr. Preuß. Holland) Ostpreußen"; „gefallen am 24.2.1945 in Ostpreußen".

Ingo von Münch

Bodenreformer aus christlicher Verantwortung

Adolf Damaschke kämpfte für den Grundsatz, dass Eigentum verpflichte, und gegen Spekulation mit Wohnraum

Adolf Damaschke, dessen Geburtstag sich diesen Monat zum 150. Male jährt, war ein typischer Vertreter des preußischen Sozialkonservatismus. Er machte sich besonders für Reformen im Bodenrecht zugunsten der unteren Schichten der Gesellschaft stark. An seiner Person zeigt sich sehr eindrucksvoll, wie unsinnig es ist, „konservativ“ mit „reaktionär“ gleichzusetzen.

Nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 sorgten Bodenspekulanten für eine rapide Vergrößerung der ohnehin schon großen Wohnungsnot in Städten wie Berlin. Dies verdüsterte auch die Kindheit und Jugend von Adolf Wilhelm Ferdinand Damaschke, der am 24. November 1865 in der preußischen Hauptstadt geboren wurde und in einer der dortigen Hinterhaus-Mietskasernen aufwuchs. Dort herrschten menschenunwürdige Enge und Alkoholismus. Hieraus resultierte das lebenslange soziale Engagement des Tischlersohnes, wobei aber auch sein religiöser Hintergrund von Bedeutung war: Als Mitglied der Gemeinde der freikirchlich orientierten Christuskirche im Berliner Ortsteil Kreuzberg lebte Damaschke strikt nach dem Vorbild Jesu und der Bibel.



Vorkämpfer des preußischen Sozialkonservatismus: Adolf Damaschke — Bild: pa

Bevor er damit zu einem der bedeutendsten Sozialreformer seiner Zeit aufstieg, wartete erst einmal eine Tätigkeit als Volksschullehrer auf ihn, die 1886 nach dem Besuch des Berliner Pädagogischen Seminars begann. In deren Verlauf tauchte Damaschke erneut tief in die Welt der Unterprivilegierten ein, was ihn relativ schnell in Konflikte mit seinem Dienstherrn, dem Magistrat der Stadt, stürzte. Der reagierte auf die öffentlichkeitswirksam vorgebrachten Forderungen des jungen Lehrers nach Lernmittelfreiheit für die Kinder der Armen mit einer Strafversetzung. Daraufhin entschied sich Damaschke, um seine Entlassung aus dem Schuldienst nachzusuchen.

Zu diesem Zeitpunkt, im November 1896, fungierte der Pädagoge schon seit drei Jahren als Schriftführer der lebensreformerischen Zeitschrift „Der Naturarzt“, also des Organs des Bundes der Vereine für volksverständliche Gesundheitspflege. In dieser Eigenschaft setzte er sich besonders für eine abstinente Lebensweise ein. Dabei gelang es ihm sehr schnell, die Auflage des Blattes zu verdoppeln. Er verließ dann Berlin, um den Posten des Chefredakteurs der „Kieler Neuesten Nachrichten“ zu übernehmen. Hiermit verband er die Absicht, die Zeitung zu einem Sprachrohr der deutschen Bodenreformbewegung auszubauen, der er sich ebenfalls verpflichtet fühlte. Allerdings misslang dieses Vorhaben. Das hielt Damaschke aber nicht davon ab, seinen Kampf gegen das Oligopol der Grundbesitzer, welches die Preise für Bauland nach oben trieb und das Wohnen für die Armen immer mehr verteuerte, kontinuierlich fortzusetzen.

Mit der Idee, dass man Grund und Boden keineswegs wie andere Waren behandeln dürfe, und der Staat die spekulativ erzeugte Wertsteigerung des Grund- und Hausbesitzes zugunsten der Allgemeinheit abschöpfen müsse, war Damaschke erstmals 1890 in Berührung gekommen, als er zufällig einen Vortrag des Nationalökonomen Adolph Wagner auf einer Veranstaltung des Deutschen Bundes für Bodenbesitzreform besuchte. Deren Programm sprach ihm voll und ganz aus dem Herzen, und bereits im darauffolgenden Jahr, am 12. Oktober 1891, übernahm er in dem Bund die Schriftführung.

In der Folgezeit versuchte Damaschke, den Bodenreformgedanken in verschiedene andere soziale Vereine und Parteien hineinzutragen. Das stieß aber auf vielfältige Widerstände. Deshalb initiierte er im April 1898 die Gründung eines eigenen Bundes Deutscher Bodenreformer, dessen Vorsitz er selber übernahm. Anschließend ging sein Trachten zunächst vor allem dahin, Einfluss auf die Bodenvorratspolitik der deutschen Gemeinden sowie die Grundsteuergesetzgebung zu nehmen. Allerdings zeitigten die Bestrebungen des Reformers bis zum Ende des Ersten Weltkriegs keine nennenswerten Früchte.

Dann freilich kam das Jahr 1919, in dem es Damaschke gelang, nach diversen unerfreulichen Querelen mit dem Rat der Volksbeauftragten 76 Mitglieder des Bundes Deutscher Bodenreformer unterschiedlicher Parteizugehörigkeit in der Weimarer Nationalversammlung zu platzieren. Dort übten diese sogenannten Damaschkianer einen derart großen Druck aus, dass in die neue Reichsverfassung der Artikel 155 aufgenommen wurde, in dem es unter anderem hieß: „Die Bearbeitung und Ausnutzung des Bodens ist eine Pflicht des Grundbesitzers gegenüber der Gemeinschaft. Die Wertsteigerung des Bodens, die ohne eine Arbeits- oder Kapitalaufwendung auf das Grundstück entsteht, ist für die Gesamtheit nutzbar zu machen.“

> Der Vater des Reichsverfassungsartikels 155 kannte die Verhältnisse, die er bekämpfte, aus eigener Erfahrung

Hierdurch erlangte Damaschke eine erhebliche Popularität im Lande. Anfang der 20er Jahre wurde er gar als möglicher Kandidat für das Amt des Reichspräsidenten im Falle einer Volkswahl gehandelt. Allerdings einigte sich der Reichstag im Oktober 1922 mit der dafür nötigen Zweidrittelmehrheit darauf, die Amtszeit des bisherigen Präsidenten Friedrich Ebert bis 1925 zu verlängern, womit eine Direktwahl durch die Bevölkerung zunächst unterblieb.

Nach dem Reichsverfassungsartikel 155 war die Verabschiedung des Reichsheimstättengesetzes vom 10. Mai 1920 ein weiterer großer Erfolg Damaschkes. Dieses Gesetz bot die Möglichkeit, unkompliziert Wohnraum für besonders Bedürftige, wie beispielsweise die aus dem Krieg heimgekehrten Soldaten, zu schaffen. Darüber hinaus schützte das Gesetz die Bewohner einer Heimstätte vor Obdachlosigkeit, indem es die Wohngebäude dem Zugriff eventueller Gläubiger entzog.

Infolge seines großen sozialen Engagements bekam Damaschke bis 1925 drei Ehrendoktortitel verliehen, und zwar je einen der Rechte, der Medizin und der Theologie. Dann allerdings begann der Stern des Bodenreformers zu sinken. Da er keiner Partei angehörte, gab es auch von niemandem politische Rückendeckung, als sich die Lobbygruppen der Grundeigentümer auf ihn einschossen und schließlich gar den Vorwurf in die Welt setzten, er sei im Grunde ein Kommunist. Deshalb mied Damaschke in den letzten Lebensjahren die Öffentlichkeit und beschränkte sich auf die Herausgabe seiner Bücher.

Das letzte erschien Anfang 1935 im Dresdner Reißner-Verlag und trug den Titel: „Ein Kampf um Sozialismus und Nation. Vom Ringen um Boden für jeden Volksgenossen“. Kurz darauf, am 30. Juli 1935, starb Adolf Damaschke in Berlin an Krebs. In Werder an der Havel wurde er beigesetzt. Heute erinnern in zahlreichen Städten und Gemeinden Straßennamen an diesen großen preußischen Menschenfreund.

Wolfgang Kaufmann

Professorentitel trotz Majestätsbeleidigung

Vor 100 Jahren starb der dichtende »Kladderadatsch«-Chefredakteur Johannes Trojan

Bis zur Reifeprüfung lebte der am 14. August 1837 in Danzig geborene Johannes Trojan in seiner Geburtsstadt. Ab 1856 studierte der Sohn eines Kaufmanns und Hobbydichters sowie dessen bereits 1841 verstorbener Ehefrau zunächst fünf Semester Medizin in Göttingen, wo er Mitglied der Burschenschaft Brunsviga wurde, und dann Germanistik in Berlin und Bonn. Er brach das Studium ab und widmete sich nun der literarischen Betätigung. Seit 1859 wieder in Berlin arbeitete er dort bei diversen Blättern mit, ab 1862 beispielsweise als Hilfsredakteur bei der ab 1868 von Adolf Glaßbrenner verlegten „Berliner Montagszeitung“. Schon während der letzten Universitätssemester hatte er sich als Journalist versucht, und das nicht ohne Erfolg. So fiel die Entscheidung für diesen Beruf.

> Plaudereien und Reiseberichte verfasste er ebenso wie Erzählungen für Jugendliche oder Kinder- und Scherzgedichte

Ab 1866 arbeitete Trojan als Redakteur für das politisch-satirische Wochenblatt „Kladderadatsch“, in dem er mit seinem Humor einen schärferen Ton anschlagen konnte als in seinen Gedichten. Von 1886 bis 1909 war er dessen Chefredakteur. Seine Tätigkeit bei „Kladderadatsch“ brachte ihm eine zweimonatige Haftstrafe wegen Majestätsbeleidigung ein, die er 1898 in der Festung Weichselmünde verbüßte. Nichtsdestotrotz sollte ihn Kaiser Wilhelm II. 19 Jahre später den Ehrentitel Professor verleihen. Fürst Otto von Bismarck sah den vornehmen, heiteren, liebenswürdigen und ihn bewundernden Poeten gern als Gast bei sich im Sachsenwald bei Hamburg.

Mit der Erzählung „Ein Kaufmann von alter Art“ gewährte Trojan einen Blick in sein Elternhaus in der Hundegasse 101 und in seine Jugendzeit. In „Der Heimatgarten“ und „Ostererinnerungen“ kann man seine alte Vaterstadt kennenlernen. Das Mitgefühl des Dichters, das sich in diesen Heimatbildern enthüllte, formte auch die Gedichte und Prosaskizzen unter dem Titel „Für gewöhnliche Leute“.

Der als gemütvoller Humorist und politischer Satiriker, Verfasser von Kinderbüchern und Reimen bekannt gewordene Johannes Trojan zog 1909 fort von Berlin nach Warnemünde, dem Ostseebad und Hafen von Rostock. Der gebürtige Königsberger Heinrich Spiero, der auch als Literaturhistoriker und Schriftsteller in Berlin lebte, schrieb: „... meine einzige Begegnung mit Johannes Trojan: An einem frühlingshaft warmen Wintertage wanderte ich den Warnemünder Strand entlang. Es war hellblauer Himmel, hier und da ein weißes Wölkchen, das Meer spielte nur. Weit und breit kein Mensch. Da kam von seinem Spätsitz, dem Haus Ilion, her der emeritierte Redakteur des ‚Kladderadatsch‘ langsam auf den Strand zu. Der leidenschaftliche Pflanzenfreund trug eine frisch gepflückte Christrose in der Hand. In der Sonneneinsamkeit des seltenen Tages empfand er das Bedürfnis der Ansprache, und so gingen wir ein Stückchen miteinander, er wies mir die Pflanze und sagte, zum Horizont deutend: ‚Die See ist wie ein Mäuschen‘; es klang wie aus einer seiner ‚beschaulichen‘ Skizzen, als er die Worte über den weißen Zottelbart hinsprach.“

Die feine und heitere Persönlichkeit, der liebenswürdige und herzenstüchtige Poet, der einfache Erzählungs- und Schilderungskost auf den Markt warf, übersiedelte 1910 nach Rostock. Von der dortigen Universität wurde er 1912 zum Dr. phil. h. c. ernannt.



Bild: wikipedia

Heiter und liebenswürdig: Johannes Trojan

Johannes Trojan verdanken wir wundervolle Kindergedichte und prächtige Schilderungen, die seine Heimat zum Bildinhalt haben: Danzig, Westpreußen, Weichsel, Ostsee. Die ersten Gedichte „Beschauliches“ erschienen 1870. Es folgten 1883 „Scherzgedichte“, 1885 „Kinderhumor“, 1886 „Kleine Bilder“, 1887 „Von drinnen und draußen“ und „Von Strand und Heide“, 1891 „Kriegstagebuch aus dem Kladderadatsch“ sowie 1908 „Neue Scherzgedichte“. Das Werk „Kriegstagebuch aus dem Kladderadatsch“ entstand in Zusammenarbeit mit dem Humoristen und Jugendschriftsteller Julius Lohmeyer aus Neiße, der nach dem Verkauf seiner Hofapotheke in Elbing am „Kladderadatsch“ mitarbeitete.

Die 1893 in Berlin erschienenen gesammelten Erzählungen „Von Einem zum Andern“ enthalten viel über das alte Danzig zur Zeit seiner Kindheit. „Das Wustrower Königsschießen und andere Humoresken“ erschien 1894 in Leipzig im Verlag Liebeskind. Das 1898 veröffentlichte Memoirenbuch „Zwei Monate Festung“ führt zurück in das Fischerdorf Weichselmünde am Ufer der Toten Weichsel. „Sängerkrieg zu Trarbach“, 1899 publiziert, enthält launige, angenehme Schilderungen. Dem Buch folgten 1902 die Streifzüge am Ontariosee „Auf der andern Seite“ und 1903 „Berliner Bilder“. Dazu schrieb der Romanschriftsteller, Essayist und Theaterkritiker Karl Frenzel: „Bescheiden gibt er sich nur als Amateur-Photograph, aber wer es nicht schon wüsste, würde es bald beim Lesen merken, welch ein Künstler der Kleinkunst in ihm steckt. Durch die Schärfe und Frische ihrer Beobachtung, durch die Kürze und Abrundung sind diese Bilder kleine Kunstwerke eines echten Genremalers, die sich in ihrer Art neben denen unseres alten lieben Chodowiecki sehen lassen können.“

In seinen Schriften „Aus dem Reich der Flora“, „Aus Natur und Haus“, „Unsere deutschen Wälder“ und „Fahrten und Wanderungen“ aus den Jahren 1910 bis 1913 äußert sich ein feinsinniges Naturund treues Heimatgefühl. Die 1913 gedruckten „Erinnerungen“ enthalten allerlei aus der Jugendzeit, aber auch Erinnerungen an Bismarck.

„Mit der Liebe zur Natur ist bei mir stets auch als ererbt von meinem Vater die Liebe und, denke ich, auch das Verständnis für das Natürliche, Einfache und Schlichte, für das Volksempfinden, verbunden gewesen.“ Damit stellte sich Johannes Trojan persönlich am besten dar. Seine wohl größte Bejahung fand er mit „Hundert Kinderlieder“ 1899. Johannes Trojan hing mit warmer Liebe an seiner Vaterstadt Danzig. Trotzdem fand er nur selten den Weg zum Heimatstrand. Er starb in Rostock am 23. November 1915. Auf dem Neuen Friedhof erhielt er seine letzte Ruhestätte.

E.B.

Gegenwärtige Migrantenpolitik verstößt gegen das Grundgesetz

Zu: Es geht „an die Existenz" (Nr. 44)

Jeder, der dem Volk statt einer geschuldeten politischen Antwort das verunglimpfende Schlagwort „Fremdenhass" entgegenhält, sollte darauf hingewiesen werden, dass eben dieses Volk als Ergebnis der aktuellen Migranten- (nicht „Flüchtlings"-)Politik staatsgefährdende Verfassungsverletzungen zu beklagen hat. Nach Artikel 23, Absatz 1, Satz 1 des Grundgesetzes ist die Bundesrepublik dazu verpflichtet, an der sozialen und rechtsstaatlichen Entwicklung der Europäischen Union mitzuwirken und nicht ihr entgegenzuwirken.

Die eigenmächtige Willkommensentscheidung der deutschen Bundeskanzlerin erfolgte bewusst ohne vorherige Konsultation oder Absprache mit den EU-Staaten, von denen zum großen Teil eine Zustimmung von vornherein nicht zu erwarten war. Wer selbst Millionen arbeitslose Jugendliche hat, nimmt nicht auch noch viele Zehntausende von ausländischen jugendlichen Arbeitslosen auf. Diese Missachtung des europäischen Förderungsgedankens ist somit verfassungswidrig.

Hinzu kommt die Verletzung des föderativen Prinzips unseres Staates. Die Bundesländer, denen nach Artikel 23, Absatz 2, Satz 4, 30, 50, 70 und 83 des Grundgesetzes die Mitwirkungsrechte bei Gesetzgebung, Verwaltung und staatlicher Befugnisse zustehen, wurden nicht einmal gefragt, ob sie willens und imstande sind, übergroße Migranten-Kontingente aufzunehmen. Auch dies ist verfassungswidrig.

Für das Staatsvolk und die Bundesländer hatte die Bundeskanzlerin nichts anderes übrig als infantile Sprüche („ein freundliches Gesicht machen", „wir schaffen das", „nun sind sie halt da"). Bei dieser politischen Qualität verwundert es, dass die Opposition aus Linken und Grünen im deutschen Bundestag nicht von der Möglichkeit nach Artikel 67 des Grundgesetzes Gebrauch macht, hinsichtlich der Bundeskanzlerin ein Misstrauensvotum herbeizuführen.

Dr. Klaus J. Schneider-Haßloff, Berlin

Wartet nur ab!

Zu: Es geht „an die Existenz" (Nr. 44)

Interessant wird die Einwanderungsflut erst in einigen Monaten: wenn marodierende Fachkräfte und Akademiker durch die Straßen ziehen und Schneisen der Verwüstung hinterlassen, einschließlich Mord, Totschlag und Vergewaltigungen. Dann wird auch die faktische Zensur der gleichgeschalteten Medien nicht mehr greifen.

Jürgen Strate, Hamburg

Eine Ausnahme

Zu: Gesellschaftlicher Suizid mit Ansage (Nr. 44)

Ob man den Akif Pirincci, seine Bücher oder seine Publikationen mag oder nicht – aber kürzlich musste ich schmunzeln: Der Bayerische Rundfunk hat in seinem zweiten Hörfunkprogramm genau das getan, was Sie in Ihrem Bericht vortrefflich beschrieben haben. Ungeprüft die Info des öffentlich-rechtlichen Mainstreams nochmal über den Äther verteilen. So geschehen am 6. November gegen 8.40 Uhr: Es wurde wieder einmal behauptet, Pirincci habe bedauert, die „KZ sind ja leider derzeit außer Betrieb".

Weder ein Verweis auf das, was vorher gesagt wurde, noch in welchem Zusammenhang es gesagt wurde. Wieder einmal wurde mir klar, dass wir keine freie Pressemeinungen mehr zu Gesicht bekommen beziehungsweise zu „Ohr". Sie sind nach dem Genuss meiner ersten *PAZ* total von dieser Aussage ausgenommen. Jeden Ihrer Berichte habe ich sehr interessiert gelesen. Bitte machen Sie weiter so.

Arnd Grüssing, Giengen an der Brenz



Legt er es darauf an, missverstanden zu werden? Autor Akif Pirincci, hier bei einer Bogida-Demonstration in Bonn Bild: action press

Frieden in Gefahr

Zu: Bis zu 16 Millionen (Nr. 41)

Das christliche Europa hat nach blutigen Kriegen endlich zu nachhaltigem Frieden gefunden. Jetzt herrscht in der muslimischen Welt Gewalt und Terror zwischen Völkern und Glaubensrichtungen (Kurden, Türken, Sunniten, Schiiten). Die Hoffnung, dass dennoch viele Millionen Muslime in Deutschland nachhaltig in Frieden miteinander und mit uns Deutschen leben werden, ist durch nichts zu begründen, auch wenn es durchaus friedliche Muslime gibt. Deutsche, die sich deshalb um unsere Zukunft sorgen, sollten nicht als fremdenfeindliches Pack bezeichnet werden.

Prof. Eike Mühlenfeld, Clausthal

Brave Muschkoten

Zu: Blufft Seehofer bloß? (Nr. 45)

Die Berliner Leitesel haben die Deutschen in die Zwangsjacke der EU gesteckt, zum Vasallen der USA und zum Muschkoten (abwertende Bezeichnung für einen Fußsoldaten) der Nato degradiert. Doch damit nicht genug: Eine hochfahrende Politikerbande verpasst ihnen Maulkörbe, beschimpft sie als „Pack" und „Nazis" und zwingt ihnen eine hirnverbrannte „Willkommenskultur" auf. Der Volkswille wird mit Füßen getreten und die Nation ins Chaos gestürzt.

Vincenz Oertle, Teufen/Schweiz

Politische Bewältigung der Flüchtlingskrise ist unzeitgemäß

Zu: Es geht „an die Existenz" (Nr. 44)

An der Konferenz in Wien zur Zukunft Syriens nahmen hochrangige Vertreter von zirka 17 Ländern teil, nur nicht Syrien. Ein Phantast, der glaubte, dass dabei etwas anderes als eine Spesenrechnung herauskam. Die Brüsseler „Versammlung von Nieten in Nadelstreifen" schickte die Außenbeauftragte – was haben da überhaupt die Vertreter von Deutschland, Frankreich und Italien noch zu suchen?

Vermutlich werden zur Zeitersparnis die Lasten und Kosten gleich vor Ort verteilt. Wien ist außerdem nicht so belastet wie Berlin oder Jalta mit ihren Nachkriegskonferenzen. Und weil wir auch sonst gar keine Probleme haben, reisen unsere Noch-Kanzlerin, der Außenminister und die Verteidigungsbeauftragte in Nah- und Fernost herum und erledigen anderer Leute Arbeit. Sicher nur eine Flucht vor der Verantwortung, Schwäche und Feigheit, sich den Aufgaben in Deutschland zu stellen.

Wenn es denn tatsächlich stimmt, dass „wir" die Ärmsten dieser Welt in das deutsche Paradies eingeladen haben, so kommen sie als Gäste und nicht als Flüchtlinge oder dergleichen. Unsere Gäste können „wir" auch nicht zu den Nachbarn abschieben oder gar von ihnen erwarten, dass diese den Weg zum Gastgeber sperren. Das ist weder christlich noch sozial.

Ich vermute, dass Kanzlerin Merkel endlich das Buch „Deutschland schafft sich ab" von Thilo Sarrazin gelesen hat und zeigen will, dass der Autor mit seiner Prognose für das Jahr 2050 falsch liegt, weil sie es schon in ihrer derzeit letzten Kanzlerschaft zustande bringt. Das nennt sich sozialistische Sollerfüllung beziehungsweise Über-Erfüllung!

Die Frage ist, wann der kleine Mann endlich merkt, dass die derzeitigen Auseinandersetzungen nichts anderes sind als eine zeitgemäße Kriegsform – Stellvertreter-Kriege (USA/EU in Nahost), Wirtschaftskriege (TTIP), Glaubenskriege. Auch wir müssen unsere Politik mit anderen Mitteln fortsetzen, wenn wir die Einbindung in eine der genannten Fronten vermeiden wollen. Da es keinen neuen 20. Juli geben wird, hilft offensichtlich nur ein neuer Mai 1945, damit Deutschland aufwacht.

Manfred Voss, Oldendorf

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 46 – 13. November 2015

MELDUNGEN

Pyramide vom Einsturz bedroht

Kleinangerapp – Eines der merkwürdigsten und zugleich interessantesten Denkmäler Masurens, die Pyramide in Kleinangerapp, birgt mehr menschliche Überreste als bisher angenommen. Das haben Archäologen festgestellt, die eine komplexe Untersuchung des Objektes vorgenommen haben. Sie bekräftigten auch, dass der technische Zustand der Pyramide fatal sei und ein Einsturz drohe. Das Gebäude, eine kleine quadratische Beerdigungskapelle mit hohem Dach in der Gestalt einer Pyramide, steht mitten im Wald am Rande eines kleinen Dorfes mit dem Namen Kleinangerapp, das zwischen Benkheim und Goldap liegt. Es stellt ein neugierig machendes Denkmal Masurens dar. Die Pikanterie und das Geheimnis dieses Ortes ergeben sich aus der Tatsache, dass sich im Inneren der Kapelle Särge mit den Überresten mehrerer Personen befinden, von denen einige mumifiziert sind. Die Überreste gehören zu Mitgliedern der Familie von Fahrenheid, die ein heute nicht mehr existierendes Gut in Klein-Beinuhnen, zirka zwei Kilometer von Kleinangerapp entfernt, besaß *PAZ*

Braunsberg erneuert Turm

Braunsberg – Die Stadtverwaltung Braunsberg will den Turm aus dem 13. Jahrhundert, der als ältestes Bauwerk des Ermlandes erachtet wird, erneuern. Der denkmalgeschützte Turm ist ein Überbleibsel des Braunsberger Schlosses der Ermländischen Bischöfe. Die Stadtverwaltung stellte fest, dass der bauliche Zustand teilweise so schlecht ist, dass schnellstens eine technische Expertise zu erarbeiten ist. Nach einer Schätzung werden für die Erneuerung des Turmes etwa sieben Millionen Zloty (rund 1,7 Millionen Euro) benötigt. Die Stadtverwaltung rechnet damit, dass nach der Renovierung der Turm eine örtliche Touristen-Attraktion sein wird. In ihm soll ein lokales Museum und an höchster Stelle eine Aussichts-Terrasse entstehen. *PAZ*

Minister für Königsberg

Königsberg/Moskau – Premierminister Dmitrij Medwedjew hat angeordnet, dass Verkehrsminister Maxim Sokolow als erster Minister für die durch ein neues Gesetz vorgeschriebenen regelmäßigen Ministerialbesuche in den drei peripheren Föderationssubjekten Königsberg, Krim und Ferner Osten zuständig ist. Er muss damit alle drei Gebiete einmal pro Quartal aufsuchen und Medwedjew über seine Beobachtungen unterrichten. Die Wahl des Verkehrsministers lag insofern nahe, als das dass zentrale Problem dieser Gebiete ihr verkehrstechnischer Anschluss an das russische Mutterland ist. Eine ähnliche Pflicht besteht inzwischen für 30 der höchsten Regierungsbeamten. *T.W.W.*

Bernsteinboom ergreift Königsberg

Bei neu eingeführter Auktion werden Höchstpreise erzielt – Regionale Hersteller fürchten um ihre Existenz

Die Bernsteinbranche zählt zu den wichtigsten Einnahmequellen des Königsberger Gebiets. Vom derzeitigen Bernsteinboom wollen sowohl die Gebietsregierung als auch Moskauer Unternehmer profitieren. Eine Entwicklung, die den örtlichen Bernsteinbeschäftigten, die mit illegalem Abbau, Schmuggel, kriminellen Schattenorganisationen konkurrieren müssen, Sorge bereitet. Sie fürchten den Verlust ihrer Arbeitsplätze.



Wertvolle Stücke: Bernstein, das „Gold der Ostsee“, erfreut sich wachsender Nachfrage Bild: J.T.

Eigentlich sollten diejenigen, die in der Bernsteinbranche des Königsberger Gebiets ihr Geld verdienen, glücklich sein über den neuen Bernsteinboom. Seit die Chinesen das „Gold der Ostsee“ für sich entdeckt haben, erzielen die gelb glänzenden Steine Rekordpreise. Jedoch treiben einhergehend mit steigenden Preisen auch illegaler Abbau und Bernsteinschmuggel erneut Blüten. Schon seit vielen Jahren stellen illegale Schürfer ein Problem dar, das auch die Leitung des privatisierten Bernsteinkombinats überwucherte. Die Leitung des Kombinats wechselte mehrfach, aber die Situation hat sich nicht grundlegend geändert.

Vor zwei Jahren ging das Bernsteinkombinat in die Leitung des staatlichen Unternehmens „Rostechnologii“ über. In diesem Sommer wurde entschieden, neue Wege zu gehen. Erstmals wird der elektronische Handel mit Bernstein eingeführt. Die Leitung des Kombinats hält dies für ein geeignetes Mittel, um die Verarbeitung des Bernsteins in Königsberger und russischen Unternehmen anzukurbeln. Doch offenbar läuft es nicht so rund, wie angekündigt.

Beim ersten Handel nach neuer Regelung, der am 5. Oktober stattgefunden hat, nahmen 50 Unternehmen und Einzelfirmen teil, die in Russland registriert sind. Das Ergebnis der Börse zeigte, dass Bernstein, der die offizielle Klassifizierung eines Halbedelsteins hat, zum kostbaren Handelsobjekt avanciert ist. Die Einkaufspreise kletterten über Nacht höher als in Ländern, in denen Bernstein kaum abgebaut wird. Und das, obwohl im Königsberger Gebiet fast 90 Prozent des Vorkommens konzentriert sind. Kostete zuvor ein Kilogramm eines der unter Händlern und Handwerkern beliebtesten Bruchs 22 000 Rubel (3175 Euro), so sind es jetzt 138 000 Rubel (rund 20 000 Euro). Jedes beliebige Stück Bernstein der Güteklasse über 50 Gramm Gewicht soll ausschließlich über die Auktion verkauft werden, was bedeutet, dass die Preise noch mehr steigen werden.

Angesichts solcher Erhöhungen waren die Vertreter der Königsberger Bernsteinbranche schockiert. Sie können es sich nicht leisten, zu diesen Preisen einzukaufen, das heißt, die gesamte Branche steckt in der Krise. Die Preise für Bernsteinerzeugnisse steigen ständig, und die horrenden Einkaufspreise zwingen die Schmuckhersteller, die Kosten an ihre Kunden weiterzugeben. Das wird unweigerlich zum Rückgang der Nachfrage führen und eine Schließung von Geschäften, Werkstätten sowie Produktionsabteilungen nach sich ziehen.

Bernsteinunion will demonstrieren

Die Leitung des Bernsteinkombinats erklärt die Preiserhöhung zum Teil mit gestiegenen Produktionskosten, aber auch mit dem Preisboom für Bernstein auf dem internationalen Markt. Sie versicherte aber auch, dass sie die allseitige Entwicklung der Bernsteinindustrie in Russland und die Unterstützung der heimischen Händler als ihre Aufgabe sehe. Das bezweifeln die einheimischen Produzenten nicht zustimmen. Sie sind bereit, gegen den Preiswucher zu demonstrieren und die Hauptstraßen zu blockieren. Das beschlossen sie auf der letzten Sitzung der regionalen „Bernsteinunion“. Ihrer Meinung nach würden auf den neuen Bernsteinauktionen nur große Händler aus der Hauptstadt Gewinne machen, die ihre Produktion zu Höchstpreisen ins Ausland und gerade nicht an lokale Weiterverarbeiter liefern. Es sei wahrscheinlich, dass Königsberger Bernstein in den Auslagen der Nachbarn Polen und Litauen landet oder in ferne Länder verkauft wird. Den russischen Handwerkern fehle dann der Rohstoff. Bevor die Vertreter der Bernsteinindustrie an die Öffentlichkeit gingen, reagierten die Regionalbehörden darauf eher träge.

Vor Kurzem erst hat sich Gouverneur Nikolaj Zukanow des Problems angenommen. Er versprach, sich mit der Bernstein-Auktion zu befassen und Vertreter der Bernsteinindustrie zu einem Gespräch einzuladen. Die Bernsteinunion hat sich außerdem mit einem Schreiben an das Staatsunternehmen „Rostechnologii“ gewandt, welche das Bernsteinkombinat leitet, und an den Bevollmächtigten des Präsidenten für das Königsberger Gebiet. Bei ersten Beratungen soll die Gebietsregierung befunden haben, dass die neuen Preise des Bernsteinkombinats im Vergleich zu den Preisen auf dem Weltmarkt überhöht seien. Preiserhöhungen würden nicht zu einer Förderung der Bernsteinverarbeitung im Gebiet beitragen. Schon vorher war durchgesickert, dass Bernstein aus dem Königsberger Gebiet im „großen Russland“ nicht verarbeitet wird, sondern über illegale Kanäle nach Asien, insbesondere nach China, geht, wo in letzter Zeit die Nachfrage nach Bernstein riesig ist. *Jurij Tschernyschew*

Rettung für Waldau

Investor plant Bildungszentrum in ehemaliger Ordensburg

Ein privater Investor plant im erhaltenen Rest des Schlosses Waldau den Bau eines „Landwirtschaftlichen Kultur- und Bildungszentrums“. Ein entsprechender Vertrag wurde mit dem gegenwärtigen Besitzer des Schlosses, der Königsberger Russisch-Orthodoxen Kirche, unterzeichnet. Das Schloss war bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts kurzzeitig Gründungssitz der ersten Landwirtschaftshochschule Ostpreußens, bevor diese nach Königsberg verlegt wurde.



Für neue Nutzung bereit: Restgebäude des Schlosses Waldau Bild: wikipedia

Wie Gouverneur Zukanow mitteilte, begrüßt die Gebietsregierung ausdrücklich die Inwertsetzung des kulturellen Erbes der Region für wirtschaftliche Zwecke und unterstützt das Projekt mit umgerechnet 8700 Euro aus ihrem Tourismus-Fonds. Begrüßenswert sei vor allem, dass der Investor nicht nur am Profit, sondern an einem langfristigen Erhalt des Bauwerks interessiert sei. Um solche kulturbezogenen Projekte zu erleichtern, habe die Regierung für derartige Investitionen eine zentrale Ansprechstelle beim Gouverneur eingerichtet, die alle verwaltungstechnischen Aspekte in einer Hand bündele. Das Schloss Waldau wurde 2007 in die Liste des regionalen Kulturerbes aufgenommen und 2010 infolge eines umstrittenen Regionalgesetzes über deutsche religiöse Stätten der Orthodoxen Kirche überschrieben. *T. W. Wyrwoll*

Unbeliebter Posten

Jakunin will nicht Senator werden

Der bisherige Direktor der Russischen Staatseisenbahn, Wladimir Jakunin, hat den durch die jüngste Wahl im Amt bestätigten Gouverneur des nördlichen Ostpreußens, Nikolaj Zukanow, gebeten, er möge ihn nicht als Senator der Ostseeprovinz im Russischen Föderationsrat vorschlagen.

Jakunin erteilte damit dem Vorhaben des Kremls eine Absage, ihn als ausgewiesenen Verkehrsfachmann mit der engeren strategischen Anbindung Königsbergs an das russische Mutterland zu betrauen. Die Verkehrsanbindung der entlegenen Regionen Königsberger Gebiet, Krim und Fernost zählt mit zu den dringendsten Aufgaben, die der Kreml sich gestellt hat. Stattdessen wolle er sich, seinen eigenen Worten zufolge, mit Fragen der internationalen Beziehungen und des interkulturellen Dialoges befassen.

Auch der amtierende Königsberger Bürgermeister Alexander Jaroschuk hat es inzwischen abgelehnt, an Jakunins Stelle Senator zu werden. Damit bleibt von den ursprünglich drei durch Gouverneur Zukanow vorgeschlagenen Kandidaten nur noch der bisherige Senator und Großverleger Oleg Tkatsch übrig. Auch dieser hat sich freilich bisher bezüglich einer erneuten Berufung nicht geäußert.

Sonderwirtschafts-Programm soll gestrichen werden

Sonderlich begehrt scheint das hohe Amt nicht zu sein, was in der Höhe der Belastung und der Tiefe des potenziellen Sturzes bei einem Versagen eine durchaus einleuchtende Erklärung findet.

Die Amtsführung wird auch insofern schwieriger, als man in Moskau im Begriff steht, die Sonderförderprogramme für Königsberg und die Krim im Rahmen einer Haushaltskonsolidierung einzuschränken, wie Zukanow anlässlich der Einweihung des neuen Königsberger Schauspielhauses wissen ließ. *T.W.W.*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

noch immer gehen die Gedanken vieler älterer Menschen an diesen nebelgrauen Gedenktagen zu den Vertrauten aus ihrem früheren Lebenskreis zurück, deren Spuren sich im Nirgendwo verlieren. Von denen es kein Grab gibt, keine Zeugen über die letzten Lebenstage, die wenigstens das Schicksal der Vermissten etwas aufhellen könnten. Wenn auch die Suche bisher vergeblich war und es wahrscheinlich nur noch wenige Vertriebene gibt, die als Zeitzeugen in Frage kommen: ein Fünkchen Hoffnung bleibt immer und zwingt dann zu einem späten Versuch. So wie unseren Leser **Bernhard Hoepfner** aus Meißen, den das ungewisse Schicksal seiner Urgroßmutter **Amalie Heller** beschäftigt, die er als Neunjähriger nach der Ausbombung in Königsberg zum letzten Mal gesehen hat. Die am Steindamm wohnenden Familien waren in den Kreis Heiligenbeil evakuiert worden. Bernhard kam mit seiner Mutter nach Bitshöfen, die Urgroßmutter nach Eisenberg. Dort haben Mutter und Sohn sie einmal besuchen können.

Herr Hoepfner hat die Erinnerungen an diese letzte Begegnung bis heute wach gehalten, das Bild dieser Notunterkunft in einer hohen Halle, die zum Massenquartier für die ausgebombten Königsberger geworden war, hat sich fest bei ihm eingeprägt. Die Schlafstätte der betagten Frau lag mitten zwischen anderen Liegeplätzen in dem großen Raum. Während Mutter und Sohn nach Königsberg zurückkehrten, ist unbekannt, wohin Frau Heller kam. Irgendwann wird sie der Weg aus dem Massenquartier herausgeführt haben – aber wohin? Nach Königsberg dürfte sie nicht zurückgekehrt sein, dann hätten die Angehörigen davon erfahren. Bis zur Ausbombung hatte die Familie fast zusammen gelebt: Amalie Heller wohnte in der Richard-Wagner-Straße 22, die Familie Hoepfner im Nachbarhaus Nr. 21, beide Häuser wurden durch Bombenangriffe zerstört. Aber die Heimkehr nach Königsberg war keine bleibende für Bernhard und seine Mutter. Nur wenige Monate später wurden sie zu Flüchtlingen, und es begann eine abenteuerliche Flucht, die sich zuerst ganz hoffnungsvoll anließ, aber dann doch vergebens war, wie Bernhard Hoepfner berichtet: „Unser Glück war, dass Onkel **Robert**, Ehemann von Mutters Kusine **Erna**, uns am 26. Januar 1945 in dem Treck der Landesschützen mitnahm. Die Flucht ging über das Frische Haff, dann immer an der Küste entlang bis Swinemünde. Dann ging es landeinwärts nach Lewitzow, wo sich unsere Wege trennten. So landeten wir in Klein Dratow Krs. Waren. Wir wussten nicht, wie es weitergehen sollte. Es ging zurück – den Sowjets in die Arme!“

Wahrscheinlich ist dieses Schicksal auch Amalie Heller nicht erspart geblieben. Aber wann, wo und wie ist sie gestorben? Es könnte sein, dass sie sich anderen evakuierten Königsbergern angeschlossen hat oder bei Landsleuten im Kreis Heiligenbeil unterkam.. Hier eine Spur zu finden wird schwer sein. Amalie Heller war ja damals schon Urgroßmutter, sie müsste bereits über 60 gewesen sein, sich somit älteren Menschen angeschlossen haben. Aber man soll ja nichts unversucht lassen, und so habe ich auch Herrn Hoepfners Wunsch gerne erfüllt. Für die ganze Ostpreußische Familie soll er für alle stehen, die ähnlich wie unser Landsmann aus Meißen Angehörige haben, die auch im Land Nirgendwo verschwunden sind. (Gerhard Hoepfner, Gustav-Graf-Straße 18 in 01662 Meißen, Telefon: 03521/711333.)

In Folge 44 hatte ich über das alte Evangelische Gesangbuch geschrieben, das sich seit Jahrzehnten in unserem „Familienbesitz“ befindet und das ich so gerne Jemandem übergeben möchte, der sich mit der einstigen Besitzerin familiär oder wie auch immer verbunden fühlt. Es gehörte laut Eindruck der Konfirmandin **Anna Grau** aus Budweitschen, die am 28. August 1912 eingesegnet wurde. Die einzige handschriftliche Eintragung trägt mit der Jahreszahl 1980 ein weitaus späteres Datum, wurde also erst nach der Vertreibung aus der Heimat geschrieben. Sie lautet: „Spende von Frau **Czyselski**, Rotenburg/Fulda. Das Buch ist mehrere Male vergraben gewesen“. Mehr verrät das alte Gesangbuch nicht – oder doch? Denn unsere Veröffentlichung, in der wir nach möglichen Interessenten für diesen gut gehüteten „Schatz“ suchten, hatte einen schnellen und unerwarteten Erfolg. Es meldeten sich **Annelies** und **Gerhard Trucewitz**, ehrenamtliche Leiter des Patenschaftsmuseums Goldap in Stade, und schon die ersten Worte ließen uns hoffen, dass sich hier eine Lösung finden könnte: „Mit viel Interesse lesen wir immer die Ostpreußische Familie. Es scheint so, als ob wir diesmal etwas beitragen können“. Nicht nur etwas sondern sehr viel, denn schon die erste Frage konnte das Ehepaar beantworten. Es gab nämlich im Kreis Goldap zwei Orte mit dem Namen Budweitschen, und es war nicht klar, aus welchem die Konfirmandin Anna Grau stammte. Annelies und Gerhard Trucewitz stellten aufgrund ihrer Familiendatei fest, dass es in Budweitschen (Elsgrund), das zum Kirchspiel Dubeningken, (Dubeningen) gehörte, noch 1944 eine Familie Grau gab, in Budweitschen (Altenwacht) im Kirchspiel Szittkehmen (Wehrkirchen) dagegen nicht. Zweifellos ist die 1898 geborene Anna dieser Familie Grau zuzurechnen. Ihre Einsegnung dürfte demnach in der Kirche von Dubeningken stattgefunden haben. Nun kommt aber die Überraschung, die das Ehepaar Trucewitz herausgefunden hat: Die Spenderin des Gesangbuches ist mit der namentlich aufgeführten Konfirmandin identisch. Anna Grau hatte den Bauern **Otto Czyselski** aus dem Nachbarort Pautzkehmen (Engern), der ebenfalls zum Kirchspiel Dubeningken gehört, geheiratet. In der Widmung ist lediglich der Ehename vermerkt. Zur Erklärung der zweifachen Ortsbezeichnungen: Die in Klammern gesetzten gelten seit der Umbenennung der alten, aus dem Sprachbereich der Urbewohner und frühen Siedler gewachsenen Bezeichnungen, die im Jahr 1938 erfolgte, als insgesamt 1150 ostpreußische Ortsnamen geändert wurden.



Ein Gutshaus im nördlichen Ostpreußen: Wer erkennt es? Bild: privat

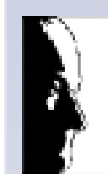
Warum und wem Anna Czyselski ihr Gesangbuch spendete, wird wohl nicht mehr zu klären sein – wahrscheinlich der Landsmannschaft Ostpreußen, ist aber auch unwichtig. Vielleicht gab es keine Nachkommen oder andere Familienmitglieder, denen sie es anvertrauen konnte. Das könnte auch erklären, warum das Gesangbuch schon bei früheren Suchaktionen keine Interessenten fand. Wie es zu unserer Ostpreußischen Familie gelangte, ist auch nicht mehr feststellbar. Anna verstarb drei Jahre nach der Eintragung im gesegneten Alter von 86 Jahren in Rotenburg. Ihr Konfirmationsspruch „Vertrau auf Gott in jeder Not“ hat wohl auch ihr Leben bestimmt. Jetzt soll das Gesangbuch endgültig seinen Platz finden, denn wir übergeben es Annelies und Gerhard Trucewitz zu treuen Händen. Sie werden es im Archiv des Heimatmuseums bewahren und zeitweise in der Ausstellung zeigen. Das Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen befindet sich in der Harsefelder Straße 44a in Stade. Es ist jeden Mittwoch von 13 bis 16.30 geöffnet. (Telefon: 04141/7977537 oder 04142/3552, Internet: www.goldap.de/E-mail: museum@goldap.de)

Es ist schon eigenartig, welche Verbindungen sich manchmal durch unsere Ostpreußische Familie ergeben. Da hatten wir in Folge 23 über die Entdeckung der „ersten Liebe“ der ostpreußischen Dichterin **Frieda Jung** zu dem Königsberger Kulturkritiker und Förderer **Ludwig Goldstein** geschrieben, wie dieser sie in seinen Memoiren schildert, die jetzt in Buchform vorliegen. Dank seiner Großnichte, die dieses „Who is Who“ der Ostpreußischen Kulturgeschichte in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts unter dem Titel „Heimatgebunden –Aus dem Leben eines Königsbergers“ kürzlich herausgegeben hat, über das wir dann in einer weiteren Folge als Gesamtwerk eingehend berichteten. Schon nach den ersten Leseproben war mir klar, dass dieser ostpreußische Kulturspiegel auch den Urgroßneffen von Frieda Jung, den Journalisten **Eberhard** Jung interessieren würde, dessen Laudatio über die Dichterin wir kurz zuvor in Folge 22 gebracht hatten. Denn das 600 Seiten umfassende Werk enthält nicht nur diese erste Begegnung der beiden jungen Menschen auf privater Ebene sondern begleitet die Schriftstellerin auf ihrem Werdegang von ihren ersten, mit Lampenfieber vorgetragenen Lesungen über ihre Anerkennung als Dichterin ihrer geliebten Heimat Ostpreußen bis zu ihrem Abschiedsbrief an den langjährigen Freund und Förderer, als sie ihren Tod nahen fühlte. Sie verstarb am 14. Dezember 1929 in Insterburg, ihr literarischer Wegbegleiter hielt nicht nur die Grabrede sondern trug mit dem von ihm geleiteten Goethebund dazu bei, dass ein von dem Bildhauer **Hermann Brachert** geschaffenes Denkmal die Erinnerung an die Dichterin wach hielt. Allein diese Angaben über Leben und Schaffen der Frieda Jung veranlassten mich, ihrem Urgroßneffen Eberhard von dieser Entdeckung mitzuteilen und dem Überraschten vorzuschlagen, sich mit der Herausgeberin in Verbindung zu setzen, mit der ich schon gesprochen hatte. So kamen zwei Menschen zusammen, die das literarische Erbe ihrer Verwandten pflegen und weiter tragen, und die voneinander viel Unbekanntes über die Betreffenden erfahren können. Das konnte ich dem letzten Gespräch mit Monika Boes entnehmen, in dem sie ihre Freude über diese Verbindung zum Ausdruck brachte, die vielleicht in einer – von Frau Boes angedeuteten – gemeinsamen Arbeit über die Dichterin und ihren Förderer aus der Sicht der Nachfolgegenerationen, die noch familiäre Überlieferungen mit einbringen können, einen literarischen Niederschlag finden wird. Da darf man wohl gespannt sein!

Unser heutiges Bild zeigt eines der schönen ostpreußischen Gutshäuser aus dem nördlichen Ostpreußen, es könnte im Kreis Gerdauen gelegen haben, denn der Fotograf **Hermann Stavginski** stammte aus Nordenburg. Herr **Hansjürgen Alshuth** aus Bremen hatte es uns übersandt zusammen mit einem Familienfoto, auf dem er die Familie des Bürgermeisters von Marienburg, **Fritz Goerdeler**, vermutete, und das wir in Folge 42 als Suchbild veröffentlichten. Für die Identifizierung der Abbildung des Gutshauses habe ich zuerst einmal die Fachliteratur bemüht, bin aber trotz emsiger Suche nicht zu einem einwandfreien Ergebnis gekommen, sodass ich auch in diesem Fall die Ostpreußische Familie bemühen muss. Also: Wer erkennt das abgebildete Gutshaus und kann nähere Angaben über Besitz und Besitzer machen? Zuschriften wie auch zu dem Familienfoto in Folge 42 an Herrn Hansjürgen Alshuth, An der Gete 96 in 28211 Bremen.

Eure

Ruth Geede





Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

»Erinnerung und Zukunft«

Schau in Breslauer Straßenbahndepot soll Lücken in der Darstellung der Nachkriegsgeschichte schließen

Ein altes Breslauer Straßenbahndepot könnte zu einem Kristallisationspunkt einer ausgewogenen Geschichtssicht werden. Diese Hoffnung hegt derzeit die deutsche Minderheit in Polen. Breslaus Stadtpräsident Rafal Dutkiewicz unterstützt Pläne, die Betriebsanlage der Straßenbahn an der westlichen Ausfallstraße der Stadt, der Gräbschener Straße (ul. Grabyszszynka), zu einem Ausstellungsstandort herzurichten. Ein neues Straßenbahndepot und die Initiative der Gesellschaft „Erinnerung und Zukunft“ bieten die Gelegenheit, viele politisch-gesellschaftliche Tabus der etablierten Museen zu umgehen. Dutkiewicz hat die Stadt in seinen Amtsjahren auf einen modernen Weg gebracht. Er förderte die historische Rekonstruktion, holte die „Kulturhauptstadt 2016“ in die schlesische Metropole und westliche Investoren schätzen das weltoffene Klima, das er der Verwaltung verordnete. Während Unternehmer andernorts oft angesichts der Bürokratie aufgaben, stellte Dutkiewicz den Investoren Berater zur Seite, die mit ihnen den Behördendschungel durchliefen. Breslau wurde zur „Boomtown“. Mittlerweile hat das Tempo die Stadt zwar in gehörige Finanznöte gebracht, doch Dutkiewicz betreibt weiterhin die Flucht nach vorn.

Angesichts der Aktivitäten zur Ausrichtung der „Kulturhauptstadt Europas 2016“ in Breslau sollen für die Schau „Erinnerung und Zukunft“ nun im Depot 32 Millionen Zloty (7,5 Millionen Euro) zur Verfügung stehen. Die Macher wollen sich insbesondere der Nachkriegsgeschichte der Stadt stellen und auch den Fragen der Vertreibung und der Neuansiedlung. Erinnerung-und-Zukunft-Direktor Marek Mutor verspricht: „Wir sind offen für Ideen, die Privatpersonen oder Vereine aus Breslau und von außerhalb haben.“

Doch aus vergangener Zeit gibt es Beispiele, wo ursprünglich viel versprechende Initiativen eine ganz andere Richtung einschlugen. Zuvorderst natürlich die Neukonzeption des „Schlesischen Museums“ in Kattowitz. Direktor Leszek Jodlinski hatte historisch konsequent die erste Dampfmaschine des europäischen Festlandes als Fokus der aufwendigen Schau erkoren. Doch die Industrialisierungsgeschichte einschließlich des Wandels des Dorfes Kattowitz in eine Stadt zu preußischer Zeit erweckte Widerstand. Den Gründungsmythos des oberschlesischen Industriegebiets wollte die Politik nicht der Wissenschaft überlassen und diesen in den schlesischen, oder besser gesagt polnischen, Aufständen sehen. Die Gegnerschaft zu Jodlinski bemühte sich der effektiven Nazikeule. Der Kattowitzer Vizewoiwode Piotr Spyra erklärte damals: „Das Museum hat eine neue Vision für (Ober-)Schlesien – eine extrem ideologische im Geiste des Nationalsozialismus“. Jodlinski verlor seinen Posten. Der von der Minderheit viel gelobte Jodlinski bewarb sich später um den Posten des Direkors des von der deutschen Minderheit federführend geführten Hauses der deutsch-polnischen Zusammenarbeit in Oppeln und Gleiwitz, ohne eine Einladung zu einem Vorstellungsgespräch zu erhalten. Den zuvor von Rafal Bartek geräumten Posten – Bartek war zum Vorsitzenden der deutschen Minderheit in der Woiwodschaft Oppeln gewählt worden – nahm ein wissenschaftlich wie politisch nahezu unbekannter junger Mann ein. Scheinbar fehlte der Minderheit selbst der Mut, über ihren eigenen Kreis hinauszublicken, sofern nicht Versprechungen die Ratio blockierten.

Thema Vertreibung bleibt schwierig

Eine zweite museale Hoffnung in Schlesien verlor schnell ihren Glanz: Das Museum für die Deportierten im renovierten Bahnhof von Radzionkau bei Gleiwitz. Der dortige Bürgermeister hatte aus eigener Familiengeschichte um die Würdigung der 1945 in die Sowjetunion Verschleppten gerungen. Die Museumsarchitektur und die Didaktik ließen viele staunen. Doch bei aller Würdigung der bisher übersehenen Opfer offenbarte sich schnell der Pferdefuß. Opferlisten wurden mit den bereits polonisierten Vor- und Familiennamen dokumentiert, was man aus Gründen der Überlieferung mit entsprechender Kommentierung noch verdauen könnte. Doch bei den Feierlichkeiten wurde stets der „schlesischen“, nicht jedoch deutscher Opfer gedacht. Und die interpretatorische Hoheit liegt in Oberschlesien angesichts der Mehrheitsverhältnisse eben darin, schlesisch mit polnisch-schlesisch gleichzusetzen. Vielleicht kann die schlesische Geschichte daher nur vom oberschlesischen Volkstumskampf befreit in Niederschlesien unverkrampft aufgearbeitet werden. Die oberschlesienfixierte Minderheit tut sich mit dieser Erkenntnis schwer. Und etwas anderes spricht gegen die deutsche Volksgruppe. In ihrer Zeitung, dem wochenblatt.pl, hieß es: „Etwas Zeit hat die deutsche Minderheit noch, um sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Das Zentrum (Anm.: in Breslau) soll nämlich erst im August 2016 eröffnet werden.“ Wer Projektzeiten kennt weiß, dass man jetzt schon im Grunde zu spät ankloppt.

Edmund Pander

Wir gratulieren ...

ZUM 101. GEBURTSTAG

Heyn, Hildegard, aus Lyck, am 15. November

Raszawitz, Eugen, aus Rehwalde, Kreis Elchniederung, am 16. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Buttkewitz, Kurt, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 18. November

Dastik, Naemi, geb. **Gundermann**, aus Ebenrode, am 14. November

Mett, Elsbeth, aus Groß Degesen, Kreis Ebenrode, am 20. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Katzenski, Erna, geb. **Labusch**, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, am 20. November

Konopka, Friedrich, aus Geigenau, Kreis Lyck, am 16. November

Thöne, Elfriede, geb. **Zibner**, aus Großheidekrug, Kreis Samland, am 18. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Gerber, Liesbeth, geb. **Mollenhauer**, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 17. November

Krauseneck, Herta, geb. **Gennat**, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 16. November

Kulikowski, Walter, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 17. November

Metzner, Hildegard, geb. **Passargus**, aus Ruckenfeld, Kreis Elchniederung, am 19. November

Puddig, Gertrud, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 17. November

Siegel, Elfriede, geb. **Kompa**, aus Alt Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 16. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Krämer, Gerhard, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 19. November

Kummetz, Ruth, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 13. November

Lotz, Kurt, aus Ebenrode, am 18. November

Mützenich, Lore, geb. **Dalades**, aus Treuburg, am 16. November

Schmitt, Karl, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. November

Stutz, Hildegard, geb. **Gugat**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 12. November

Wiechert, Hilda, geb. **Helwing**, aus Grünwalde, Kreis Heiligenbeil, am 19. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Baumm, Erika, geb. **Adomat**, aus Großwalde, Kreis Elchniederung, am 17. November

Bieber, Erna, geb. **Bajorat**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 18. November

Ehmke, Erna, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 20. November

Janssen, Christel, geb. **Szeimies**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 14. November

Thieme, Ilse, aus Wehlau, am 18. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bauer, Gerda, geb. **Wilkeneit**, aus Ringlacken, Kreis Wehlau, am 14. November

Kohlhaussen, Eva, geb. **Koch**, aus Wiesenfeld, Kreis Neidenburg, am 15. November

Küttner, Kurt, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 20. November

Reinhart, Elfriede, geb. **Paczkowski**, aus Eichenau, Kreis Neidenburg, am 16. November

Schween, Meta, geb. **Giehr**, aus Alexwangen, Kreis Samland, am 16. November

Tausendfreund, Max-Manfred, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, am 19. November

Waschik, Willy, aus Richtwalde, Kreis Johannisburg, am 19. November

Winterberg, Martha, geb. **Venohr**, aus Cojehnen, Kreis Samland, am 19. November

Wrobel, Else, geb. **Olschewski**, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 17. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Eichel, Elfriede, aus Lyck, am 18. November

Ewert, Edith, geb. **Krüger**, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 20. November

Falkhausen, Gerhard, aus Lötzen, am 18. November

Gottaut, Lothar, aus Wehlau, am 15. November

Krause, Liselotte, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. November

März, Helene, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 15. November

Michael, Hildegard, geb. **Plitzner**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 17. November

Müller, Traute, geb. **Dommick**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. November

Niesgodda, Ernst, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 18. November

Schoen, Gerhard, aus Münchenfelde, Kreis Lötzen, am 20. November

Sokolowski, Edith, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 20. November

Wagner, Eva, geb. **Teike**, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 16. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Badorreck, Erika, aus Flockau, Kreis Johannisburg, am 18. November

Ehrlicher, Waltraud, geb. **Bernot**, aus Urbansprind, Kreis Elchniederung, am 13. November

Czub, Dr. Erich, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 16. November

Gottheit, Marianne, geb. **Engel**, aus Königsberg-Tannenwalde, am 16. November

Lux, Marie, geb. **Kolodzey**, aus Ortelsburg, am 17. November

Nössig, Maria, geb. **Sutter**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 16. November

Risse, Eva, geb. **Stange**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 17. November

Rühling, Irmgard, aus Milucken, Kreis Lyck, am 17. November

Siegmann, Hilda, geb. **Fietz**, aus Friedberg, Kreis Treuburg, am 16. November

Soyka, Irmtraut, geb. **Kannenberg**, aus Reuß Siedlung, Kreis Treuburg, am 14. November

Schmidt, Siegfried, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 18. November

Steinke, Käthe, geb. **Ludwig**, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, am 15. November

Sulewski, Karl, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 19. November

Wietzorek, Kurt, aus Lyck, am 17. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Belgardt, Gerhard, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 11. November

Chilla, Karl-Heinz, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 20. November

Eschment, Gerhard, aus Königsberg/Ponarth, am 19. November

Garrels, Dora, geb. **Rieck**, aus Breitenhof, Kreis Elchniederung, am 20. November

Haase, Bruno, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 15. November

Haverland, Liselotte, geb. **Stetzka**, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, am 17. November

Heinze, Grete, geb. **Beckereit**, aus Dannenberg, Kreis Elchniederung, am 8. November

Hidde, Gerda, geb. **Bajohr**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 13. November

Jablonski, Günter, aus Nareythen, Kreis Ortelsburg, am 18. November

Kollatz, Hannelore, geb. **Uschkurat**, aus Ebenrode, am 14. November

Konietzko, Otto, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 14. November

Kuschmierz, Siegfried, aus Groß Lindenau, Kreis Samland, am 16. November

Maak, Waltraud, geb. **Zehrt**, aus Schönwiese, Kreis Elchniederung, am 15. November

Müller, Hildegard, geb. **Keding**, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 12. November

Röhl, Traute, geb. **Benke**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 16. November

Sakowski, Herbert, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 17. November

Schulz, Hildegard, geb. **Reichert**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 83, am 19. November

Schulz, Reinhold, aus Wehlau, am 19. November

Volkmann, Ella, geb. **Rattay**, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 20. November

Wetter, Eva, geb. **Kronenberger**, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 14. November

Wilzewski, Ernst, aus Finsterwalde, Kreis Lyck, am 15. November

Wolff, Inge, geb. **Schirmacher**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Beinker, Margot, geb. **Bartsch**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 16. November

Bollow, Heinz, aus Dräwen, Kreis Ebenrode, am 16. November

Ennulat, Alfred, aus Falkenhöhe, Kreis Elchniederung, am 16. November

Fuchs, Helmut, aus Hollenau, Kreis Ebenrode, am 14. November

Gnosa, Günter, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 18. November

Kuckuck, Helmut, aus Freudenfeld, Kreis Wehlau, am 20. November

Milling, Marianne, geb. **Peter**, aus Wehlau, am 20. November

Müller, Ilse, geb. **Kamp**, aus Biothen, Kreis Wehlau, am 16. November

Noetzel, Gerhard, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. November

Pauleit, Gerhard, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 12. November

Scheffler, Rütger, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 19. November

Schories, Irmgard, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 12. November

Schreiner, Ilse, geb. **Schwarz**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 20. November

Schuhmacher, Gisela, geb. **Schweiger**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 15. November

Skottke, Georg, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 14. November

Stadie, Kurt, aus Hanswalde, Kreis Wehlau, am 14. November

Svitak, Helene, geb. **Jonuscheit**, aus Rosenwalde, Kreis Elchniederung, am 18. November

Tantow, Helga, geb. **Serek**, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 16. November

Thomas, Reinhold, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 20. November

Tobe, Hildegard, geb. **Sandvoss**, aus Wehlau, am 20. November

Walter, Anneliese, geb. **Rohmann**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 20. November

ZUM 75. GEBURTSTAG

Andreas, Hubert, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 19. November

Ballandies, Siegfried, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 18. November

Boss, Lore, geb. **Pajewski**, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 19. November

Hoffmann, Elisabeth, geb. **Klein**, aus Gedwangen, Kreis Neiden-burg, am 14. November

Köhn, Herbert, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 16. November

Kotermann, Elfriede, geb. **Schulz**, aus Königsberg, am 19. November

Priebe, Karin, geb. **Pallacks**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 17. November

Rekowski, Manfred, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 20. November

Saklowsky, Horst, aus Mertenau, Kreis Lötzen, am 15. November

Sandner, Helga, geb. **Saklowsky**, aus Mertenau, Kreis Lötzen, am 15. November

Schachtschneider, Johannes, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 20. November

Senteck, Anneliese, geb. **Borowski**, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 14. November

Am neuen Platz

Rund 30 Personen waren dabei, als das Agnes-Miegel-Denkmal jüngst an seinem neuen Standort im Garten des Miegel-Hauses in Bad Nenndorf eingeweiht wurde. An der Zuwegung zum Museum im Miegel-Haus empfängt das Denkmal jetzt die Besucher.

Wegen angeblicher Verwicklungen der Dichterin in den Nationalsozialismus wurde per Ratsbeschluss im Jahre 2014 festgelegt, dass das Denkmal vom bisherigen Standort, dem Kurpark, zu entfernen sei. Ein Bürgerbegehren dagegen war erfolgreich und mündete in einen Bürgerentscheid. Dabei sprachen sich über 77 Prozent der Teilnehmer für einen Verbleib des Denkmals im Kurpark aus. Allerdings erreichte man die nötige Mindestteilnehmerzahl nicht. So musste das Denkmal doch aus dem Kurpark weichen.

Die Wiedereinweihung des Denkmals erfolgte im Rahmen der Gedenkveranstaltungen anlässlich des 51. Todestages der Dichterin.

TERMINE DER LO

2016

11. bis 13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt.

9. bis 10. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg.

18. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.

21. bis 23. Oktober: 8. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit" in Berlin (geschlossener Teilnehmerkreis).

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 14. November, 20.15 Uhr, Arte: Nachbarschaftsgeschichten. Paris/Berlin – Historie zweier Metropolen, F 2015

SONNTAG, 15. November, 20.15 Uhr, NDR: Landpartie. Wangerooge – Vom Festland auf die ostfriesischen Inseln.

SONNTAG, 15. November, 23.30 Uhr, ZDF: ZDF-History. Der Kampf um Hitlers Vermächtnis. Steht „Mein Kampf" ab Januar im Buchhandel?

MONTAG, 16. November, 20.15 Uhr, 3SAT: Alfred Brehm – Die Gefühle der Tiere. Porträt des berühmten Zoologen. D 2013

DIENSTAG, 17. November, 22 Uhr, WDR: Mietrebellen. Widerstand gegen den Mietwucher unter dem Ökodeckmäntelchen. Reportage

MITTWOCH, 18. November, 20.15 Uhr, Das Erste: Luis Trenker – der schmale Grat der Wahrheit. TV-Satire, D 2015

FREITAG, 20. November, 20.05 Uhr, N24: Berge versetzen. Technische Meisterleistungen der Antike. USA 2014

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Nach 57 Jahren

Die letzte Adventsfreizeit im Ostheim

Nun heißt es Abschied nehmen. Die endgültig letzte Seniorenfreizeit im Ostheim in Bad Pyrmont, die Abschieds-Adventsfreizeit vom 7. bis 14. Dezember, wirft ihre Schatten voraus. In adventlicher Stimmung wird sich die Belegschaft des Ostheims von ihren jahrzehntelang treuen Freizeitgästen in gewohnt umsorgender Weise verabschieden. Nach über 57 Jahren wird ab 1. Januar 2016 auch dieses „Stück Ostpreußen", wie die Gäste des Hauses oft zu sagen pflegten, fehlen.

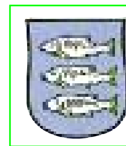
Gemeinsam wollen wir in der Adventsfreizeit ein Stück auf die Weihnachtszeit zugehen. Die Angebote reichen vom morgendlichen Singen, der Seniorengymnastik, Dia- und Videoabenden, Lesungen aus Werken ostpreußischer Dichter, Spaziergängen, Museumsbesuchen, bis zur heimatlichen Speisekarte am Mittag und Abend. Bei den täglichen Kurkonzerten finden Sie angenehme Entspannung und Unterhaltung. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in verschiedenen Saunen schwitzen oder das Wasser in unterschiedlichen Formen auf den Körper wirken lassen. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés, Kulturangeboten und dem Weihnachtsmarkt zum Bummeln und genießen ein. So gastiert am 10. Dezember 2015 der Don-Kosaken Chor im Konzerthaus und vom 11. bis 13. Dezember findet wieder das Zar-Peter-Weihnachtswochenende, mit einem großen Festumzug vieler gekrönter Häupter der damaligen Zeit, statt. Am letzten Abend stimmen wir uns mit einem „Adventsabend" auf das kommende Weihnachtsfest ein und werden Abschied nehmen.

Für diese siebentägige Adventsfreizeit stehen noch Einzelzimmer zum Preis von 345 Euro und Doppelzimmer zum Preis von 300 Euro pro Person zur Verfügung. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension und die Gästebetreuung. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben. Anfragen und Anmeldungen, diese bitte nur schriftlich, richten Sie an:

Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon: (05281) 9361-0, Fax: (05281) 936111, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



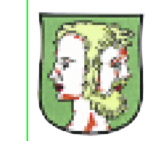
LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Märchenerzählerin im Heimatmuseum

Sonnabend, 21. November, Lötzener Heimatmuseum in der Patenstadt Neumünster, Sudetenlandstraße 18 H (Böcklersiedlung), ab 10 Uhr: Letztmalige Gelegenheit, die Sonderausstellung „Liselotte Plangger-Popp. Eine Grafikerin aus Ostpreußen" zu besuchen. Um 15.30 Uhr beginnt die Veranstaltung mit der Märchenerzählerin Angelika Rischer aus Hamburg. Sie hat in diesem Jahr ihr Programm mit Märchen aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien unter den Titel gestellt: „Prinz Katt, Hans von der Wall und andere Helden gegen den Rest der Welt". – Der Eintritt zu diesem besonderen und auch vergnüglichen Nachmittag ist – wie immer – frei.

Bei Fragen, Hinweisen und Anliegen: Kreisgemeinschaft Lötzen, Geschäftsstelle, zu Händen Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Denkmalschutz

Der Friedhof in Mostolten wurde auf Antrag des Kreisältesten Gerd Bandilla unter Denkmalschutz gestellt. (Die PAZ berichtete darüber.) Das war der Anlass, in der Nähe des Friedhofes einen Hinweisstein, den die Kreisgemeinschaft Lyck finanziert hatte, aufzustellen. Die Enthüllung dieses Steines erfolgte am 5. Oktober im Beisein der Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee, des Bürgermeisters von Lyck-Land, Tomasz Osewski, des Pfarrers von Baitenberg, Adam Losiewski, und etlicher polnischer und deutscher Gäste. Nach der Begrüßung durch Gerd Bandilla sprach der Pfarrer ein geistliches Wort. Er sagte: „Jede Stelle, an der Tote ruhen, ist der Achtung wert. Es ist sehr wichtig, auch immer derer zu gedenken, die vor uns hier lebten, die an jedem Tag ihre Aufgaben machten, Familien gründeten. Ich bitte um ein Gebet für alle, die von der Welt gingen und auf diesem uralten Friedhof ihre Ruhe fanden."

Die Ansprache des Pfarrers endete mit dem Psalm 23 und dem Vaterunser. Das Schlusswort sprach der Bürgermeister. Er sagte unter anderem; „Es ist großartig, dass wir nicht nur auf der allerhöchsten Ebene, sondern auch auf der örtlichen in Freundschaft leben." Nach der Enthüllung des Steines und einem kurzen Rundgang über den Friedhof lud die Kreisgemeinschaft Lyck zu einem kleinen Imbiss auf den Hof der Familie Lewinski, der bis 1945 den Eltern von Gerd Bandilla gehörte. Familie Lewinski pflegt den Friedhof in vorbildlicher Weise.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Schulwandkarte und DVDs

Unsere Kreisgemeinschaft hat eine Schulwandkarte in den Maßen von 170 Zentimeter Höhe und 190 Zentimeter Breite erwerben können. Sie wurde 1931 zum 550-jährigen Bestehen Neidenburgs von Schulrat Paul Rathke bearbeitet. Hochinteressant sind zum Beispiel die Angaben über Höhenschichten, Laubwald, Nadelwald, Moor und vorzeitliche Funde.

Auf dieser Karte gibt es ein Bild „Neidenburg im Mittelalter" nach einem Entwurf von Professor O. Kloeppel, Langfuhr. Für den Umriss der Stadt wurde eine Zeichnung des Holländers D. Kemp aus dem Jahre 1602 benutzt. Ein zweites Bild zeigt Neidenburgs Wiederaufbau nach dem Weltkrieg mit Hilfe einer Flieger-Aufnahme der Leipziger Junkers Luftbild-Zentrale von 1931 zum 550jährigen Bestehen der Stadt.

In verkleinerten Abmessungen haben wir nun Kopien anfertigen lassen. So können wir nun zwei verschiedene Exemplare anbieten. Eine Auflage in UV-Druck auf PVC-Plane 95 Zentimeter hoch und 111 Zentimeter breit zum Selbstkostenpreis von 33 Euro ab Heimatstube Bochum oder aber

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17



Lyck: Nun zeigt ein markanter Hinweisstein an, dass der Friedhof in Mostolten unter Denkmalschutz steht Bild: privat

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

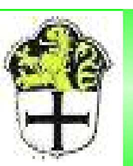
per Postversand inklusive Porto und Verpackung zum Preis von 43 Euro.

Als einfachere Alternative bieten wir diese Farbkarte in DIN-A4-Format faltbar und den Maßen 90 Zentimeter Höhe und 105 Zentimeter Breite zum Preis von 22 Euro frei Haus an.

Des Weiteren können noch DVDs aller Heimatbriefe ab 1947, von Kreisbüchern und Bildbänden angeboten werden. Einzelne DVD zu 15, alle drei für zusammen 40 Euro einschließlich Versandkosten.

Bestellungen bitte über Telefon oder Fax an den Kreisvertreter. Sie erhalten dann umgehend das Gewünschte zugeschickt.

Jürgen Szepanek



PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, Telefon (04231) 15589, Bürozeiten: dienstags von 13 bis 15 Uhr, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de.

Ehrenamtliche Helfer gesucht

Wer möchte bei der Archivierung helfen? Die Kreisgemeinschaft sucht dringend einen ehrenamtlichen Helfer für die Einarbeitung der Schriftstücke und anderen Archivalien, die in den letzten Jahren zum bisherigen Bestand des Kreisarchivs hinzugekommen sind. Das Archiv ist im Rahmen eines Computerprogramms in digitalisierter Form erstellt. Die Arbeit erfordert einen PC mit dem Betriebssystem von (mindestens) Windows 7. Der ideale Arbeitsplatz befindet sich in unserem Dienstzimmer in der Landkreisverwaltung Verden, wo ein solches Gerät steht. Die Tätigkeit ist jedoch auch an jedem anderen Ort mit entsprechender Ausrüstung denkbar. Für die notwendige Anleitung wird gesorgt. Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.

Die Tätigkeit ist – nach Einarbeitung – technisch einfach und bietet andererseits interessante Einblicke in die Geschichte und Landeskunde Ostpreußens. Interessenten-Meldungen oder Rückfragen bitte an Christine Bilke-Krause, Telefon (0172) 62 66 398, E-Mail: C.bilke-krause@gmx.net.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Sonnabend, 21. November, Busfahrt zum Herbstmarkt im Deutschordensschloss in Ellingen. Uta Lüttich ist für die Landsmannschaft Ostpreußen mit einem großen Handarbeitsstand in Ellingen vertreten. Alle Landsleute sind herzlich eingeladen an dem Tagesausflug teilzunehmen. –

Mittwoch 25. November, 18 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Schloßstraße 92: Jürgen W. Schmidt, der Erste Vorsitzende des Preußeninstituts aus Remscheid, spricht über „Bismarck und die Frauen".

Anlässlich seines 200. Geburtstages wird im Vortrag auf Otto von Bismarcks Verhältnis zu den drei wichtigsten Frauen in seinem Leben – Mutter, Ehefrau und Geliebte – sowie auf die bürgerlichen Vorfahren Bismarcks mütterlicherseits eingegangen. Es wird sich zeigen, dass Bismarck zwar kein unkomplizierter, doch stets ein preußischer, dass heißt ein korrekter und ehrenhafter Mann war. Sein Verhältnis zur Mutter war leider aus mancherlei Gründen, ähnlich wie bei Kaiser Wilhelm II. oder Kurt Tucholsky, seit frühester Jugend ziemlich gestört. Dafür war er ein treusorgender Gatte und ein seine Frau aufrichtig liebender Ehemann. Die sogenannte „Geliebte" war insofern auch gar keine richtige Geliebte, aber immerhin ein Geheimnis in seinem Leben, welches erst Jahrzehnte nach seinem Tod durch Indiskretion herauskam.

Es erwartet Sie ein interessanter Vortrag mit anschließender Diskussion, zu dem Sie, Ihre Freunde und Bekannten herzlich eingeladen sind. Der Eintritt ist frei.

Frauengruppe – Mittwoch 2. Dezember 14.30 Uhr, Kleiner Saal, Haus der Heimat, : Adventsfeier mit Liedern, Gedichten und Geschichten zur Weihnachtszeit und dem beliebten Grabbelsack. Die Mitglieder der Kreisgruppe und Gäste sind herzlich eingeladen.

Lahr – Die Ost- und Westpreußische Landsmannschaft feierte ihren traditionellen Erntedankabend. Das passende Thema zum Kartoffelsuppeessen hieß „Die Kartoffel in Ostpreußen". Dazu Gedichte und Geschichten.

Ernte gab es auch bei der Frauengruppe in der Landsmannschaft. 1965 wurde die Frauengruppe von Irma Barraud gegründet und bis heute geleitet. Die Frauengruppe hat sich durch all die Jahre gehalten, denn es kamen immer wieder neue Frauen dazu, auch Frauen aus dem badischen Raum. Die Frauengruppe hat viele Jahre zu den Veranstaltungen der Gruppe mit heimatlichem Programm beigetragen. Angela Karl bedankte sich bei Irma Barraud für das Engagement 5o Jahre Ost- und Westpreußische Frauengruppe in Lahr.

Zum Abschluss wurde jeder Besucher mit einem Stück von dem großen Erntebrot beschenkt..

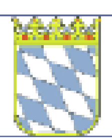
Ludwigsburg – Mittwoch, 25. November, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Stammtisch.

Reutlingen – Sonnabend, 14. November, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6a: Die Landsmannschaft Ost-und Westpreußen Reutlingen feiert ihr 65. Jubiläum. Der Vorstand lädt herzlich zu Kaffee und Kuchen ein. Der Kuchen wird von den Frauen der Frauengruppenmitglieder nach Hausfrauenart hergestellt. Musikalische Untermalung liefert die Professoren Band der University Reutlingen. Die Vorsitzende der Ostpreußen Baden-Württembergs Uta Lüttich hält die Festansprache. Weitere Ehrengäste haben ihr Kommen zugesagt, werden auch Grußworte sprechen. Weitere Unterhaltung steht auf dem Programm. Wenige Jahre nach dem Krieg wurde die Landsmannschaft von mehreren ost- und westpreußischen Landsleuten gegründet. Wenn das kein Grund zum Feiern und Danke sagen ist. Mit einem gemeinsamen Abendbüffet werden wir die Feier ausklingen lassen. Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen.

Ilse Hunger

Ulm/Neu Ulm – Sonntag, 15. November, 10.30 Uhr, Donauschwabenufer, Stadtmauer unter dem Saumarkt: Gedenkstunde mit Kranzniederlegung zum Volkstrauertag.

Weinheim/Bergstraße – Am Mittwoch, 7. Oktober, traf sich die Frauengruppe um 14.30 Uhr im Café Wolf. Das Thema an diesem Nachmittag waren Gedanken zum Frieden: „Zu allem sind Menschen fähig, warum nicht auch zum ewigen Frieden". Weiter gab es einen Bericht über die Landesdelegierten-Kulturtagung im September in Stuttgart, sowie einen Beitrag über den Tag der Heimat am 20. September in Heidelberg. Dort mit einem Vortrag von Waltraud Abraham zum Thema „70 Jahre Flucht und Vertreibung" sowie über die Kriegskinder und die Wolfskinder aus dem nördlichen Ostpreußen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 20. November, 19 Uhr, Hotel-Gasthof Krone: Heimatliches Essen. Anschließend: Ein Vortrag von Jürgen Danowski zum Thema „Das sympathische Volk der Prußen".

Ansbach – Sonnabend, 14. November, 14.30 Uhr, Orangerie: Gedenken zum Volkstrauertag. Anschließend gemütliches Beisammensein.

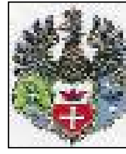
Bamberg – Mittwoch, 18. November, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Monatstreffen mit dem Vortrag: „Die Rolle der Deutschen in den baltischen Staaten".

Landshut – Dienstag, 17, November, 14 Uhr, Hotel-Gasthof Zur Insel: Zusammenkunft. – Mittwoch, 2. Dezember: Fahrt zum Weihnachtsmarkt nach Regensburg.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr.



Königsberg – Freitag, 20. November, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Georg-Stuben-Straße 10, 10709 Berlin-Hallensee: Eisbeinessen. Anfragen: Elfi Fortange Telefon 4944404.



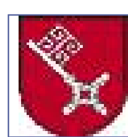


Heilsberg, Rößel – Sonnabend, 28, November, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte Maria Rimkus Haus,

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Nikolausfeier. Anfragen Heilsberg: Erika Hackbarth, Telefon (033762) 40137. Rößel: Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertretende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

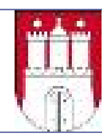
Bremen – Sonnabend, 28. November, 15 Uhr, Atlantic-Hotel beim Bremer Flughafen: West- und Ostpreußische Adventsfeier. Die Adventsandacht hält Helmut Lask, Diakon der Martinsgemeinde Lilienthal. Die Gestaltung der musikalischen Umrahmung erfolgt durch das Ehepaar Bielski. Harmonisch und besinnlich möchten die Feiernden zusammen kommen, um gemeinsam Lieder zu singen und sich an weihnachtlichen und heimatlichen Geschichten zu erfreuen. Die Kosten der Kaffeetafel betragen wie im Vorjahr 10 Euro pro Person. Eine Anmeldung in der Geschäftsstelle, Telefon (0421) 3469718, ist unbedingt erforderlich und wird ab sofort erbeten.

– Tagesfahrt –

Am Mittwoch, 9. Dezember 2015 findet unsere Tagesfahrt zum neu eröffneten Westpreußischen Landesmuseum in Warendorf statt. Hier das Programm: Abfahrt in Bremen – ZOB (vor dem Cinemaxx) um 8 Uhr, Ankunft in Warendorf ca. 10.45 Uhr. Von 11 Uhr bis 12.30 Uhr Führung durch das Westpreußische Landesmuseum. Um 12.30 Uhr Spaziergang zum Mittagessen (circa 500 Meter), kein Bustransfer möglich. Von 13 bis 14.30 Uhr Mittagessen (Büfett). Danach bis 16 Uhr: Zeit zur freien Verfügung im Warendorfer Weihnachtswäldchen. Um 16 Uhr Rückfahrt nach Bremen. Ankunft gegen 19 Uhr.

Der Preis pro Person beträgt 42 Euro (ermäßigter Preis für Mitglieder: 22 Euro). Leistungen: Fahrt, Eintritt und Führung im Museum, Mittagsbüfett.

Anmeldungen direkt bei JWD-Busreisen (Frau Venderbosch, Telefon 0421/4854633). Heinrich Lohmann

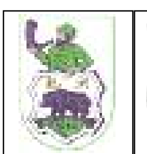


HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landesgruppe – Sonnabend, 14. November, 10 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg: Christkindlmarkt des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg. Anreise: S1-, S2-, S3-Stadthausbrücke, U3-Rödingsmarkt, Buslinie 37 bis Haltestelle Michaeliskirche

HEIMATKREISE

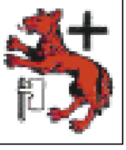




Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und zu einem kulturellen Programm um 12 Uhr im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125, 22459 Hamburg. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

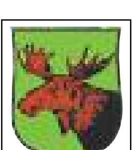


Osterode – Sonnabend, 28. November, 14 Uhr, Magnolienzimmer, Restaurant Riebling, Fuhlsbüttler Straße 755: Weihnachtsfeier mit gemeinsamer Kaffeetafel. Weihnachtslieder und Erzählungen bilden den weihnachtlichen Rahmen. Das Restaurant liegt am S/U-Bahnhof Ohlsdorf, Ausgang Fuhlsbüttler Straße. – Freitag, 27. November, 15 Uhr, Harders Kamp 1: Lesung aus dem „Redlichen Ostpreußen“.

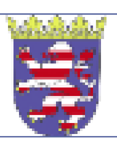


Heiligenbeil – Sonnabend, 28. November, 14 Uhr, AWO-Seniorentreff, Bauerbergweg 7: Weihnachtsfeier, Mit Gedichten, Liedern, Geschichten und Bildern „aus dem Schatzkästchen der Kreisgruppe Heiligenbeil“ wollen sich die Teilnehmer auf die Adventszeit und das Weihnachtsfest einstimmen. Mitglieder und Freunde der Gruppe sind herzlich eingeladen, ebenso alle Heiligenbeiler, die um Hamburg herum wohnen.

Ab den U-Bahnstationen Billstedt, Wandsbek-Markt und Hammer-Kirche ist der Seniorentreff mit der Buslinie 116 zu erreichen. An der Haltestelle Bauerberg sind es dann noch zwei Minuten Fußweg. Anmeldung bei Landsmann Konrad Wien, Telefon (040) 32049041, bis Freitag, 27. November. Der Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen beträgt 5 Euro.



Elchniederung – Dienstag, 1. Dezember, 14 Uhr, Haus Lackemann, Litzowstieg 8, Hamburg-Wandsbek: Nachmittagstreffen mit Erinnerungen an die Adventszeit in unserer Heimat sowie zum Schabbern und Singen miteinander. Bitte ein Julklapp-Päckchen mitbringen, damit unser fröhlicher Weihnachtsmann nicht arbeitslos wird. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Helga Bergner, Telefon (040) 5226122



HESSEN

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612.

Landesgruppe – Am 28. Oktober 2015 überreichte die Landesfrauenleiterin der Ost- und Westpreußen in Hessen, Karla Weyland, das Silberne Treuezeichen an Karin Mößer. Sie setzt sich seit vielen Jahren für den Erhalt alter ostpreußischer Handarbeit ein und arbeitet mit großem, immer freudigen Einsatz für unsere Frauengruppe. Die Landesfrauenleiterin ist für diese geleistete Arbeit sehr dankbar, denn sie bringt mit ihrer fröhlichen Art die Frauen immer wieder dazu, Neues zu wagen.

Karin Mößer, geborene Schupp, ist 1936 in Angerapp geboren worden und wie Millionen Ostdeutscher aus der Heimat vertrieben worden. Nach vielen Stationen der Flucht lebt sie nun mit ihrem Mann im hessischen Friedberg. Karin Mößer hat zwei Töchter und zwei Enkelkinder.

Freude an der Handarbeit hat sie schon von der Großmutter in die Wiege gelegt bekommen. Später hat sie ihr Können und Wissen bei den Werkwochen der Landsmannschaft erweitert. Diese Werkwochen sind ihr eine große Freude, denn immer wieder gibt es dort Neues zu erlernen. Jostenbänder weben, ostpreußisches Doppelstricken, Schiffchenarbeiten und vieles mehr sind ihre Hobbys.

Die Landesfrauenleiterin ist Karin Mößer dankbar für ihren Einsatz und erhofft auch auf diesem Weg noch für viele Jahre eine weitere gute Zusammenarbeit. Karin Mößer wünscht sie eine gute Gesundheit und Gottes Segen. Karla Weyland, Landesfrauenleiter

Darmstadt/Dieburg – Nach einem gelungenen Erntedankfest am 17. Oktober 2015 laden wir zu unserem Treffen am 14. November recht herzlich ein. Wir treffen uns wie gewohnt um 15 Uhr im Luise-Büchner-Haus in Darmstadt-Kranichstein. Bei Kaffee, Kuchen und „Plachandern“ wollen wir den Nachmittag verbringen. Außerdem zeigen wir an diesem Nachmittag den Zeitzeugen-Film über Ruth Geede „Aus dem leben einer Ostpreußin“. Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme an dieser Veranstaltung und wünschen allen Kranken eine gute Genesung. *Christian Keller*

Frankfurt am Main – Am 27. Oktober stand für die Kreisgruppe ein Herbstausflug nach Erbach im Odenwald auf dem Programm. Mit der Fahrt durch die bunte Oktoberlandschaft gelangten die Landsleute in die schöne, alte Residenzstadt. Die im 18. Jahrhundert eigenständige Grafschaft präsentierte einen stattlichen Schlosskomplex mit Nebengebäuden, Orangerie, Lustgarten sowie anheimelnde Gässchen zwischen Fachwerkbauten in herbstlichem Bunt. Im Schloss gab es eine beachtliche mittelalterliche und Antiken-Sammlung, sowie eine Vielzahl ungewöhnlicher natur- und jagdkundlicher Gegenstände zu bewundern. Graf Franz I., der 1775 die Regierung seiner damals noch eigenständigen Grafschaft übernahm, legte diese bedeutsame Sammlung mit teilweise einmaligen Objekten an. Im Erbacher Brauhaus und der Orangerie wurde eingekehrt, und reger Gedankenaustausch machte die Runde.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19



Hessen: Karin Mößer erhielt das Silberne Ehrenzeichen Bild: privat

»Wir waren junge Soldaten«

Dunkle Gestalten mit erhellenden Worten – Gedanken zum Volkstrauertag

„Warum er und nicht ich“ – diese Frage bewegt oft ehemalige Soldaten, wenn sie im Alter und im Ruhestand Zeit haben, über ihr Kriegserleben nachzudenken. Auch Döring-Ernst von Gottberg, Jahrgang 1927, geht es so. Bei ihm ist es die Erinnerung an seinen Kameraden und Freund Harry L., der bei Kampfhandlungen am 27. April 1945 an seiner Seite tödlich getroffen wurde. „Ein junges Leben von kaum 18 Jahren fand den Soldatentod, ein Leben, das eigentlich noch gar nicht richtig begonnen hatte“, erzählt er. In Gedenken an Harry L. und ungezählte andere junge Leben, die der Krieg forderte, hat Döring-Ernst von Gottberg diesen eindringlichen Text verfasst.



„Die Jugend leben, die Liebe eines Mädchens, ein Häuschen mit fröhlichen Kindern …“ Bild: Colourbox

Es war an einem sehr frühen Sonntagmorgen im November, irgendwo im Brandenburgischen. Eine Fahrradgruppe näherte sich auf der Friedhofsallee bei noch tiefer Dunkelheit. Es war nicht ungewöhnlich, dass Fußgänger und Radfahrer die Abkürzung über den Friedhof nahmen. Die Lichter der Fahrräder tanzten über der holprigen Straße. Die Radfahrer hätten ihre Lichter eigentlich nicht benötigt, sie kannten den Weg. Aber heute war etwas anders: Als sie den kleinen Platz überqueren wollten, auf dem der Kriegsopfer gedacht wurde, standen da unvermutet einige dunkle Gestalten. Man stieg ab von den Rädern und fragte die dunklen Gestalten: „Wer seid Ihr? Was macht Ihr um diese Zeit auf dem Friedhof?“ Die Antwort kam kurz: „Heute ist Sonntag und ein Gedenktag für die Toten! Und Ihr?“ „Wir wollen zum Training in die Turnhalle der Luisenschule“ antwortete die Gruppe der etwa 17- bis 20-jährigen jungen Radfahrer. Dass heute Volkstrauertag ist, war ihnen sicherlich entgangen, aber dafür kannten sie alle Sportevents und Veranstaltungen in der Nachbarschaft. „Warum verhüllt ihr eure Gesichter?“, wollten sie wissen.

Einer aus der Gruppe der dunklen Gestalten antwortete: „Wir waren junge Soldaten, etwa in eurem Alter, und sind vor 70 Jahren verstorben und hier beigesetzt. In einer langen Kolonne kamen wir aus dem Osten, – Vertriebene, Flüchtlinge mit Kinderwagen, Lazaretttransporte und Soldaten über Soldaten. Das feindliche Jagdflugzeug haben wir nicht bemerkt, nur plötzlich das Rattern der Maschinengewehre, das haben wir zu spät gehört. Man wickelte unsere Körper in Zeltbahnen, legte uns in den Straßengraben, ein Stahlhelm drauf… und weiter zog die Kolonne in Richtung Westen. Dorfbewohner haben uns gefunden und hier auf ihrem Friedhof beigesetzt, gegenüber der Grabstätte mit dem großen Granitstein und der Aufschrift ‚Für Kaiser und Reich‘. Wir bekamen auch einen Stein „Für Führer, Volk und Vaterland“. Das ist fast das gleiche!“

Junge von heute verstehen das nicht



„Warum nicht ich?“: Autor Döring-Ernst von Gottberg im Alter von 17 Jahren und zu Beginn seiner Grundausbildung beim Panzer-Grenadier-Regiment 1 Bild: privat

Das konnten die jungen Menschen von heute nicht verstehen. „Aber warum habt Ihr Euch als Soldaten gemeldet oder seid nicht einfach weggelaufen?“, wollten sie wissen.

„Ihr kennt nicht die Wehrpflicht eines Staates. Und weglaufen? Als Soldat hat man vielleicht eine 50-Prozent-Chance, einen Krieg zu überleben, als Deserteur hat man kaum eine Chance. Außerdem wollten wir damals für Freiheit und Frieden in der Welt eintreten, nach dem Beispiel der Jugend bei den Olympischen Spielen 1936 in Berlin – etwa so wie ihr heute lebt.- Wir wollten Gemeinschaft, keinen Kapitalismus, keinen Kommunismus.“

„Und warum musstet ihr da halb Europa mit einem Krieg überziehen?“

„Der Krieg wurde uns am 3. September 1939 erklärt, und halb Europa … Französische, Belgische, Holländische, Spanische Freiwilligenverbände, Soldaten aus den skandinavischen Ländern, Finnland, Estland, aus Ungarn, Rumänien, dem Balkan, ja sogar auch aus Russland kämpften zusammen mit uns gegen den Bolschewismus. Die Übermacht hat den Krieg schließlich entschieden und alle Hoffnungen unserer Jugend auf ein geeintes, besseres Europa zunichte gemacht.“

Es war still geworden, und dunkel standen die Bäume.

„Krieg“.

Die Stimme wurde leiser und schneller, als fürchtete sie, nicht mehr genug Zeit zu haben, um dies zu sagen: „Krieg? Auch wir wollten nur unsere Jugend leben, die Liebe eines Mädchens erfahren, ein Mädchen, das ganz für uns da ist und vielleicht einmal die Mutter unserer Kinder. Wir wollten für den Frieden arbeiten und sparen für einen Volkswagen und ein kleines Häuschen mit fröhlichen Kindern …“ Da war die Stimme schon ganz schwach: „und nichts haben wir bekommen! Nein, gar nichts haben wir bekommen…“ Da versiegte die Stimme.

Die jungen Radfahrer hätten gern das Gespräch weitergeführt, aber sie bemerkten, dass die Umrisse der dunklen Gestalten immer schwächer wurden. Das erste Morgenlicht drang durch die dichten Zweige der Bäume. Trauer lag in der Stimmung.

Schweigend stieg man auf die Fahrräder und setzte den Weg fort. War alles nur ein Traum gewesen? Das ganze Leben nur ein Traum, ein einziger kurzer Gedanke?

Gott schütze alle einsamen und von uns verlassenen Soldatengräber in aller Welt! „Friede sei mit euch!“ (Lukas 24,36)

Die Grabstätte von Harry L. befindet sich auf dem Kriegsgräberfriedhof Hofkirchen/Donau und wird von der Deutschen Kriegsgräberfürsorge e.V. betreut.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

Als besonderen Gast konnte die Vorsitzende, Gerlinde Groß, Oberstudienrat Helmut Seidel vorstellen. Er ist ein sudetendeutscher Schicksalsgefährte, den die Vertreibung in Erbach sesshaft werden ließ. Seidel berichtete vom Werdegang und der Integration seiner Landsleute im Odenwald und hatte eine Besonderheit parat: Die Kirche der Erbacher katholischen Pfarrgemeinde St. Sophia, deren bleiverglaste Fenster die Landstriche der gesamten Vertreibungsgebiete repräsentieren. In „unserem“ Fenster, also das der Ost- und Westpreußen, ist außer dem Ordenskreuz und der Elchschaufel die Marienburg sehr eindrucksvoll dargestellt.

Mit einem Spaziergang durch die abendlichen Gassen Erbachs ging ein schöner Tag zu Ende.

Hanau – Zur Feier des Erntedankfestes hatte der Bund der Vertriebenen in die Sandelmühle in Hanau eingeladen. 70 Mitglieder und Gäste ließen sich an herbstlich geschmückten Tischen Kaffee und Kuchen schmecken. Ein schmucker Blickfang war der festlich geschmückte Erntetisch mit Feldfrüchten, Obst und Weinranken, mittendrin die Erntekrone.

Ost- und Westpreußen, Schlesier und Sudetendeutsche sangen gemeinsam die alten Lieder wie „Land der dunklen Wälder“, „Und in dem Schneegebirge“, „Ännchen von Tharau“ und „Kein schöner Land“. Begleitet wurden sie von der Stadtkapelle Hanau. Dazwischen wurden Gedichte vorgetragen. Lieselotte Schneider las „Das täglich Brot“ von Hildegard Rauschenbach, Rotraut Schmidt „Erntedank“ von Anneliese Scherf. Ursula Wolf brachte eine schlesische Geschichte vor. Lothar Streck erzählte etwas aus dem Egerland. Die Festrede hielt Stadtrat Ott, wobei er an Flucht und Vertreibung erinnerte. Die Moderation machte Peter Jurenda. Die Vorsitzende Edeltrud Bartels bedankte sich bei allen Vortragenden und Helfern für den fröhlichen gelungenen Nachmittag.

Rotraut Schmidt



Schmucker Blickfang: Der Erntetisch in Hanau — Bild: privat

Kassel – Donnerstag, 5. November, 14.30 Uhr, AWO-Heim Am Wehrturm 3: Märchenfrau Erika Knauf stellt Dorothea Viehmann vor und liest Märchen der Brüder Grimm.

Wiesbaden – Sonnabend, 14. November, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Vortrag zum Thema „Deutsche in der Slowakei“. Aus dem Inhalt: Seit mehr als 800 Jahren leben deutsche Siedler auf dem Gebiet der heutigen Slowakei. Dieter Schetat berichtet mit Bildern über die Hauptsiedlungsgebiete Preßburg und Umgebung, die deutschen Sprachinseln in der Zips sowie das Hauerland. Außerdem sehen Sie Bilder von der Hohen Tatra. Bringen Sie bitte auch Gäste zu der Veranstaltung mit. – Sonntag, 15. November: Volkstrauertag. Den Beginn der Südfriedhof-Gedenkstunde bitte der Presse entnehmen. Für die angeschlossenen Landsmannschaften legt der Bund der Vertriebenen (BdV), Kreisverband Wiesbaden, einen Kranz nieder. Donnerstag, 26. November, 18 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Festliches Wildessen. Serviert werden verschiedene Wildgerichte mit Klößen und Rotkohl sowie einer Wildsuppe. Für den musikalischen Rahmen sorgt die „Es-Horn-Gruppe der Jagdhornbläser“.

Wer an diesem besonderen Stammtisch teilnehmen möchte, meldet sich bitte wegen der Platz- und Essendisposition bis spätestens 20. November bei Irmgard Steffen (0611) 844938 an. Teilnahme bitte nur nach Anmeldung. ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.



NIEDERSACHSEN

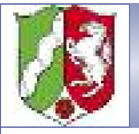
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Holzminden – Der Oktober war von der Vorsitzenden Renate Bohn gut geplant. Die Gruppe besuchte das Küchenmuseum in Hannover und war fasziniert beim Rundgang durch das Bielefelder Dr.-Oetker-Werk. Zum Mittagessen führte die Vorsitzende die Gruppe in eine zum Restaurant umgewandelte Kirche, – welch positive Überraschung.

Obwohl die Holzmindener Gruppe altersbedingt immer geringer wird, ist sie dennoch recht aktiv. Das zeigte sich auch beim traditionellen Königsberger Klopse-Essen am Novemberbeginn. Hier gesellten sich auch gerne Gäste dazu. Gut besucht wurde der Vortrag einer Apothekerin über die Schüssler Salze. Für den ersten Advent hat die Vorsitzende einen Film über die ostpreußische Weihnacht angekündigt. Es wird auch wieder ein kleiner Bücherbasar angeboten und selbstgebastelte Prescetta-Sterne und Schutzengel aus Gesangbuchseiten. Am dritten Advent wird Pastor im Ruhestand Günther Grigoleit um 15 Uhr im „Felsenkeller“ die vorweihnachtliche Feier mit einer Andacht einleiten. Anschließend folgt ein heiterer Nachmittag mit selbstgebackenen Keksen, Liedern, Gedichten und einem kleinen Schattentheater, das den Weg zur Weihnacht weisen soll.

Renate Bohn

Osnabrück – Dienstag, 17. November, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Freitag, 20. November, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43; Treffen der Frauengruppe. – Donnerstag, 26. November, 14 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis. – Sonntag, 29. November, 15 Uhr, Parkhotel Osnabrück: Adventsfeier. Anmeldung: Donnerstag, 19. November bei Else Tober, Telefon 1393614 oder Barbara Kleine, Telefon 74282



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Sonntag, 15. November, 15 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg: Kulturveranstaltung zum Thema „Das Königsberger Gebiet zwischen Russland und Europa“. Die Referentin Janne Neumann über ihren Vortrag: „Die Wiederbelebung der Städte, der Infrastruktur und des – soweit noch vorhanden – preußischen Kulturerbes im Königsberger Gebiet kommt nur langsam voran. Anhand von ausgewählten Beispielen etwa des Schlosses, der Altstadt, der Renovierung der Kirchen von Arnau und Mühlhausen und des Erhaltes der Ostseebäder entlang der Samlandküste gebe ich einen Überblick über die Entwicklung.“

– Aufruf –

Die Vorsitzende Gisela Noll sucht Mitstreiter. Sie schreibt: „Liebe Landsleute, wir sind dringend auf eure Hilfe angewiesen. Leider konnten wir bei der letzten Jahreshauptversammlung keinen Vorstand wählen, da sich niemand zur Verfügung stellte. Unsere Gruppe ruht nun mehr oder weniger, lediglich die Treffen der Frauengruppe und die des Stammtisches finden regelmäßig statt. Damit unsere Gruppe wieder aktiv werden kann, brauchen wir Sie! Bitte melden Sie sich bei mir (Telefon 0228/235258), wenn sie an der Vorstandsarbeit interessiert sind.

Bielefeld – Donnerstag, 19. November, Kreisvereinigung: Ostpreußischer Literaturkreis. – Sonntag, 29. November, 15 Uhr, Wohnstift Salzburg, Memeler-Straße 35, 33605 Bielefeld: Adventsfeier.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorff-Saal, Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft „Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland“ unter Leitung von Radostina Hristova. – Dienstag, 17. November, 19.30 Uhr, Maxhaus, Schulstraße 11: Podiumsdiskussion zum Thema „Außenpolitik und Versöhnung – 50. Jahrestag des Briefwechsels zwischen polnischen und deutschen Bischöfen“. – Mittwoch, 18. November, 15 Uhr, Eichendorff-Saal: „Lernt polnisch“. – Mittwoch, 18. November, 19 Uhr, Konferenzraum, GHH: Dreizack und Roter Stern – Geschichtspolitik und historisches Gedächtnis der Ukraine“ – Buchpräsentation mit Wolfgang Templin. – Donnerstag, 19. November, 19 Uhr, Eichendorff-Saal, GHH: Filmvorführung „Der erste Tag“. Anschließend Gespräch mit der Regisseurin Sabina Kaluza. – Freitag, 20. November, Ausstellungsraum, GHH: Verleihung des Andreas-Gryphius-Preises an Erich Pawlu. – Montag, 23. November, 19 Uhr, Ausstellungsraum, GHH: Eröffnung der Ausstellung „So wurde ihnen die Flucht zur Heimat. Joseph Roth und Soma Morgenstern – Eine Freundschaft“. Die Ausstellung des „Deutschen Exilarchivs 1944–1945“ wird bis zum 5. Februar zu sehen sein,

Essen – Freitag, 20. November, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Die aktuelle Situation in der Bundesrepublik und bei den Vertriebenen.

Ennepetal – Sonntag, 15. November, 11.30 Uhr. Friedhof in Ennepetal-Voerde: Volkstrauertag. – Donnerstag, 19. November, 16 Uhr, Heimatstube, Ennepetal: Monatsversammlung. – Sonntag, 22. November, 11.30 Uhr, Ostdeutscher Gedenkstein, Mittelstraße, Ennepetal: Gedenktreffen zum Totensonntag. Donnerstag, 3. Dezember, 18 Uhr, Heimatstube: BdV-Vorweihnachtsfeier

Köln – Dienstag, 17. November, um 14:30 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41–43: Monatliche Versammlung, Das Lokal ist mit den Linien der KVB 3 & 4 von der Haltestelle Suevenstraße und den Linien 1 & 7 von Deutzer Freiheit in wenigen Minuten zu erreichen. Wir möchten alle Mitglieder herzlich bitten, an dieser Versammlung teilzunehmen, weil Einzelheiten für die Nikolausfeier im Dezember zur Debatte stehen.

Leverkusen – Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen freut sich über ein bisher gelungenes Jahr mit vielen schönen, interessanten Zusammenkünften für die Landsleute und Gäste. Und es geht weiter: Zum Treffen am 11. Januar hat „St. Martin sein Kommen“ zugesagt wie auch singende Kinder und „der Bettler“. Gäste sind herzlich eingeladen. Am 5. Dezember feiert die LM ihr großes Weihnachtsfest mit einem schönen und interessanten Programm an, dem sich alle Kultur-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Sudoku

4		3	9		6	1		8
	8						4	
		5		4		9		
		7	5		4	6		
8								1
		2	1		3	7		
		8		5		2		
	9						1	
7		1	8		9	4		6

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

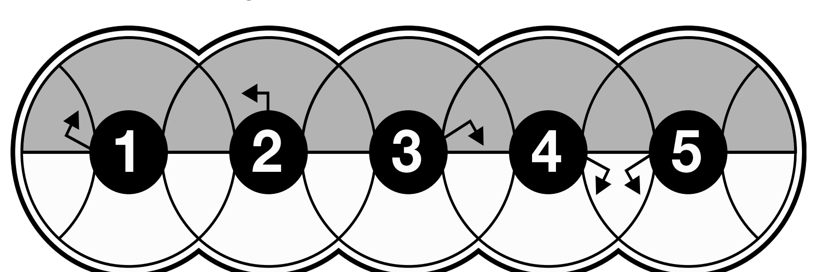
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Pflanzen.

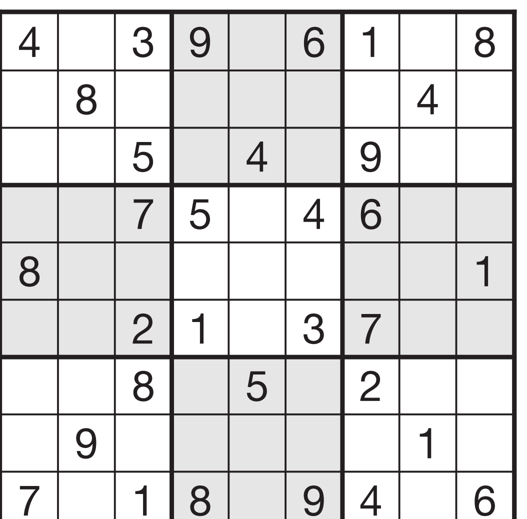
1 getönte Gesichtscreme
2 ital. Maler der Hochrenaissance
3 Gewaltherrscher
4 Bissen
5 campen
6 Erquickung, Erfrischung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für schlangenförmige Wege.

1 Palast des Sultans, **2** Klaue, Tatze, **3** Kraftstoff auffüllen, **4** Edelmetall, **5** vorhaben, beabsichtigen





So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Make-up, 2. Tizian, 3. Despot, 4. Happen, 5. zelten, 6. Labsal – Mispel, Pappel

Kreiskette: 1. Serail, 2. Pranke, 3. tanken, 4. Platin, 5. planen – Serpentinen

Sudoku:

4	2	3	9	7	6	1	5	8
6	8	9	2	1	5	3	4	7
1	7	5	3	4	8	9	6	2
9	1	7	5	8	4	6	2	3
8	3	4	7	6	2	5	9	1
5	6	2	1	9	3	7	8	4
3	4	8	6	5	1	2	7	9
2	9	6	4	3	7	8	1	5
7	5	1	8	2	9	4	3	6

PAZ15_46

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 20

gruppen beteiligen und zwar: der Chor „Heimatmelodie“, die Tanzgruppe „Die flotten Marjellchen und Bowkes“, die Theatergruppe mit einem schönen Krippenspiel und die Solistin des Chores.

Der Weihnachtsmann hat sein Kommen zugesagt mit einem Sack voller Gaben für Kinder und alle Gäste. Beginn ist um 14.30 Uhr mit einer gemeinsamen Kaffeetafel im Saal der Herz-Jesu-Kirche in Leverkusen Wiesdorf, Marktplatz 1 (Aufzug vorhanden). Schon jetzt herzlichen Dank allen Kuchenspendern. Der Vorstand dankt zudem sehr unseren Kulturgruppen, allen Helfern und Freunden, die es ermöglicht haben, dass wir auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken können und in eine ebenso positive Zukunft ausblikken können.

Vergessen sind nicht die vielen Freunde und Helfer, die uns leider für immer verlassen mussten. Wir sind dankbar, dass sie bis zur letzten Stunde in unseren Reihen gewesen sind. Allen Landsleuten, Freunden und ihren Familien wünschen wir jetzt schon, dass dieses Jahr froh und glücklich zu Ende geht und alles Gute fürs Neue Jahr, für das wir schon Pläne haben. Wir freuen uns auf Sie.

Anna Pelka

Neuss – Sonntag, 15. November, 11 Uhr, Hauptfriedhof, Rheydter Straße: Teilnahme an der Feierstunde zum Volkstrauertag. – Sonntag, 29. November, 15 Uhr, Marienhaus, Kapitelstraße 36: Adventsfeier mit besinnlichen Liedern, Gedichten und Chorgesang. Es gibt Kaffee, Kuchen und ostpreußische Spezialitäten. Einlass ist ab 14 Uhr.

Wesel – Sonnabend, 14. November, 16 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Kulturabend (27. Preußische Tafelrunde). „Der Traum der Menschheit: Der Flug zum Mond“ heißt der Vortrag des Kulturreferenten Paul Sobotta. Traditionell werden Schnittchen, belegt mit geräucherter Gänsebrust, dazu Tee mit Rum oder Zitrone angeboten. Alle Landsleute und Heimatfreunde sind herzlich dazu eingeladen. Anmeldungen bis zum 31, Oktober bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657.

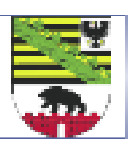
Witten – Montag, 16. November, 14.30 Uhr, Versammlungsraum Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Königsberger-Klopse-Essen.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz/Stadt – Sonnabend, 28. November, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: Adventsfeier. Die Veranstalter bitten um Gaben für die Tombola.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 27. November, 14 Uhr, Begegnungsstätte VS Gardelegen: Beisammensein zur Vorweihnachtszeit.

Magdeburg – Dienstag, 24. November, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 27. November, 15 Uhr, TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singkreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Flensburg – Sonntag, 15. November, 11.30 Uhr Kapelle Am Friedenshügel: Gedenkfeier zusammen mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Anschließend Kranzniederlegungen an den Gräbern und Totenehrung. Alle Ostpreußen und Gäste sind herzlich willkommen. Es wird um zahlreiche Teilnahme gebeten. – Sonntag, 22. November, 15 Uhr, Kapelle Am Friedenshügel: Gedenkfeier der Vereinigten Landsmannschaften Flensburg zum Totensonntag mit Pastorin Silke Wierk. Anschließend Kranzniederlegung auf dem Ehrenhain. – Donnerstag, 26. November, 19 Uhr, Restaurant Borgerforeningen, Holm 17: Veranstaltung der Preußischen Tafelrunde. Nach dem Essen spricht Wilhelm von Boddien zum Thema „Der Wiederaufbau des Berliner Schlosses als Humboldt-Forum“.Anmeldungen bitte bis zum 20. November an Wolfgang Kanstorf, Venusbogen 19, 24943 Flensburg.



Erntedankfest in Winsen an der Luhe: Hans-Dieter Kossack bei seiner Begrüßungsansprache Bild: privat

Mölln – Sonntag, 29. November, 15 Uhr, Quellenhof: Adventsfeier um besinnliche, vorweih-nachtliche Stunden zu erleben. Auch in diesem Jahr gibt es einen Basar, der schon um 14 Uhr eröffnet wird und zum Einkaufen von kleinen Weihnachtsgeschenken, selbstgebackenen Plätzchen, Büchern und sonstigem einlädt. Der Probst Herr Horning wird die Besucher in seiner Ansprache mit Gedanken zu Weihnachten auf dieses Fest einstimmen. Von einzelnen Mitgliedern werden wieder Gedichte und Geschichten vorgelesen. Die musikalische Umrahmung nimmt der Musikpädagoge Günther Marschke vor, der Singenden mit seiner Musikorgel kräftig unterstützen wird. Außerdem sind als Gäste die Küchenfeen aus dem Wendland eingeladen, die mit ihren Liedern auf die Jahreszeit einstimmen werden. Natürlich gibt es auch Kaffee, Kuchen und Zeit zum Plachandern. Zu dieser wunderschönen Veranstaltung sind auch die Landsleute aus Pommern, Schlesien und Danzig sowie alle Freunde und Bekannte recht herzlich eingeladen.

– Bericht –

Zur Mitgliederversammlung am 28. Oktober hat H.-J. Kämpfert aus Stockelsdorf über den Autodidakt und Astronom Friedrich Wilhelm Bessel und sein Wirken an der Königsberger Sternwarte gesprochen. Es war ein sehr interessanter und toll gehaltener Vortrag, der mit viel Applaus gewürdigt wurde.

Neumünster – Am 14. Oktober feierte die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Neumünster, ein ganz besonderes Erntedankfest. Die erste Vorsitzende Brigitte Profé hatte Pastor Peter von der Johannesgemeinde Neumünster-Wittorf eingeladen. Die Tische waren mit den Erntegaben reich geschmückt. Sie wurden nach der Feier nicht wie üblich unter den Teilnehmern verteilt, sondern der „Tafel Neumünster“ übergeben. Zwei ehrenamtliche Helfer der Tafel, die mit uns feierten, nahmen sie entgegen. „Diese kleine Unterstützung lindert etwas die Not, und vielleicht folgen andere Vereine unserem Beispiel“, erklärte die Vorsitzende.

Eingeleitet wurde der Erntedanknachmittag mit „Es war ein Land“, einem Gedicht von Agnes Miegel. Vorgetragen wurde es von Nora Käwlath, die unseren Gesang auch wieder auf dem Akkordeon begleitete. Dann begrüßte Brigitte Profé die vielen Teilnehmer und Gäste. Sie las das Gedicht: „Ostdeutscher Dank“ vor und sprach kurz über „Erntedank“: „Wir alle haben Grund zur Dankbarkeit, so sollten wir Erntedank feiern als unseren Dank für alles, was unser Leben erwahrt, trägt, stärkt, reich macht, dass wir teilen können, dass wir abgeben können.“

Hildegard Henning trug das Gedicht „Erntesegen“ vor, und dann hatten wir uns die Kaffeepause verdient, nachdem die Geburtstage verlesen und wir anschließend mit dem schönen Volkslied: „Bunt sind schon die Wälder“ die Jubilare erfreut wurden.

Pastor Peter leitete mit dem Lied „Alle gute Gabe kommt her von Gott dem Herren“ seinen Nachmittag ein. Er zog die Teilnehmer in sein Gespräch ein. Fragte auch „wie haben sie in der Heimat Erntedank gefeiert?“. Unterschiedliche Sitten und Gebräuche gab es auf den Höfen, wurde erzählt. Immer stand im Vordergrund der Dank für die reichliche und gute Ernte. Erntedank war für die Instleute eines der wichtigsten Feste im Jahr. Geschmückte Pferdewagen, Mägde und Schnitter zogen mit dem Wagen der Erntekrone auf den Gutshof ein. Mit Sprüchen und Liedern traten sie vor die Gutsherren, die dann zum großen Umtrunk und Essen einluden. Getanzt wurde bis zum Morgen. Dieser Brauch verstummte während des Krieges.

Pastor Peter stellte das Wort „Danke“ in seiner Rede in den Vordergrund: Danke für die reiche Ernte. Danke, dass es uns gut geht. Danke, dass wir gesund sind. Danke, dass wir heute einen so schönen Nachmittag verleben durften. Danke für die Worte, die für Herz und Seele sprachen und die Pastor Peter so einfühlsam sprach. Danken auch denen, die mit ihrer Arbeitskraft dazu beigetragen haben, dass wir wieder so viele Erntegaben auf die Tische legen konnten.

Aber – je mehr einer hat, desto leichter vergisst er, wie schön es ist, dass so viele Gaben das Leben reich machen. Gaben, die wir selbst nicht machen, die wir nun empfangen. Das tägliche Brot, Gesundheit, Familie, Liebe und eine Aufgabe. Vielleicht ist es ganz heilsam, wenn wir manchmal Mangel erleben, denn dann rückt die Dankbarkeit wieder ins Bewusstsein. Mit dem Lied „Lobe den Herren“ beendete Pastor Peter den Nachmittag, und so war es ein gesegneter Abschluss.

Die nächste Veranstaltung findet am Mittwoch, 11. November um 15 Uhr mit dem Landesvorsitzenden Edmund Ferner im „Restaurant am Kantplatz“ statt. ETA Hoffmanns musikalische Begabung war es, die ihn zur Schriftstellerei führte, und vieles mehr über ihn hören wir von Edmund Ferner. *Brigitte Profé*

Pinneberg – Sonntag, 15. November, 15 Uhr: Gänseverspielen (Der Weihnachtsbraten kann gewonnen werden).

Schönwald am Bungsberge – Sonnabend, 28. November, 15 Uhr, Gemeindesaal, Kirche am Jahnweg: Adventsfeier mit dem „Singkreis Ostholstein“ und dem Posaunenchor der evangelisch-lutherischen Kirche Schönwalde. Besinnliche Worte spricht der Pastor. Anmeldung bis zum 18. November unter Telefon (04528) 495 oder (04528) 9901. Der Kostenbeitrag für Kaffee/Tee und Kuchen beträgt zehn Euro.

Winsen/Luhe – Wie zuvor schon beim 30. Heimatmarkt der Ost- und Mitteldeutschen in Hamburg, den die Ost- und Westpreußen Winsen mit einem Pavillon und ostpreußischen Spezialitäten bereicherten, strahlte auch an diesem Tag die Morgensonne, als die hanseatische Abordnung des LV Hamburg am Stallbaum's Gasthaus in der Rathausstraße 3/4 zum Erntedankfest eintraf. Der 1. Vorsitzende Hans-Dieter Kossack begrüßte alle Anwesenden im herbstlich geschmückten Saal herzlich.

In einem Rückblick über die bisherigen Erntedankfeste erwähnte er unter anderem, den erfolgreichen Besuch des „Größten Heimatmarktes des Nordens“ in der Hansestadt. Außerdem hob er den Sinn der „traditionellen Erntefeste“ aller Heimatvertriebenen, die 1945 ihre Heimat im Osten verloren und mit deutschem Fleiß und Beharrlichkeit zum Aufbau der Bundesrepublik beigetragen hatten, hervor.

In seinem Grußwort wies dann der Vorsitzende des BdV Hamburg, Willibald J.C. Piesch, begleitet vom Donauschwaben Georg Galauner, auf die alten Gebräuche in Ostpreußen bis zum Sudetenland hin und erklärte seine historische Männertracht mit „Zuckerhut“. Schwäbische Kolonisten hatten sie im 12. Jahrhundert nach Schlesien mitgebracht. Piesch ging auch auf die heutige Notlage der Kriegsflüchtlinge ein und bat zu helfen.

Der erntedankgeschmückte Gabentisch mit Früchten und Gemüse aus Garten und Feld bildete zu dem von den Enkelinnen Mellissa und Christina hereingetragenen „Erntekranz“ eine festliche Ergänzung. Nach Einlagen des Männerchores aus Maschen, dem traditionellen West- und Ostpreußenlied nebst Erntedankgebet wurde dann aufgetischt zum „traditionellen Fleck- und Königsberger Klopse-Essen.

In seinen Dank- und Abschiedsworten hob Piesch die Verdienste ostdeutscher Frauen sowie überhaupt den Einsatz der Ehefrauen hervor und schenkte seiner Frau Ilse Kossack einen „Schutzengel-Anhänger“.

Perfekte Rundungen

Vor 100 Jahren entstand das typische Cola-Flaschen-Design – Es wurde zum Symbol des US-amerikanischen Lebensstils

Vor 100 Jahren wurde in den Vereinigten Staaten ein Patent auf die neu entwickelte Coca-Cola-Flasche erteilt. Seither avancierte dieser Alltagsgegenstand zur Ikone des modernen Industriedesigns sowie zum Symbol einer globalen Massenkultur US-amerikanischer Prägung.

„Wir benötigen eine Flasche, die so außergewöhnlich ist, dass man sie auch im Dunkeln ertasten könnte, und die selbst dann noch erkennbar bleibt, wenn sie zerbrochen am Boden liegt.“ Mit diesem kniffligen Auftrag wandte sich die Coca-Cola Company am 26. April 1915 an rund 30 renommierte Glaswerke in den USA, weil sie das von John Stith Pemberton erfundene bräunliche Gebräu aus Kokablättern und Kolanüssen nicht mehr länger nur glasweise ausschenken lassen wollte und zugleich nach einer unverwechselbaren Abfüllmöglichkeit suchte. Damals wurden Flaschen mit Erfrischungsgetränken nämlich in Eiswasser gekühlt, was zum Abweichen der Etiketten und einer erheblichen Irritation der Verbraucher geführt hätte, weil es bereits mehrere Konkurrenzprodukte wie Coca-Nola, Toka-Cola und Ma Coca-To gab.

Der Vater der Idee von der Ausschreibung war der Chefanwalt der Firma, Harold Hirsch. Dieser vertrat die Ansicht, dass es nur dann gelingen könne, Coca-Cola „für alle Zeiten als amerikanisches Nationalgetränk zu etablieren“, wenn man sie in einer ganz besonderen Verpackung anbiete.

Das Rennen um den besten Entwurf machte die Root Glass Company in Terre Haute (Indiana). Hier hatten sich die Firmeneigner Chapman und William Root sowie deren führende Mitarbeiter Alexander Samuelson, Earl Dean und Clyde Edwards zusammengetan und Ideen gesammelt. Dabei verfiel Samuelson, ein Einwanderer aus Schweden, der nun als Betriebsleiter fungierte, darauf, in Büchern aus der städtischen Bibliothek nach Designvorbildern zu suchen. Und genau das führte dann tatsächlich auch zum Erfolg: Ende Juni 1915 einigten sich die Fünf auf den Vorschlag von Dean, der dafür später übrigens eine lebenslange Arbeitsplatzgarantie erhielt, die Schoten der Kakaopflanze mit ihrem eleganten und charakteristischen Schalenmuster als Vorbild für die Coca-Cola-Flasche zu nehmen.

Sämtliche andere Behauptungen über die Inspirationsquelle der Mitarbeiter der Root Glass Company sind also falsch: Weder dienten irgendwelche Tiffany-Vasen als Vorbild noch der damals so populäre „Humpelrock“, ein schlauchförmiges enges Kleidungsstück mit aneinandergesetzten vertikalen Stoffbahnen, das seine Trägerinnen damals zu höchst unbequemen Trippelschritten nötigte.

Um sich vor Nachahmern zu schützen, meldeten die Gebrüder Root die Neuentwicklung mit der markanten Kontur und den zehn auffälligen Längsrippen am 18. August 1915 unter Samuelsons Namen zum Patent an, welches dann auch am 16. November des gleichen Jahres erteilt wurde. Kurz darauf, Anfang 1916, erhielt das Glaswerk den Auftrag betreffs der Massenproduktion der Flasche. Diese sollte in sechs neuen Produktionsstätten an verschiedenen Orten der USA erfolgen. Außerdem verfiel man noch darauf, das Glas der Flasche ganz leicht grünlich einzufärben – zunächst bekam dieser Farbton den Namen „German Green“, mutierte dann aber schnell zu „Georgia Green“. Das war als Hommage an den Bundesstaat gedacht, in dem sich der Hauptfirmensitz von Coca-Cola befand.

Das Patent für das Behältnis wurde 1923 und 1937 erneuert, bevor es dann 1951 ablief. Das veranlasste die Coca-Cola Company dazu, beim United States Patent and Trademark Office (USPTO) in Alexandria (Virginia) zu beantragen, die Flasche als dauerhaft geschütztes Markenzeichen anzuerkennen. Ein solches Vorgehen war allerdings höchst unüblich, denn Verpackungen bekamen in aller Regel keinen derartigen Status zugesprochen. Doch im Falle der Coca-Cola-Flasche machte das USPTO eine Ausnahme. Dabei bezog es sich in seinem Bescheid unter anderem auf das Ergebnis von Umfragen, die erbracht hatten, dass 99 Prozent aller Amerikaner sicher seien, die Flasche schon allein an ihrer einzigartigen Form erkennen zu können. Dies lag unter anderem am fast völligen Ausbleiben von Veränderungen seit 1915: selbige beschränkten sich auf die Hinzufügung des Markennamens in weißem Siebdruck ab 1956, den Wegfall der Einfärbung sowie eine leichte Verschlankung der Form, damit sie besser in die gängigen Getränkekisten passte.

Außerdem avancierte die „Coke“-Flasche spätestens seit den 1930er Jahren zu einem Objekt der Populärkultur, nachdem sich bekannte Hollywoodgrößen wie Cary Grant und Greta Garbo in Filmszenen mit ihr gezeigt hatten. So nahmen sich nun bildende Künstler dieses Alltagsgegenstands an – beginnend mit keinem Geringeren als dem Surrealisten Salvador Dalí, der die Flasche 1943 im Gemälde „Poetry of America“ erstmals porträtierte. In dessen Fußstapfen traten später Pop-Art-Avantgardisten wie Roy Lichtenstein und Andy Warhol, der ein besonderes Faible für die Coca-Cola-Flasche entwickelte, weil er sie für das perfekte Sinnbild der Demokratie in den USA hielt. Immerhin trinke jeder Amerikaner vom Präsidenten bis zum „Typen an der Ecke“ die gleiche „Coke“.



Zwölf Generationen von Cola-Flaschen: In der Mitte die patentierten Flaschentypen von 1915 Bild: Coca-Cola Company

Darüber hinaus wurden Flasche und Getränk auch durch den Zweiten Weltkrieg populär. Damals sorgte der Firmenchef Robert Woodruff dafür, dass die braune Brause an allen Fronten erhältlich war, an denen US-Soldaten kämpften – „Für Gott, Vaterland und Coca-Cola“, wie der Fliegerheld Robert Lee Scott später in seinen Memoiren schrieb.

Heute gilt die „Coke“-Flasche vor allem als Symbol der US-amerikanischen Alltagskultur, für die parallel auch das goldene „M“ von McDonalds steht. Obwohl die Vereinigten Staaten in den vergangenen Jahrzehnten viel von ihrem einstigen Nimbus als Supermacht eingebüßt haben – in manchem sind sie dank Coca-Cola und Co. immer noch die globale Nummer Eins. Dagegen helfen nicht einmal solche „Enthüllungen“ wie die einiger ägyptischer Muslime, welche herausgefunden haben wollen, dass das Getränk aus dem Lande des „Großen Satans“ aus Schweineblut bestehe. Es half alles nichts: Außer in Nordkorea ist die Coca-Cola-Flasche überall auf der Welt präsent und vermittelt samt ihrem Inhalt westliche Konsumgewohnheiten. *Wolfgang Kaufmann*

So schmeckt Preußen

Erdverbunden und nobel – Cornelia Bohn stellt in der Uckermark »Preußischen Whisky« her

Kurz nach dem Mauerfall standen viele DDR-Bürger vor der Frage, was sie sich im Westen von den 100 D-Mark Begrüßungsgeld kaufen sollten. Ein paar Schuhe, gute Schallplatten oder doch lieber Bananen und Bohnenkaffee aus dem Supermarkt? Die in Sachsen-Anhalt geborene Cornelia Bohn fackelte nicht lange: Sie investierte das Geld in Scotch.

Die Liebe zum Whisky hat sich inzwischen zu einer beruflichen Leidenschaft entwickelt. In der Uckermark stellt sie ihre eigene ganz hochprozentige Marke her, die einen stolzen Namen trägt: Preußischer Whisky. Das klingt nach Tradition und Aristokratie, auf jeden Fall aber nach einer guten Werbeidee. „Ein Whisky wird oft nach der Region benannt, aus der er stammt“, sagt Bohn, „weil mein Produkt eine möglichst große Region abdecken soll, heißt es Preußischer Whisky mit dem Untersatz Uckermark.“ Da passt es auch, dass der Stammsitz der Preußenkönige, Burg Hohenzollern in Württemberg, zu ihrem Kundenkreis zählt.

Und wie schmeckt nun Preußische Whisky? Intensiv nach erdigen Noten, Röstaromen und Malz, dahinter Schokolade und würzige Eiche, so beschreiben Experten den bernsteinfarbenen Saft. Und Bohn ergänzt, dass er weder dem amerikanischen Bourbon noch dem schottischen Scotch ähnelt, sondern einen unverwechselbaren Charakter besitzt: „Er ist ein erdverbundener Preuße.“

Die Destillerie betreibt Bohn im früheren Pferdestall eines Gutshofs in Schönermark als „Ein-Frau-Betrieb“. Rund 2400 Halb-Liter Flaschen produziert sie jährlich, die man bei ausgewählten Händlern für einen Preis um die 80 Euro erwerben kann. Für den stolzen Preis bekommt der Gaumen auch etwas Nobles zu schmecken. Bohns gebrannter Kornsaft reift fünf Jahre in Eichenfässern heran, ehe sie ihn als Whisky verkauft. Eigentlich muss er nur drei Jahre reifen, ehe er sich Whisky nennen darf. Aber ein junger Hochprozentiger trifft eben weniger den Geschmack der Verbraucher.

Als sie mit der Produktion anfing, arbeitete sie noch Vollzeit als Pharmazie-Ingenieurin in einer Apotheke und sparte so für ihre Berufung als Whiskyunternehmerin, weil die Produktion in den Jahren des ersten Reifeprozesses natürlich noch keinen finanziellen Ertrag brachte. Doch seit diesem Jahr widmet sie sich ausschließlich ihrer Leidenschaft.

Aber wie ist sie als Frau überhaupt auf den Geschmack von Whisky gekommen? „Aus Trotz“, erzählt sie, „in der DDR gab es Whisky ja kaum, und dann hat mich die Werbung mit den lässigen Männern im Westfernsehen neugierig gemacht.“ Ihren ersten Schluck hat sie in Bulgarien probiert, da war es um sie geschehen. „Kein alkoholisches Getränk ist im Geschmack komplexer als Whisky, das liebe ich“, schwärmt Bohn.



Kostbares Wasser: Preußischer Whisky Bild: Bohn

Bis sie ihren eigenen Whisky brennen konnte, musste sie bis nach der Jahrtausendwende warten. Der Umbau des Pferdestalls in eine Destillerie erforderte viel Zeit. Dafür konnte sie an eine alte Tradition anknüpfen, da schon 1850 in Schönermark eine Gutsbrennerei errichtet wurde. Nach dem Krieg räumten die Sowjets alles ab, und das Brennen von Korn fand in der Kornkammer Brandenburgs ein jähes Ende.

Jetzt unternimmt Bohn einen neuen Anlauf, um die Kunst der Destillation in preußischer Tradition wiederzubeleben. Die überzeugten Kunden geben ihr die Zuversicht, auf dem richtigen Weg zu sein. War sie je von ihrem eigenen Produkt mal beschwipst gewesen? „Einmal ist es fast passiert“, verrät sie, „das war auf einer Messe, als ich mich damit von einer Erkältung kurieren wollte.“ Na klar, es gibt Leute, die behaupten, Whisky – in geringer Dosierung – nur aus medizinischen Gründen zu trinken. *Harald Tews*

Am 14. November findet in der Preußischen Whisky-Destillerie ein Tag der Offenen Tür statt: Am Gutshof 3, 16278 Mark Landin, Telefon (033335) 31895. E-Mail: info@preussischerwhisky.de.

Auf eine Tasse Tee

Globaler Genuss – Teekonsum steigt

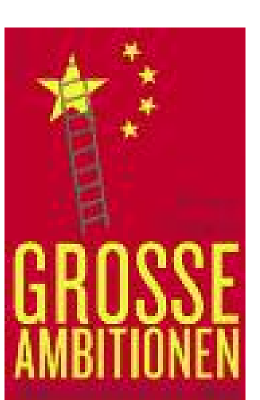
Auf der Welt werden jede Sekunde rund 118 000 Tassen Tee getrunken, Tendenz stark steigend. So übersprang die Weltproduktion im Jahr 2014 erstmals die Marke von fünf Millionen Tonnen. Wo auch immer rund um den Globus – es gibt immer einen Anlass, Tee zu genießen: zur Belebung, zur Entspannung, in geselliger Runde, als Zeichen der Gastfreundschaft und Verbundenheit, zur inneren Einkehr, zum Abschalten oder ganz einfach aus Lust am Genuss.

Fast zwei Drittel der Erdbevölkerung beginnen ihren Tag mit einer Tasse Tee. Er ist nicht nur ein vielseitiges Getränk, sondern auch Weltanschauung mit sozialer und kultureller Bedeutung. So vielfältig wie die Anlässe sind auch Zubereitung sowie Art und Weise, wie der Tee getrunken wird.

Von China bis England, von Indien bis Russland – Tee hat ganze Kulturen geprägt und bewegt. Kein Getränk bietet eine größere Sortenvielfalt als Tee. Darüber hinaus kann Tee ganz unterschiedlich zubereitet und getrunken werden. So haben sich rund um die Welt die verschiedensten Tee-Kulturen entwickelt. Tee wird heiß oder kalt, im Glas, im Becher oder feinstem Tee-Porzellan, pur oder auch verfeinert mit Zutaten wie Milch, Zucker oder Zitrone genossen. Und obwohl jedes Land seine eigenen Vorstellungen von einer „perfekten“ Tasse Tee besitzt, verbindet die Leidenschaft für Tee zahlreiche Regionen, Völker und Kulturen miteinander. Im asiatischen Raum hat die Tee-Kultur vielfach einen spirituellen und meditativen Bezug, wohingegen auf dem europäischen Kontinent und in den orientalischen Ländern der Genuss und das gesellige Beisammensein im Vordergrund stehen. In vielen Ländern gilt eine Tasse Tee auch als Symbol der Gastfreundschaft. *tws*



Der Tag beginnt mit einem Tee Bild: Dt. Teeverband



Lächeln mit acht Zähnen

Gründe für die China-Krise

Autor Evan Osnos (39) war von 2005 bis 2013 China-Korrespondent mehrerer US-Blätter und ist mit Geschichte und Gegenwart des Landes, seiner Umbrüche und Widersprüche bestens vertraut,

Sein Buch „Große Ambitionen – Chinas grenzenloser Traum“ bietet eine Fülle kaum bekannter und erhellender Informationen – etwa diesen: „Im 18. Jahrhundert kontrollierte das kaiserliche China ein Drittel des weltweiten Vermögens.“ „Maos großer Sprung führte 1958 zur größten Hungersnot der Welt mit 45 Millionen Todesopfern. China hat mehr Internetnutzer als die USA. Das durchschnittliche Jahreseinkommen betrug 2013 etwa 6000 Dollar, 1978 waren es nur 200.

Ist das von der Kommunistischen Partei verheißene „Zeitalter der großen Ambitionen“ mit „Wohlstand, Stolz und Stärke“ schon Realität? Nein, sagt Osnos, denn China bleibe trotz seiner heiß laufenden Wirtschaft eine arme Nation. Der Graben zwischen Arm und Reich vertiefe sich. Arbeitslosigkeit und Teuerung wachsen tagtäglich. Die Horrorzahlen vom August 2015, die eine deutliche Abkühlung von Chinas Wirtschaft belegten, konnte Osnos noch nicht kennen, aber er kennt die Auslöser der Krise. China wird seit jeher von drei Erbübeln gelähmt: Autoritarismus, Bürokratie und Korruption. Dafür sorgt in der Gegenwart die Partei. In China regelt sie jedes Detail, bis hin zur Berufung von Bischöfen oder zur Zahl der Zähne, die Stewardessen beim Lächeln zeigen dürfen: Es sind acht! Sogar noch grotesker ist, was sie verheimlicht, – etwa, dass pro Jahr 300 Millionen Menschen an minderwertiger Nahrung erkranken und dass 180 000 Streiks pro Jahr ausbrechen.

Gegen die Partei treten ein paar Dissidenten auf, die kaum Wirkung zeigen. Auch nicht der „Künstler“ Ai Weiwei, der in Europa Kultstatus genießt, daheim aber bestenfalls als Kasperle durchgeht. Gewichtiger sind die Nationalisten, die die KP als notwendiges Übel dulden. Sie sehen sie als Verbindung von Marktwirtschaft und starkem Staat, die die Nation vor dem postkommunistischen Chaos Russlands bewahrte.

Die allgegenwärtige Korruption in China bezeugt Osnos mit unglaublichen Fakten: Wenn in Peking der Volkskongress tagt, werden in der Hauptstadt Luxusgüter knapp.

180 000 Streiks pro Jahr

Die Familie von Premier Wen Jiabao häufte ein Vermögen von 2,7 Milliarden Dollar an. Eisenbahnminister Liu Zhijung kaum weniger. Seit 1990 haben 18 000 Beamte 120 Milliarden Dollar gestohlen und China verlassen, während dort ihretwegen Brücken einstürzen und Züge entgleisen. Binnen fünf Jahren wurden 668 000 Parteimitglieder wegen Bestechung und Veruntreuung vor Gericht gestellt, aber geholfen hat es kaum. Wachsende Kleptokratie und niedergehendes Wirtschaftswachstum korrelieren ganz direkt. Chinesische Funktionäre vergeuden öffentliche Gelder für die „drei Volksprinzipien“, wie die Menschen ihre Reisen, Festmähler und Autos ironisch nennen.

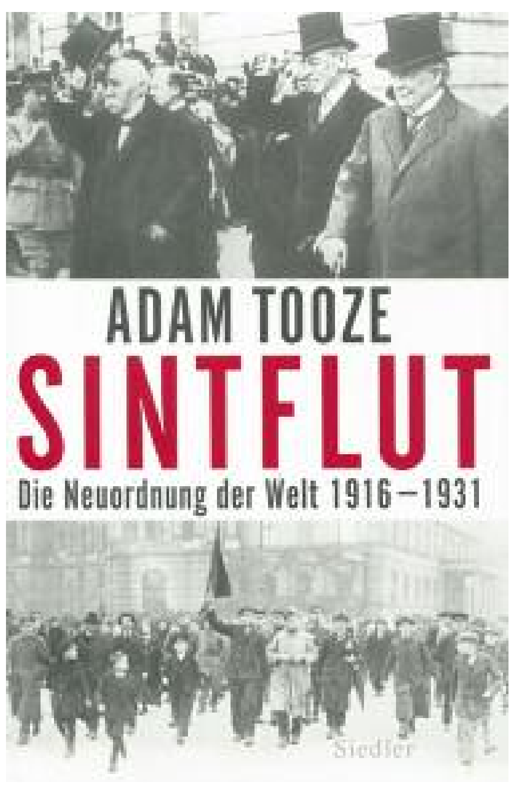
„Wegsehen“ heißt das Kapitel, in dem Osnos die schlimmste Folge chinesischer Politik und Wirtschaft schildert, die seelische Kälte, die die Schwächsten trifft: Überzählige Kinder der „Einkindpolitik“ werden ins Ausland verkauft, im Verkehr überfahrene Kinder bleiben unbeachtet liegen, weil die ohnehin seltenen Samariter häufig vor Gericht landen für Dinge, die sie „nichts angehen“. Typisch für ein China, das ein Kritiker drastisch einen Teich nennt, der von den Menschen lange als Toilette genutzt wurde.

Wolf Oschlies

***Evan Osnos: „Große Ambitionen – Chinas grenzenloser Traum“**, Suhrkamp Verlag, Berlin 2015, gebunden, 535 Seiten, 24,95 Euro*

Spannende Aspekte

Das frühe 20. Jahrhundert aus US-amerikanischer Perspektive



Bestimmte historische Themen verlangen offenbar „dicke Wälzer“. Bei aktuellen Büchern zu beiden Weltkriegen macht es kaum ein Autor unter 600 Seiten. Das gilt für Christopher Clarks „Schlafwandler“ ebenso wie für Manfried Rauchensteiners minutiöse Schilderung des Untergangs der Habsburgermonarchie. Erstaunlich ist dabei, dass die Leser offenbar nicht abgeschreckt werden. Beide Autoren haben recht hohe Auflagen erreicht.

Auch die Darstellung „Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916–1931“ umfasst über 700 Seiten. Der Autor Adam Tooze ist Neuzeithistoriker und lehrt in den USA an der renommierten Yale-University. Als Wirtschaftshistoriker hat er sich längst einen Namen gemacht. Das spürt man auch bei diesem Buch: Tooze beachtet neben dem politischen und militärischen Geschehen gleichermaßen wirtschafts- und finanzpolitische Aspekte und zeigt an zahllosen Beispielen – etwa Kriegsanleihen, Schulden, Reparationen und freier Welthandel –, wie sehr diese mitbestimmend für politisches Handeln waren.

Man muss sagen: mitbestimmend vor allem für das politische Handeln der USA. Schon bald nach Kriegsbeginn wurden sie wegen ihrer überragenden Wirtschafts- und Finanzkraft für die westlichen Alliierten unentbehrlich. London und Paris verschuldeten sich immer stärker und standen bald in einem Ausmaß „in der Kreide“, wie es noch wenige Jahre zuvor undenkbar war. Von Amerika hing Wohl und Wehe der Entente ab. Den traditionell ziemlich chauvinistischen Ideen aller europäischen Staaten hinsichtlich eines Siegfriedens setzte US-Präsident Woodrow Wilson 1916 seine These „Frieden ohne Sieg“ entgegen, die er wenig später in seinem berühmten 14-Punkte Programm noch zuspitzte: Selbstbestimmungsrecht für alle Völker, keine Annexionen. Die Welt sollte „safe for democracy“ – reif für die Demokratie und damit für Frieden und Gerechtigkeit – werden.

Tooze erzählt alles aus einer amerikanischen Perspektive, was auch für solche Leser, die mit dem Thema halbwegs vertraut sind,

Kampfbereit im Isolationismus

manche neue und spannende Aspekte mit sich bringt. Mit vielen Details informiert er über die unendlichen Querelen mit den europäischen Alliierten, lenkt aber gleichzeitig den Blick auf die gewaltigen Unruhen und Veränderungen in Nahost, in Indien und in Ostasien, wo sich das aufstrebende Japan nur widerwillig dem Druck Washingtons zu friedlicher Nachbarschaft vor allem mit China fügte. Der Erste Weltkrieg, das zeigt Tooze in dieser respektablen Umschau, veränderte nicht nur den europäischen Kontinent, sondern wirkte wie ein Katalysator auch in den volksreichen Ländern Asiens.

Mitte der 1920er Jahre schien die Friedenspolitik der Amerikaner Früchte zu tragen: Die Reparationsfrage wurde durch den Dawes- und Young-Plan für Deutschland zumindest erträglicher. Die politischen Spannungen wurden durch Stresemann und Briand zeitweise eingedämmt, der Völkerbund (dem die USA übrigens nie angehörten!) zeigte Wirkung, Flottenabkommen dämmten das Wettrüsten ein. Aber das alles war nicht von Dauer. Richtig gelöst wurde keiner der großen Konflikte. Diese brachen mit der verheerenden Weltwirtschaftskrise wieder auf. Die Szene bestimmten alsbald die „Rebellen gegen die bestehende Weltordnung“ wie Hitler und Mussolini in Europa sowie das nationalistisch expandierende Japan in Ostasien.

Die USA reagierten darauf mit Roosevelts Politik des „New Deal“, mit der das Land allmählich aus der Talsohle der Weltwirtschaftskrise herauskam, und mit einem extremen Isolationismus. Man hielt sich über Jahre aus den weltpolitischen Händeln heraus, freilich nicht, wie die Machthaber in Berlin und Tokio um 1940 irrtümlich glaubten, in defätistischem Pazifismus, sondern stark und kampfbereit, was Japaner und Deutsche dann bald zu spüren bekamen.

Tooze urteilt am Ende, die Suche nach einer neuen Weltordnung in den 1920er Jahren sei, obwohl letztlich gescheitert, kein irregeleiteter Idealismus gewesen, sondern „eine höhere Form von Realismus“. Seine so nüchtern geschriebene Darstellung verzichtet weitgehend auf Sozialgeschichte und Ideologien, wie es bei europäischen Autoren fast schon ein Muss ist. Die hier investierte Lesezeit lohnt sich, sei es nur, weil man endlich einmal über den europäischen Tellerrand hinausblickt.

Dirk Klose

***Adam Tooze: „Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916–1931“**, Siedler-Verlag, München 2015, gebunden, 719 Seiten, 34,99 Euro*

Ein Schwabe hat’s ersonnen

Von Schiesser bis Boss – Wirtschaftsgeschichte aus Deutschlands Südwesten

Nein, um die baden-württembergischen Firmen-Giganten geht es in „Autos, Dübel, Teddybären“ nicht. Autorin Astrid Schlupp-Melchinger hat die Porsches und Daimlers aus ihrem soeben erschienenen Buch zur schwäbischen Wirtschafts- und Industriegeschichte der letzten 200 Jahre weitgehend herausgelassen. „Denn“, so die Autorin, „deren Geschichte ist bekannt genug.“

Die in Ulm geborene Autorin ist seit Jahren für die Wirtschaftsförderung in der Region Stuttgart tätig und machte dabei erstaunliche Entdeckungen über die Geschichte und das Leben der Menschen dieses Landstriches. Das habe sie inspiriert, diese faszinierenden Chroniken einmal zu bündeln. Kein Lexikon sei es, sondern eine rein subjektive Auswahl, lässt sie wissen. Dem Leser bietet sie Überraschendes: Wer an Schwaben denkt, denkt an Reichtum. Dass diese Gegend vor 200 Jahren einmal bettelarm war, kann man sich heute kaum noch vorstellen. Mit den ersten Maschinen, mit der Industrialisierung, dem neu entstandenen Eisenbahnnetz und unendlich viel Fleiß der Bewohner explodierte die Region und ließ den Lebensstandard zum höchsten in Deutschland und weltweit anwachsen.

Kein Wunder: Wer sich durch Kapitel wie „Schick und Strick“, „Achse und Schraube“, „Geld und Wohltat“, „Bewegt und Unterwegs“ gelesen hat, stellt sich unweigerlich die Frage, ob außerhalb Baden-Württembergs eigentlich je irgendetwas in Deutschland produziert wurde.

Fast alles, was erfunden oder hergestellt wurde, scheint dem Areal des alemannischen Volksstammes zu entstammen. Ob es der Fliegenfänger, der Matrosenanzug, der Büstenhalter, Kleidung von Boss, Schiesser-Unterwäsche, Kühlschränke, Bagger, Maggi, Leitz-Ordner, Zigaretten, Brausepulver oder Reclam-Heftchen sind – ein Schwabe hat‘s ersonnen. Und hinter allem steht eine Familiengeschichte. Menschen, die eine Vision hatten und diese Idee mit Glaube, Liebe, Hoffnung und Fleiß in die Tat umsetzten.

Diese Geschichten machen das Bändchen lesenswert. Lebensläufe, die einen zum Nachdenken bringen. Und manchmal zum Staunen. Da sei auch der „Müsli-Terror aus dem Odenwald“, die bekannte TV- und Radio-Werbung für das Seitenbacher-Müsli verziehen. Die nämlich hat der Chef, ganz schwäbische Lebensart, im eigenen Tonstudio selber produziert.

Silvia Friedrich

***Astrid Schlupp-Melchinger: „Autos, Dübel, Teddybären. Das Wirtschaftssammelsurium Baden-Württemberg“**, Südverlag, Konstanz 2015, broschiert, 176 Seiten, 19 Euro*

Phantom in SS-Uniform

Im dornenreichen Dickicht der deutsch-polnischen Geschichte hat Peter Henning seinen neuen Roman angesiedelt



Man schreibt das Jahr 1991. Ein Mann Ende 20 findet im Keller seines Wohnhauses in einem Schuhkarton alte Fotos, die seinen zehn Jahre vorher verstorbenen polnischen Ziehvater in SS-Uniform zeigen. Der Stöberer im Keller heißt Richard Warlo und ist Experte für Schmetterlinge und Vogelspinnen. Im Kölner Zoo leitet er das Insektarium. Als Halbwaise im frühen Kindesalter von seinem Vater verlassen, ist er bei seiner Großmutter aufgewachsen. Dann trat Pawel Król in sein Leben, der Mann in SS-Uniform auf den Fotos. Ihm verdankt Warlo viel, nicht zuletzt sein Interesse für die Welt der Schmetterlinge und Spinnen. Und dieser Mann steckte einmal in SS-Uniform? Warlo muss unbedingt herausfinden, was es damit auf sich hatte.

So beginnt Peter Hennings neuer, viel beachteter Roman „Die Chronik des verpassten Glücks“. Hennig (56) leitete früher das Literatur-Ressort der Schweizer Weltwoche. Heute lebt er in Köln und hat mit seinem letzten Roman „Ein deutscher Sommer“ das Geiseldrama von Gladbeck im Jahr 1988 aufgearbeitet. Nun hat er sich dem dornenreichen Dickicht der deutsch-polnischen Geschichte zugewandt. „Eine Spurensuche auf vermintem Gebiet“, wie es die Kölner Rundschau nannte. In einem Interview verriet Hennig, dass er darin autobiografische Bestandteile verarbeitete.

Richard Warlo, der Protagonist des Romans, fährt in die polnische Heimat seines Ziehvaters nach Sosnowiec, einem kleinen Städtchen bei Krakau. Im Stadtarchiv Hanau hatte man ihm mitgeteilt, dass Pawel Król seit 1943 in Hanau ansässig gewesen ist. Seine Frau hatte er in Polen zurückgelassen. Warlo hofft, sie noch lebend anzutreffen und von ihr den Grund für Pawels Verschwinden aus Polen zu erfahren. Er weiß noch nicht, dass es für ihn ein Wettlauf mit der Zeit wird, da Pawels Frau Oliwia sterbenskrank ist. In Sosnowiec nimmt er zunächst Kontakt mit Pawels Kindern Marcin und Lucyna auf. Lange Zeit bleibt unklar, ob das Geheimnis um Pawel schlussendlich gelüftet wird.

Peter Hennings hat den Roman aus einer wiederkehrenden Abfolge von Momentaufnahmen gestaltet, die nacheinander das Handeln von Richard Warlo, Oliwia, Marcin und Lucyna detailliert fortschreiben. Dabei ergeben sich stetig neue Zusammenhänge, auch in die Vergangenheit hinein. Indessen wird die Figur Pawel immer mehr zum Phantom, seine Spuren im Leben dreier Menschen sind denkbar tief zum Beispiel bei Pawels Sohn Marcin. Er ist 53 Jahre alt und Junggeselle. Als Autor von Groschenromanen ist er chronisch in Geldnöten. Hatte ihm seine Schwester bislang oft Geld geliehen, so ist damit jetzt ein für alle Mal Schluss. Marcin ist zu dick, orientierungslos, Ich-bezogen, einsam und im Grunde ein großes Kind.

Interesse an Spinnen und Schmetterlingen

Verwundert nimmt man zur Kenntnis, dass er sich gedanklich immer noch häufig mit seinem vor 48 Jahren sang- und klanglos verschwundenen Vater beschäftigt, den er kritiklos verehrt. In seiner Wohnung wird der Strom abgeschaltet. Kurz darauf holt den bedauernswerten Menschen das absehbare Desaster ein.

Der Autor erklärt, dass Marcin sich geweigert habe, die Realität seines Daseins anzuerkennen. Das habe ein prekäres Ausmaß an innerer und äußerer Verwahrlosung zur Folge gehabt. Dem Leser drängt sich dagegen die Frage auf, ob es plausibel ist, dass das Leben eines in ordentlichen Verhältnissen aufgewachsenen Menschen aufgrund des in ganz frühen Jahre abhanden gekommenen Vaters komplett missglückte – oder ob dazu nicht, was zu vermuten wäre, auch weitere Faktoren beigetragen haben. Von solchen Einflüssen erfährt man nichts. Schade, denn auch anderes bleibt für den Leser schwer nachvollziehbar. Dennoch funktioniert der Roman, und wenn man gewillt ist, sich auf die Psychogramme von fünf Menschen einzulassen, die das Schicksal miteinander verbunden hat, darf man sich über eine spannungsreiche Lektüre freuen.

Dagmar Jestrzemski

***Peter Henning: „Die Chronik eines verpassten Glücks“**, Luchterhand Literaturverlag, München 2015, gebunden, 444 Seiten, 19,99 Euro*

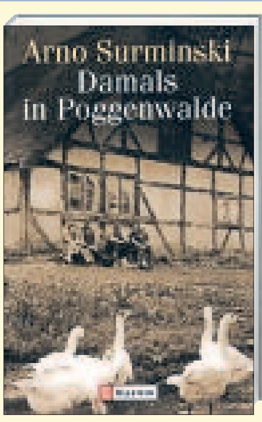


Ella Brümmer (280 Seiten)

Ein Leben – Zwei Seiten

Glanz und Schicksalsjahre einer Gutsbesitzerin aus Ostpreußen

Ella Ströhmer wurde 1882 am Bärtingsee in Ostpreußen geboren und erlebte hier eine wundervolle Kindheit. Als junge Frau von neunzehn Jahren heiratete sie den Gutsbesitzer Hans Brümmer, wurde Gutsherrin und Mutter von zwei Töchtern. Als ihr Mann im Ersten Weltkrieg eingezogen wurde, musste sie das Gut alleine leiten, was sie mit viel Liebe, Umsicht und Geschick bewerkstelligte. Die Zeit nach dem Ende des Krieges waren geprägt vom Wiederaufbau und wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Sorge um ihren Mann, der krank von der Front heimgekehrt war. Dann kam der Zweite Weltkrieg. Sie hatte die alleinige Verantwortung für das Gut und alle Mitarbeiter. Vor der herannahenden russischen Front begann die Flucht. Die Kraft nicht zu Verzweifeln, schöpfte Ella Brümmer aus ihrem tiefen Gottvertrauen und ihrer Liebe zur Heimat, der sie bis zu ihrem Tod verbunden war.
Nr. P A0778 Gebunden 22,00 €

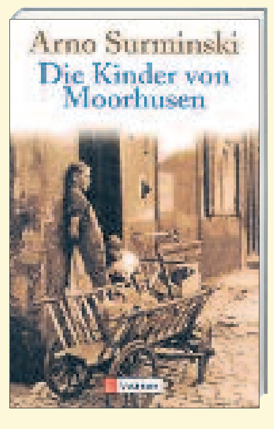


Arno Surminski

Damals im Poggenwalde

132 Seiten/Taschenbuch
Nr. P 1516 6,99 €

Eine Geschichte aus einer untergegangenen Welt: Ostpreußen zu Beginn des 20. Jahrhunderts: Die zehnjährige Maria ist glücklich, als der gleichaltrige Peter mit seiner Familie zu ihr auf den abgelegenen Tatarenhof zieht. Es entsteht eine dicke Freundschaft, voll lustiger, aber auch gefährlicher Abenteuer. Eine anrührende Geschichte aus einer untergegangenen Zeit und ein Leseerlebnis voller zauberhafter Erinnerungen – wie es damals in kleinen ostpreußischen Dörfern gewesen ist, als es noch kein elektrisches Licht und kein fließendes Wasser gab und als noch Pferdefuhrwerke auf den Straßen waren. Mit Wehmut und Liebe erzählt von einem großen ostpreußischen Dichter.

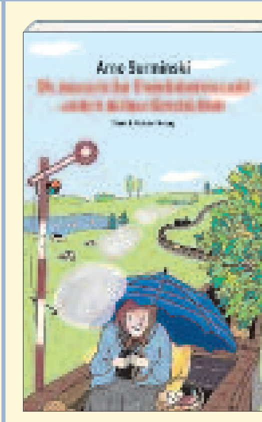


Arno Surminski

Die Kinder von Moorhusen

199 Seiten/Taschenbuch
Nr. P 9191 9,99 €

Als die elfjährige Anna morgens aus dem Fenster schaut, sieht sie Pferdewagen, die über das Kopfsteinpflaster rumpeln, und sonderbare Menschen, die Körbe, Taschen und Rucksäcke tragen. „Das sind Flüchtlinge" sagt ihre Mutter. Auch auf den Moorhof kommen Flüchtlinge, eine Frau und ihr Junge halten Einzug in Annas Stube. Zwischen Anna, dem Bauernmädchen, und Ingo, dem Flüchtlingsjungen aus Ostpreußen, ensteht eine Freundschaft. Die Geschichten der Kinder von Moorhusen erzählen von heute nicht mehr vorstellbaren Lebensumständen und sind dennoch voller Schönheit und Poesie. Ein Buch, dass Leser aller Altersgruppen bezaubern wird.



Arno Surminski

Die masurische Eisenbahnreise und andere heitere Geschichten 248 Seiten/Geb.
Nr. P A0208 14,95 €

Am Lachen erkenne man den Narren, sagten die Alten. Aber Lachen ist auch Medizin und Balsam für die Seele. Da das Leben nicht immer nur heitere Momente bietet, helfen Bücher und Geschichten eine Welt zu erschaffen, in der wir unsere Sorgen hinter uns lassen und unbeschwert schmunzeln oder laut herauslachen können. Arno Surminski schildert voller Wärme und mit humorigem Unterton die Bewohner dieser Welt: Es sind Menschen wie du und ich, mit kleinen und größeren Marotten und doch so herrlich normal, dass wir sie gern begleiten möchten. Geschichten für den Alltag, für den Feierabend, für trübe Tage und Nächte und für sonnige – Geschichten für jede Zeit eben.



Kalender

Ostpreußen und seine Maler 2016

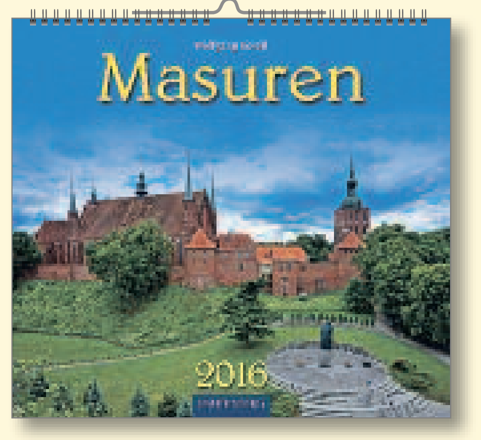
Ostpreußen hatte bis 1945 eine bedeutende Künstlerschaft und Kunstzentren mit der Königsberger Kunstakademie und der Künstlerkolonie Nidden. Die hier gezeigten Bilder ostpreußischer Maler beschäftigen sich mit dem Thema „Ostpreußens Häfen und Schiffe".
Format 50 x 35 cm
Nr. P A0884
22,60 €



Großformat-Kalender

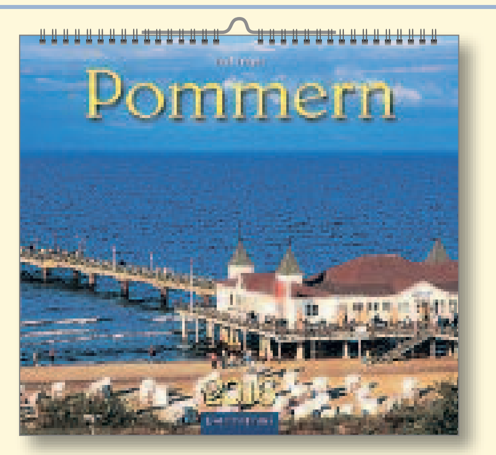
Ostpreußen 2016

Der Kalender ist mit zwölf verschiedenen, postergroßen Motiven aus Ost- und Westpreußen bebildert. Er zeigt Motive aus Nidden, aus Memel, aus Nikolaiken, Königsberg, Marienburg, Rauschen, Allenstein, Tollmingen, die Kirche St. Bartholomäus in Preußisch-Holland, den Lycker See in Lyck, Masuren, den Drewenzsee in Osterode und die ehemalige Ordensburg des Deutschen Ritterordens in Rhein. Das Kalendarium zeigt Mondphasen und die wichtigsten Feiertage an.
Format 60 x 48 cm
Nr. P 535383 27,95 €



Kalender Masuren in Farbe 2016

Mit 12 aktuellen Motiven aus Masuren, dem Land der kristallenen Seen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535493 Kalender 14,95 €



Kalender Pommern in Farbe 2016

Mit 12 aktuellen Motiven aus Pommern, dem Land am Meer. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535495 Kalender 14,95 €



Siegfried Lenz

Deutschstunde * So zärtlich war Suleyken * Schweigeminute

Siegfried Lenz, 1926 im ostpreußischen Lyck geboren, zählt zu den bedeutendsten und meistgelesenen Schriftstellern der Nachkriegs- und Gegenwartsliteratur. Für seine Bücher wurde er mit vielen wichtigen Preisen ausgezeichnet, unter anderem mit dem Goethepreis der Stadt Frankfurt am Main, dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels und mit dem Lew-Kopelew-Preis für Frieden und Menschenrechte 2009. Aus Anlass seines Todes am 7. Oktober 2014 im Alter von 88 Jahren, ist soeben diese Buchkassette mit drei seiner wichtigsten Werke – Deutschstunde, So zärtlich war Suleyken und Schweigeminute – erschienen. Alle 3 Bände zusammen 784 Seiten im Schmuckschuber.
Nr. P A0791 3 Bände Gebunden im Schuber 35,00 €

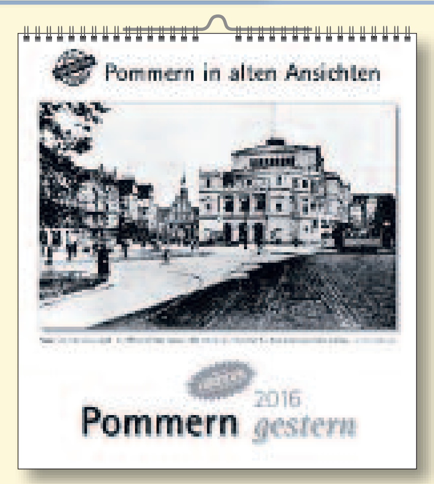


Christian Papendick

Der Norden Ostpreußens

Land zwischen Zerfall und Hoffnung – Eine Bilddokumentation 1992–2007

Wer heute den nördlichen, russischen Teil von Ostpreußen durchstreift, dem bietet sich vielerorts noch ein Bild des Zerfalls und der Hoffnungslosigkeit. Da wurden Burgen und Kirchen des Deutschen Ordens als Steinbruch missbraucht, wurden die wenigen noch erhaltenen Guts- und Herrenhäuser aus barocker und klassizistischer Zeit abgerissen oder dem Zerfall überlassen, von den bürgerlichen und bäuerlichen Bauten ganz zu schweigen. Aber es gibt auch Lichtblicke. Der Königsberger Dom wurde in mühevoller Arbeit wieder aufgebaut. Die Kirchen von Neuhausen, Mühlhausen, Friedland, Gr. Legitten und Heiligenwalde wurden wiederhergestellt und einiges mehr. Der aus Königsberg gebürtige Architekt und Fotograf Christian Papendick ist jahrzehntelang durch den Norden Ostpreußens gereist und hat mit der Kamera in einer nach Umfang und Vollständigkeit einmaligen Bilddokumentation den Zustand, Zerfall und Wiederaufbau dieser Denkmäler der einmaligen Kulturlandschaft von 1992 bis 2007 beobachtet und in über 1.000 eindrucksvollen und erschütternden Farbfotos festgehalten. 487 Seiten
Nr. P A0929 Gebunden 29,95 €



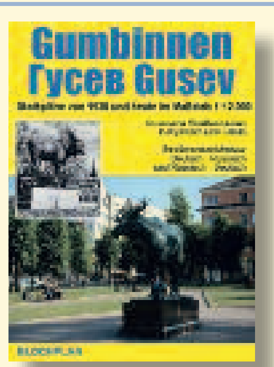
Kalender Pommern in alten Ansichten 2016

Spiralbindung. Format 29 x 32 cm.
Nr. P A0898 Kalender 14,90 €



Kalender Ostpreußen in alten Ansichten 2016

Spiralbindung. Format 29 x 32 cm.
Nr. P A0899 Kalender 14,90 €



Stadtplan Gumbinnen

Stadtplan von 1936 und heute im Maßstab 1 : 12.000. Russische Straßennamen in Kyrillisch u. Latein. Straßenverzeichnisse Dt.-Russ./Russ.-Dt.
Nr. P A0616 Karte 5,95 €



Stadtplan Tilsit/Ragnit

Stadtplane um 1930 und heute im Maßstab 1 : 10.000. Russische Straßennamen in Kyrillisch u. Latein. Straßenverzeichnisse Dt.-Russ./Russ.-Dt.
Nr. P A0615 Karte 5,95 €



Stadtplan Insterburg

Stadtplan von 1932 und heute im Maßstab 1 : 12.000. Russische Straßennamen in Kyrillisch u. Latein. Straßenverzeichnisse Dt.-Russ./Russ.-Dt.
Nr. P A0617 Karte 5,95 €



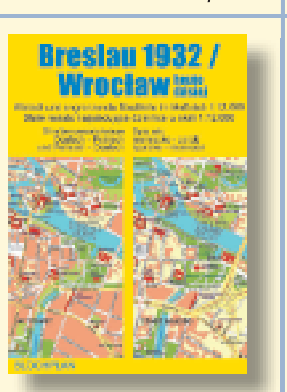
Stadtplan Königsberg 1931 und Kaliningrad heute

Stadtplan von 1931 und heute im Maßstab 1 : 10.000. Russische Straßennamen in Kyrillisch u. Latein. Straßenverzeichnisse Dt.-Russ./Russ.-Dt.
Nr. P A0614 Karte 5,95 €



Nord-Ostpreußens Mitte vom Kurischen Haff bis zur polnischen Grenze

Maßstab 1 : 100.000. Russische Ortsnamen in Kyrillisch u. Latein. Hist. Ortsnamen 1928 bis 1945
Nr. P A0876 Karte 8,95 €



Stadtplan Breslau 1932

Stadtplan von 1932 und heute Altstadt und angrenzende Stadtteile im Maßstab 1 : 12.000. Straßenverzeichnisse Deutsch-Polnisch/Polnisch-Deutsch
Nr. P A0976 Karte 6,95 €



Hans Graf von Lehndorff

Ostpreußisches Tagebuch

Aufzeichnungen eines Arztes aus den Jahren 1945–1947

308 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 1522 Geb. 16,90 €

Die Aufzeichnungen Hans Graf von Lehndorffs aus den Jahren 1945 bis 1947 sind ein beredtes Zeugnis von seiner Liebe zu seiner ostpreußischen Heimat und von dem großen Verantwortungsgefühl aus christlicher Nächstenliebe heraus, das ihn als Arzt immer wieder zur Hilfe für die unzähligen Kranken und Versehrten herausfordert. Er schildert das Grauen der Flucht, die Belagerung der zur Festung erklärten Stadt Königsberg, den drückenden Dienst in Lazaretten und Lagern wie die ersten Nachkriegsjahre unter Willkür und Wirren polnischer und russischer Herrschaft. 1961, als aus „dem Geschehen der damaligen Zeit Geschichte geworden" war, konnte Hans von Lehndorff seinen 1948 niedergeschriebenen Bericht veröffentlichen.



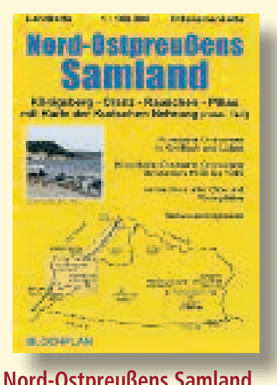
Nord-Ostpreußens Südosten Insterburg – Gumbinnen – Rominter Heide – Trakehnen

Maßstab 1 : 100.000. Russische Ortsnamen in Kyrillisch u. Latein. Hist. Ortsnamen 1938 bis 1945
Nr. P A0695 Karte 8,95 €



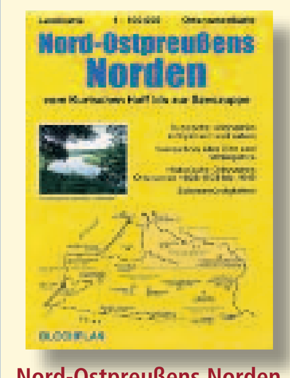
Stadtplan Cranz/Rauschen

Stadtplan von 1935 und heute im Maßstab 1 : 10.000. Russische Straßennamen in Kyrillisch u. Latein. Straßenverzeichnisse Dt.-Russ./Russ.-Dt.
Nr. P A0739 Karte 6,95 €



Nord-Ostpreußens Samland Königsberg – Cranz – Rauschen – Pillau

Maßstab 1 : 100.000. Russische Ortsnamen in Kyrillisch u. Latein. Hist. Ortsnamen 1928 bis 1945
Nr. P A0740 Karte 8,95 €



Nord-Ostpreußens Norden vom Kurischen Haff bis zur Szeszuppe

Maßstab 1 : 100.000. Russische Ortsnamen in Kyrillisch u. Latein. Hist. Ortsnamen 1928 bis 1945
Nr. P A0869 Karte 8,95 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....

Straße/Nr. .... Telefon ....

PLZ/Ort ....

Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN

Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de

Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

»RAF 4.0« droht mit 41 Morden

Gera – Eine linksextreme Gruppe, die sich in Anlehnung an drei Generationen „Rote Armee Fraktion“ selbst „RAF 4.0“ nennt, sorgt im Geraer Justizzentrum für erhebliche Besorgnis. Die Gruppe hat in einem Schreiben mit dem Mord an je zehn Richtern, Staatsanwälten, Polizisten und Politikern sowie am Präsidenten des Landgerichts Gera gedroht. Das Schreiben wurde an drei Adressen gesandt, darunter auch an die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag. *H.H.*

SEK nur »bedingt einsatzfähig«

Düsseldorf – Wie erst jetzt bekannt wurde, hat der Leiter aller 18 Spezialeinsatzkommandos (SEK) der nordrhein-westfälischen Polizei in einem geheimen Brandbrief an Innenminister Ralf Jäger (SPD) gewarnt, dass seine Einheiten nur bedingt einsatzfähig seien. Die Munition sei schlecht, Schutzwesten unzureichend, die Einsatzwagen ebenso. Ein harter Anti-Terror-Einsatz sei mit den vorhandenen Mitteln kaum durchzuführen. *H.H.*

ZUR PERSON

Rosarote Wahlkämpferin

Bundeskanzler will er einmal werden. Möglichst 2017 schon und möglichst mit einer starken Quotenfrau an seiner Seite. SPD-Chef Sigmar Gabriel hat viele Träume, aber sie zu verwirklichen ist eine Herkulesaufgabe. **Katarina Barley** soll diese nun als neue SPD-Generalsekretärin, die zugleich auch Wahlkampfmanagerin der Partei ist, bewältigen.

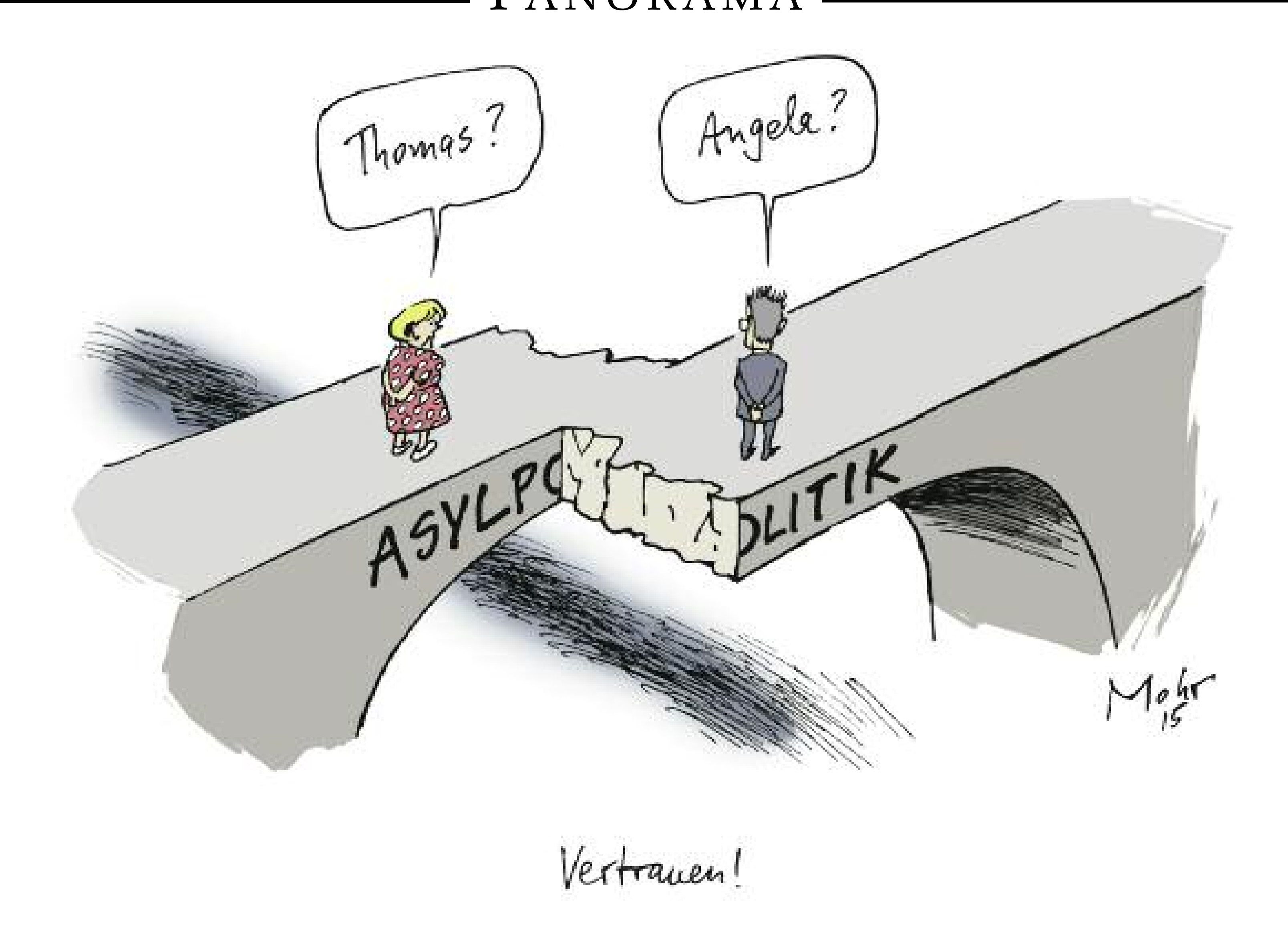
Selbst seine Parteigenossen überraschte Gabriel, als er die 46-jährige Juristin, die erst seit 2013 im Bundestag ist und die politisch noch nicht viel von sich reden gemacht hat, aus dem Hut zauberte. Sie löst Yasmin Fahimi ab, mit der Gabriel zuletzt auf Kriegsfuß stand und die nun als Staatssekretärin ins Arbeitsministerium wechselt.

Mit Gabriel scheint nicht gut Kirschen essen zu sein. Offenbar hatten ihm zuvor andere SPD-Damen einen Korb gegeben, ehe Barley womöglich durch die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer ins Spiel gebracht wurde. Unter ihr war die Mutter zweier Kinder zuletzt in Mainz Ministeriumsreferentin, nachdem sie zuvor als Richterin in Trier tätig war.



Die in Köln aufgewachsene Tochter eines bei der Deutschen Welle arbeitenden Briten und einer deutschen Ärztin ist das volle Kontrastprogramm zu der zänkischen Fahimi. Barley gilt als warmherzig, sympathisch und empathisch. Anders als Fahimi könne sie sich vorstellen, „mit den Menschen, die sich sehr verunsichert fühlen“, zu reden, sagte sie angesprochen auf Pegida.

Das sind ganz neue Töne aus der SPD. Will sie mit dieser Taktik Sympathiepunkte sammeln, um nun auf die sanfte Tour die Herkulesaufgabe zu bewältigen, die SPD aus den Umfragetiefs zu holen und ihrem plumpen Parteichef ein rosarotes, freundlicheres Image anzumalen? *Harald Tews*



Alles das Gleiche

Warum wir Syrer leichter integrieren als Schlesier, warum Eichen auch nur Buchen sind, und warum unser Schulniveau runter muss / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Die Realisten, die man damals als Fremdenfeinde, ja als Rassisten verunglimpft hat, haben es vorausgesehen: Die Integration der um 1945 aus dem Osten „nach Deutschland“ Geflüchteten und Vertriebenen ist gescheitert. Schlimmer noch: Die Nachfahren der Zuwanderer sind schlechter integriert als die erste Generation. Die Arbeitslosigkeit ist höher, der Bildungsstand niedriger als bei der Durchschnittsbevölkerung und auch die Kriminalitätsrate ist überdurchschnittlich, vor allem bei Gewaltdelikten.

Ostpreußische Jugendgangs schotten sich ab und sorgen für Angst und Schrecken in der Nachbarschaft, in den Schlesierghettos wird mehr schlesisches Platt gesprochen als Hochdeutsch, was die Chancen der dort aufwachsenden Kinder in der Schule bedenklich mindert.

In einer deutschen Großstadt hat der pommersche Müller-Klan ein weit verzweigtes Netzwerk krimineller Strukturen gesponnen. Sicherheitskräfte sprechen von einem „Staat im Staate“, gegen den die Polizei oftmals machtlos sei. Sudetendeutsche Großfamilien meiden bei Streitigkeiten die staatliche Justiz und lassen lieber sogenannte „Friedensrichter“ ein Urteil nach altem böhmischen Stammesrecht fällen. Dadurch entstehen immer größere Zonen, in denen der Rechtsstaat praktisch ausgeschaltet ist. Eine 23-Jährige, deren Familie aus Westpreußen stammt, wurde Opfer eines „Ehrenmords“, weil sie einen Westfalen geheiratet und damit in den Augen ihres Vaters und ihrer Brüder die „Ehre der Familie beschmutzt“ hatte.

Experten sprechen zwar von „Einzelfällen“. Sie können aber dennoch nicht bestreiten, dass es neben der Vielzahl gut integrierter Ostvertriebener ein wachsendes Problem gibt mit Kreisen, die sich immer tiefer in Parallelgesellschaften zurückziehen und dies auch dadurch dokumentieren, dass sie sich in der Öffentlichkeit demonstrativ in heimischer Tracht zeigen. Das betrifft vor allem junge Frauen.

Schlimm, was? Zum Glück wird sich die Erfahrung mit den Ostvertriebenen bei der derzeit laufenden Zuwanderungswelle nicht wiederholen, wie uns Wolfgang Kaschuba versichert. Kaschuba ist Direktor des 2014 gegründeten Berliner „Instituts für empirische Migrations- und Integrationsforschung“ an der Berliner Humboldt-Universität. Ein echter Experte also, wenn es um die Eingliederung von Zuwanderern geht. Die „Rheinische Post“ hat sich mit Kaschuba unterhalten und schlussfolgert aus seinen Erläuterungen, dass die Integration diesmal „leichter wird als nach 1945“. Ein Leser, dem hier ausdrücklich gedankt sei, hat uns den denkwürdigen Beitrag zugesandt.

Dort gibt Kaschuba zu bedenken: „Was die Vertriebenen 1945 betrifft, sprechen wir über Menschen, die oft gar keinen deutschen Pass besaßen und auch kulturell oft ‚fremd‘ daherkamen. So wurden sie als Fremde empfangen und empfunden.“

Zudem seien die Menschen, die dieser Tage zu uns kommen, „auch kulturell ja keineswegs zu 100 Prozent ‚anders‘, weil sie wie wir auch unterschiedlich sind“, klärt Kaschuba auf. Manche kämen aus Armut, manche aber hätten ein Eigenheim und „manche sind sogar besser ausgebildet als der Durchschnittsdeutsche“.

Lassen Sie uns an der Stelle erst mal tief durchatmen, bevor uns schwindelig wird.

Was reitet solche „Experten“ eigentlich? Die Aufgabe von „Wissenschaftlern“ hat sich offenbar grundlegend gewandelt. Einst sahen sie ihr Ziel darin, Unterschiede zu ergründen, das Charakteristische sichtbar zu machen und Kategorien, also unterscheidbare Gruppen ausfindig zu machen und die Einzelteile den Gruppen zuzuordnen.

Beispiel: Für den Unwissenden ist ein Wald bloß eine große Masse von Bäumen, die irgendwie alle gleich sind. Erst der Wissenschaftler klärt uns auf, dass nicht bloß jeder Baum einzigartig ist, sondern dass es auch Gruppen, Gattungen gibt, von denen manche besser, andere schlechter miteinander harmonieren.

> Linke Gruppen arbeiten emsig daran, die Zuwanderer gegen Deutschland aufzubringen

Heute sehen manche „Wissenschaftler“ ihre Aufgabe im Gegenteil darin, alles mit allem wieder solange zu verrühren, bis alles wieder „gleich“ erscheint: Buchen sind das Gleiche wie Eichen, weil Buchen ja auch untereinander verschieden sind, da eine Buche manchmal mehr Blätter hat als eine andere Buche und manche Buchen sogar mehr Blätter haben als Eichen.

Potztausend, was für Einsichten! Wie nennen wir das? Mein Vorschlag: Kultursensible Forstwissenschaft. Oder, präziser formuliert: Blödsinn.

Dass es weder die herbeiphantasierten Ostpreußengangs gibt, wohl aber orientalische, und dass der „Müller-Klan“ in Wahrheit „Miri“ heißt und aus dem Libanon stammt, wischen die Experten mit der Vokabel „Einzelfall“ hinweg. Wer dann trotzdem nachbohrt, der ist eben ein Rassist.

Eine echte Perle ist Wolfgang Kaschubas Hinweis, dass manche der derzeit ins Land Strömenden „besser ausgebildet sind als der Durchschnittsdeutsche“. Das ist sicher richtig, so wie es richtig ist, dass es in Schottland trockenere Tage gibt als auf Sizilien, womit die klimatischen Bedingungen der beiden Landstriche treffend charakterisiert wären, oder?

Nicht ganz, denn das trifft nur auf einige wenige Tage im Jahr zu, sonst ist es in Schottland, wie Sie wissen, doch ein wenig verregneter als an der Südspitze Italiens.

Von den „Flüchtlingen“, bei denen man das bereits untersucht hat, besitzen laut Bundesagentur für Arbeit 81 Prozent keinerlei formale Qualifikation, weder eine anerkannte Berufsausbildung noch einen akademischen Grad.

Wie soll da Integration gelingen? Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder, die schließen in Windeseile zu den „Durchschnittsdeutschen“ auf, oder wir senken unser Ausbildungsniveau soweit ab, dass sie ohne gewaltige Aufholjagd mithalten können. Das Letztere kann man ja wohl gleich ausschließen. Wir können doch nicht unser Ausbildungsniveau absenken! Schließlich ist das die Quelle des Wohlstands unseres rohstoffarmen Landes.

Meinen Sie? Gerade lesen wir: „Bundesinnenminister Thomas de Maizière sieht angesichts der weitersteigenden Zahl an Flüchtlingen und Asylbewerbern die Notwendigkeit für mehr Improvisation.“ Ach, und was will er damit sagen? Halten Sie sich fest: „Deutschland könne etwa an Schulen oder bei der beruflichen Ausbildung derzeit kaum an seinen Standards festhalten.“

Laut Uno besteht die Bevölkerung Afghanistans zu 68,3 Prozent aus Analphabeten. Aus dem Land kommen nach Syrien zurzeit die zweitmeisten Menschen. Da sollten wir das mit den „Standards“ wohl einfach vergessen und die Diplome so verteilen.

Alles andere wäre nur mit sehr viel Ehrgeiz und gutem Willen bei den Zuwanderern erreichbar, sonst landen sie in rasend kurzer Zeit in neuen Ghettos, wo sie versauern, verbittern und am Schluss ausrasten werden.

Am guten Willen wird bereits emsig gearbeitet. Linke „Flüchtlings-Unterstützergruppen“ geben alles, um die Zuwanderer gegen ihre neue Umgebung aufzubringen. In Sachsen hat eine solche Gruppe schon im Sommer ein Fußballturnier für die Asylbewerber organisiert, nett, nicht wahr? Auf die Trikots ließen die Linken die Losung drucken: “Love Sports, Hate Germany!” – Liebe den Sport, hasse Deutschland!

Ein Pakistaner, der schon lange in Deutschland lebt und in Offenbach in einem Asyllager als Dolmetscher aushilft, berichtet, dass unter den Insassen ein Gerücht kursiere: Deutschland bekomme viel Geld von der Uno für ihre Betreuung, von dem es den Großteil einbehalte. Wir verdienten also an ihnen auf schäbigste Weise.

Er konnte nicht ergründen, woher der Quatsch stammt, er komme aber kaum dagegen an, so der engagierte Mann. Nun, nach „Hate Germany“ haben wir da zumindest einen Verdacht, aus welchem Umfeld dieses Gift gequollen sein könnte. Nach „Willkommen“ hat auch das Wort „Unterstützer“ einen unangenehm fauligen Beigeschmack erhalten.

MEINUNGEN

*Der Zukunftsforscher **Horst Opaschowski** sagte im Deutschlandradio (4. November) einen grundlegenden **Wertewandel weg von der „Nach-68er-Zeit“** voraus:*

„Insgesamt wird das Land konservativer werden. Es werden natürlich auch – damit verbunden – Arbeitstugenden verändert. Alles das, was vielleicht in der Nach-68er-Zeit nicht mehr so gefragt war, wie Fleiß, Disziplin, Pflichterfüllung, steht wieder obenan. Aber das Zweite muss ich auch sagen, die Angstskala der Deutschen verändert sich. Soziale Konflikte werden als bedrohlicher angesehen als ökonomische Probleme ... Wir können jetzt schon nachweisen, dass sehr starke Konflikte zwischen Einheimischen, Ausländern, Christen, Muslimen befürchtet werden.“

*Für **Henryk M. Broder** sind in Deutschland **sämtliche Maßstäbe verrutscht**. In der „Welt“, (5. November) schreibt er:*

„Wenn schon der Bund Deutscher Kriminalbeamter fordert, massenhaften Rechtsbruch zu legalisieren, dann stehen wir nicht am Anfang einer Entgrenzung, sondern mittendrin. Im soziokulturellen Bereich setzte dieser Prozess mit der Abschaffung der Rechtschreibung ein, gefolgt von der Einführung einer wissenschaftlichen Disziplin, die sich mit der Frage beschäftigt, inwieweit die geschlechtliche Zugehörigkeit eines Menschen keine biologische Tatsache, sondern ein ‚soziales Konstrukt‘ ist.“

*Bayerns Finanzminister **Markus Söder** (CSU) äußerte während des Ludwig-Erhard-Symposiums der Uni Erlangen-Nürnberg (5. November) **Zweifel am neuesten „Griechenland-Paket“** der Euro-Länder:*

„Man sieht ja schon in den ersten Wochen nach der Entscheidung, dass (in Athen) schon wieder zurückgerudert wird. Deswegen bin ich der festen Überzeugung, das es besser gewesen wäre, das viele Geld, das man nach Griechenland geschickt hat, in die Sicherung der Außengrenzen zu investieren.“

*Die „Huffington Post“ (5. November) zitiert den **Ex-Islamisten Ahmad Mansour**, der heute über die Gefahren des radikalen Islam aufklären will:*

„Auf der anderen Seite merke ich, dass manche politische Richtung in diesem Land nur bereit ist, uns, die Muslime, als Opfer wahrzunehmen. Wenn wir die Verantwortung übernehmen, wenn wir Missstände in unserer eigenen Community ansprechen, dann passen wir nicht in dieses Bild und werden ganz schnell entweder nicht wahrgenommen oder auch diffamiert auf eine sehr politische korrekte Art und Weise ... Das ist für mich auch eine Art von Rassismus.“

***Christian von Stetten** (CDU), Chef des **Parlamentskreises Mittelstand** in der Unionsfraktion, warnt im „Handelsblatt“ (9. November):*

„Wenn wir jetzt nicht entschlossen handeln, begehen wir einen Jahrhundertfehler, den wir nicht mehr korrigieren können. Bei der entscheidenden Frage, ob wir einzelne Personengruppen zurückweisen können, wird es keinen Kompromiss geben können. Der unkontrollierte Flüchtlingszustrom muss gestoppt werden.“